Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Senator Wayne Morse, Portland/Oregon, USA
Amerikas Krieg in Vietnam

Senator Henri Rolin, Brüssel, und Prof. Manfred Lachs, Warschau
Zum 8. Mai 1965

Christian Geißler
Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können

Jochen Willke
Geschichte und Struktur der CSU

Briefe zum Appell gegen die Notstandsgesetzgebung

2,50 DM X. Jahrgang Mai 5 1965

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats April 1965 S. 383

Berichte und Kommentare
Formeln oder Fakten?
Wien: Brückenkopf zum Frieden S. 386

Die Lage
Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Bundesrepublik, Sowjetunion und DDR S. 393

Senator Henri Rolin, Brüssel
Gedanken zum 8. Mai S. 400

Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs, Warschau
Das Jahr 1945 und das Jahr 1965 S. 405

Dr. Arno Klönne
Faschismus oder sozialer Rechtsstaat S. 409

Christian Geißler
Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können S. 417

Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler
Positionen und Begriffe? (II) S. 426

Jochen Willke
Ist Strauß die CSU – ist die CSU Bayern? S. 431

Wolfgang Baranowsky
Die Konfessionspolitik der Opposition S. 437

Senator Wayne Morse, Portland/Oregon, USA
Amerikas Krieg in Vietnam S. 440

Briefe zum Appell gegen die Notstandsgesetzgebung S. 447

Fernsehspalte
Dokumentarisches S. 455

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
Anrede an einen jungen Mann
Graß trommelt für die SPD S. 456

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 461

Dokumente zum Zeitgeschehen
215 Professoren appellieren an die Gewerkschaften
Dt. Industrie- und Handelstag gegen Sicherstellungsgesetze
Studentenbünde gegen Notstandsgesetze
Erklärung des Bundesjugendringes zum 8. Mai
Entschließung zur Pressegesetzgebung in NRW S. 462

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

X. Jahrgang | Mai 1965 | Heft 5

Chronik des Monats April 1965

1. 4. — Norwegen. Vor dem Parlament befürwortet Außenminister Lange eine „Neubewertung der Sicherheitsprobleme Europas" im Hinblick auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West. Es sollten besondere Anstrengungen unternommen werden, um Zonen mit beschränkter Rüstung und ein System zur gegenseitigen Inspektion einzurichten. Vordringlich für die Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz seien Maßnahmen zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung der Kernwaffen.

2. 4. — Münchner Abkommen. Auf einer Kundgebung zum 20. Jahrestag der Einnahme von Preßburg durch sowjetische Truppen wiederholt CSSR-Staatspräsident Novotny die Forderung nach Annullierung des Münchner Abkommens von 1938 durch die Bundesregierung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Bei kommenden Verhandlungen über Deutschland müsse von der Existenz zweier Staaten auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches ausgegangen werden. — Am 23. 4. erklärt der britische Außenminister Stewart in einer Unterredung mit seinem tschechoslowakischen Kollegen David in Prag, das Münchner Abkommen sei „verabscheuungswürdig und tot".

4. 4. — Berlin. Das DDR-Innenministerium untersagt in einer Verlautbarung allen Bundestagsabgeordneten „sowie anderen Personen, die an der Durchführung der Plenarsitzung des Bundestages in Westberlin beteiligt sind, die Durchfahrt durch die DDR auf den Straßen und Schienenwegen von und nach Westberlin". — Am 3. 4. hatten die Ostberliner Behörden „auf dem Gebiet der DDR westlich von Berlin gemeinsame Übungen der Einheiten der Nationalen Volksarmee und der sowjetischen Heeresgruppe" für die Zeit vom 5. bis 11. 4. angekündigt. — Am 5. 4. und an den folgenden Tagen wird die Autobahn Helmstedt—Berlin unter Hinweis auf die stattfindenden Manöver für jeweils mehrere Stunden in beiden Richtungen gesperrt. Die angekündigte Sitzung des Bundestages findet am 7. 4. in der westberliner Kongreßhalle statt. — Vom 12.—25. 4. besuchen mehr als 580 000 Westberliner entsprechend dem Passierscheinabkommen ihre Verwandten im östlichen Teil der Stadt.

— Vietnam. Etwa 150 südvietnamesische und amerikanische Militärmaschinen unternehmen weitere Angriffe gegen Ziele nördlich des 17. Breitengrades. Zum erstenmal kommt es dabei zu einem Luftkampf über Nordvietnam. — Am 7. 4. deutet Präsident Johnson in einer Rede vor der John-Hopkins-Universität die Bereitschaft der USA zu Friedensgesprächen über Vietnam „ohne Vorbedingungen" an. Gleichzeitig aber erklärt der Präsident: „Wir werden

uns nicht zurückziehen; weder öffentlich noch unter dem Deckmantel eines bedeutungslosen Abkommens". — Vom 8.—10. 4. tagt die nordvietnamesische Nationalversammlung. Außenminister Pham Van Dong fordert den vollständigen Abzug der US-Streitkräfte aus dem Süden des Landes. Erst danach könne „die Einberufung einer internationalen Konferenz nach dem Muster der Genfer Konferenz von 1954" erwogen werden. — Vom 10.—17. 4. konferiert eine Partei- und Regierungsdelegation aus Nordvietnam in Moskau und erhält dort die Versicherung, die sowjetische Regierung werde „nötigenfalls" die Ausreise sowjetischer Freiwilliger nach Vietnam gestatten. — Am 17. 4. lehnt US-Außenminister Rusk jede auch nur vorübergehende Einstellung der Luftangriffe auf Nordvietnam ab. (Vgl. die Ausführungen von Senator Wayne Morse in diesem Heft.)

8. 4. — Polen/Sowjetunion. Die Partei- und Regierungschefs von Polen, Gomulka und Cyrankiewicz, und der Sowjetunion, Breschnew und Kossygin, unterzeichnen nach mehrtägigen Verhandlungen einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand", der das bisher geltende Abkommen vom 21. April 1945 ablöst. Der neue Vertrag sieht gegenseitige Konsultationen über alle wichtigen internationalen Probleme vor und garantiert die Grenzen der Volksrepublik Polen. Artikel 6 lautet: „Die hohen vertragschließenden Seiten werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die Gefahr einer Aggression seitens westdeutscher Kräfte des Militarismus und Revanchismus oder seitens irgendeines anderen Staates, der sich mit ihnen verbünden würde, zu beseitigen." — Am 14. 4. bekräftigt die Bundesregierung in einer Stellungnahme zu dem Vertragsabschluß ihre unveränderte Haltung in der Frage der früheren deutschen Ostgrenzen.

10.—14. 4. — Nahost-Politik. Staatssekretär Lahr vom Auswärtigen Amt erläutert den Regierungen Jordaniens, Syriens und des Libanon den Standpunkt der Bundesregierung in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner verhandelt in gleicher Mission erneut in Kairo und Bagdad, Bundestagspräsident Gerstenmaier besucht Marokko. Der Leiter der Nahost-Abteilung im DDR-Außenministerium, Bierbach, führt ebenfalls Gespräche in den Hauptstädten des Nahen Ostens. — Am 13. 4. beendet der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers, der CDU-Abgeordnete Birrenbach, seine Besprechungen in Tel Aviv. — Am 23. 4. unterbreitet der tunesische Staatspräsident Bourgiba Vermittlungsvorschläge zur Beendigung des Konflikts zwischen Israel und den arabischen Ländern. Bourgiba kritisiert die Politik der VAR und fordert eine friedliche Lösung der Palästina-Frage in Verhandlungen zwischen den Führern der Araber und der israelischen Regierung auf der Grundlage entsprechender Resolutionen der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1947. Die tunesischen Anregungen werden von den übrigen Mitgliedern der Arabischen Liga scharf zurückgewiesen, aber auch von Israel abgelehnt. Tunesien und die VAR schließen ihre gegenseitigen diplomatischen Vertretungen.

11. 4. — Pughwash-Konferenz. In Venedig beginnt die 14. Pughwash-Konferenz, auf der sich 90 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen aus Ost und West mit wissenschaftlichen und weltpolitischen Fragen befassen. Die größte Zahl der Teilnehmer kommt aus den USA, der Sowjetunion, Großbritannien, Italien und Frankreich.

12. 4. — Frankreich. Die gaullistische Pariser Zeitung „La Nation" äußert in einem vielbeachteten Kommentar Zweifel an der weiteren Wirksamkeit der Hallstein-Doktrin. Das Blatt betont den „Rechtsanspruch der Deutschen auf Selbstbestimmung" und meint dann, die letzten Zwischenfälle in und um Berlin hätten „zur Genüge" klargemacht, daß die Sowjetunion niemals einer Wiedervereinigungsformel zustimmen werde, die das westliche Lager stärken und das östliche schwächen könne. Es sei Aufgabe der Bundesrepublik, diesen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, ihre bisherigen Ansichten zu revidieren und mit einer neuen Deutschlandpolitik zur Versöhnung des westlichen und des östlichen Teiles Europas beizutragen. Über diesen Komplex, so schreibt „La Nation" abschließend, habe in den Gesprächen des britischen Premierministers Wilson mit General de Gaulle am 2. und 3. 4. in Paris volle Übereinstimmung bestanden.

19. 4. — Ostermarsch. Auf den Abschlußkundgebungen des diesjährigen Oster-

marsches appellieren die Atomwaffengegner an alle Bürger der Bundesrepublik, die Diskussion über notwendige Maßnahmen zur Abrüstung und Entspannung in alle Parteien zu tragen und den Bundestagskandidaten entsprechende Fragen zu stellen. Die Kampagne für Abrüstung, so heißt es in dem Aufruf des Zentralen Ausschusses, werde noch vor den Wahlen im Herbst der Öffentlichkeit ein Sofortprogramm unterbreiten.

— *Bandung-Konferenz.* Vertreter aus 37 Ländern beteiligen sich in Djakarta an den Feiern aus Anlaß des 10. Jahrestages der ersten asiatisch-afrikanischen Konferenz. Unter den Gästen befinden sich u. a. der chinesische Minsterpräsident Tschu-En-Lai und der kambodschanische Staatschef Prinz Sihanouk. Tschu-En-Lai trifft bei dieser Gelegenheit mit einem ranghohen japanischen Sondergesandten zusammen. In einer Rede erklärt Präsident Sukarno, die für Juni in Algier geplante zweite Bandung-Konferenz werde „weitere Maßnahmen im Kampf gegen den Imperialismus" beschließen.

20. 4. — *SEATO.* Einige Pariser Zeitungen berichten, Frankreich werde auf der am 3. Mai in London beginnenden Frühjahrstagung des Südostasien-Paktes nur „als Beobachter" vertreten sein, um sich damit von der amerikanischen Vietnam-Politik zu distanzieren. Mit einer französischen Beteiligung an den bevorstehenden SEATO-Manövern sei ebenfalls nicht zu rechnen.

— *Deutschlandfrage.* Im Botschafter-Lenkungsausschuß in Washington, dem Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik angehören, kommen die Meinungsverschiedenheiten über eine gemeinsame Deutschlanderklärung der drei Westmächte zum 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation zur Sprache. Der französische Botschafter beantragt die Aufnahme eines Satzes, der die Verantwortung der (west- und ost-)europäischen Staaten für die Lösung der deutschen Frage festhalten solle. Eine weitere Sitzung am 27. 4. bringt ebenfalls keine Einigung.

21. 4. — *Abrüstung.* Nach fast fünfjähriger Unterbrechung tritt in New York auf sowjetischen Antrag die große Abrüstungskommission der Vereinten Nationen zusammen. Der Kommission gehören alle UN-Mitglieder an.

22. 4. — *Bulgarien.* Die amtliche Nachrichtenagentur BTA bezeichnet Meldungen über die Aufdeckung einer regierungsfeindlichen Verschwörung als „weit von der Wahrheit entfernt und betont tendenziös", bestätigt aber die Verhaftung einiger Personen, „die die Gesetze des Landes verletzt haben".

25. 4. — *Dominikanische Republik.* Mit Unterstützung von Teilen der Armee unternehmen Anhänger des seit September 1963 in Puerto Rico im Exil lebenden ehemaligen Präsidenten Juan Bosch den Versuch, die regierende Militärjunta zu stürzen und zur parlamentarischen Demokratie zurückzukehren. Zum provisorischen Präsidenten wird Dr. Rafael Molina Urena ernannt. — Am 28. 4. verfügt Präsident Johnson die Entsendung von Einheiten des Marinekorps zunächst mit der Begründung, den amerikanischen Staatsbürgern solle „Schutz und sicheres Geleit aus dem Lande" gewährt werden. Später heißt es in Washington, es handele sich um „vorbeugende Maßnahmen" gegen einen „kommunistischen Putschversuch". Die amerikanischen Truppen, die laufend verstärkt werden, besetzen den Flugplatz der Hauptstadt und richten eine „Sicherheitszone" ein. Der Rat der Organisation der amerikanischen Staaten beschäftigt sich in mehreren Sitzungen mit den Ereignissen und lehnt es ab, das Vorgehen der USA in einer Entschließung zu billigen.

27. 4. — *Großbritannien.* Die Regierung beschließt die Verstaatlichung der bedeutendsten Stahlwerke, die fast 90% der Stahlproduktion des Landes liefern und rund 220 000 Personen beschäftigen. Die Labour-Party hatte im Wahlkampf die Übernahme dieser Werke in staatliche Regie angekündigt.

30. 4. — *Frankreich / Sowjetunion.* Zum Abschluß des fünftägigen Besuches, den Außenminister Gromyko in Paris abstattet, wird ein sowjetisch-französisches Kommunique veröffentlicht, das als Themen der Gespräche Süd-Ost-Asien, die Sicherheit in Europa, die Abrüstung und Fragen der beiderseitigen Sicherheit nennt. Zur europäischen Sicherheit heißt es: „Es wurde betont, daß die Sowjetunion und Frankreich als europäische Mächte ein wesentliches Interesse daran haben, daß in diesem Problem eine Verständigungslösung zustande kommt."

Berichte und Kommentare

Formeln oder Fakten?

Das nichtendenwollende Hin und Her um die von der Bundesregierung so dringend gewünschte „Deutschland-Erklärung" der Westmächte zum 8. Mai, dann wenigstens zum 5. Mai (als dem 10. Jahrestag der Erhebung der Bundesrepublik in den Stand eines „souveränen" Staates) hat wie kaum ein zweiter Vorgang der letzten Monate das chronische Elend und die ständig größer werdende Ohnmacht der Bonner Deutschland-Politik deutlich werden lassen. Der Ruf nach einer derartigen „Erklärung", die an die Adresse der Sowjetunion, der vierten Siegermacht des Zweiten Weltkrieges, gerichtet sein sollte, folgte dem bis heute erfolglos gebliebenen nach einer „neuen" politischen „Initiative" der Westmächte in der Deutschland-Frage, wie er von Bonn seit Herbst vergangenen Jahres immer wieder erhoben worden war. Vermutlich kaum in der Hoffnung, mit einer solchen „Initiative" werde der Karren der Bonner Wiedervereinigungspolitik zuguterletzt doch noch aus dem Dreck gezogen werden können. Gedacht war vielmehr an eine „Geste" der Westmächte, die die Regierungsparteien im Bundestagswahlkampf auf ihr Konto buchen wollten — eine Geste, die nur der weiteren Verdeckung der außenpolitischen Realitäten aus Gründen innenpolitischer Taktik dienen sollte. Gewünscht wurde unter dem Namen „Initiative" gerade das Gegenteil einer solchen, die Verschleierung der eigenen Initiativlosigkeit nämlich.

Washington sowohl als auch Paris gaben der Bundesregierung zu Beginn dieses Jahres zu verstehen, was sie von diesem Bonner Ansinnen halten: nahezu gar nichts. Daß es nicht möglich ist, auf diesem Wege die Sowjetunion zu Verhandlungen über Deutschland im Sinne der westdeutschen Wiedervereinigungs-Vorstellungen zu bringen, ja daß Verhandlungen dieser Art auf absehbare Zeit überhaupt undenkbar erscheinen: das ist allen drei Westmächten nur allzu gut bekannt. Sie wissen aber auch, daß durch das von der Bundesregierung gewünschte ausdrückliche Bestehen auf den bisherigen Formeln der westlichen Deutschland-Politik, durch eine jeden sinnvollen Effektes bare bloße Wiederbelebung früherer Postulate sehr leicht gerade das erschwert oder gar unmöglich gemacht werden könnte, was alle drei Westmächte, jede auf ihre Weise, anstreben: der den Frieden sichernde machtpolitische Ausgleich in Europa, die Vorbereitung eines europäischen Sicherheitssystems. Das sind d i e Initiativen, an denen man heute in Washington, London und Paris, mit welchen Einschränkungen und Vorbehalten immer, interessiert ist! Und gerade mit ihnen hat das Verlangen Bonns nicht das mindeste zu tun.

Die vielberedete gemeinsame „Deutschland-E r k l ä r u n g" der Westmächte sollte nun nach den Vorstellungen der Bundesregierung wenigstens ein gewisser Ersatz für die bis jetzt nicht zustandegekommene „Deutschland-I n i t i a t i v e" des Westens sein, indem sie die „Vier-Mächte-Verantwortung" für die Wiedervereinigung Deutschlands noch einmal „unterstriche"; jene „Vier-Mächte-Verantwortung", die zusammen mit dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung für Gesamtdeutschland anderthalb Jahrzehnte lang die Grundformel der Bonner Deutschland-Politik war und es bis zum heutigen Tage geblieben ist. Die unzweideutig zurückhaltenden Reaktionen auf diesen Wunsch der Regierung Erhard, die endlosen Schwierigkeiten bei dem sehr halbherzigen Bemühen um den, wenn man es einmal so nennen darf, kleinsten gemeinsamen Nenner für eine nun ohnehin rein ver-

bale „Initiative", das Tauziehen um einen für Washington und Paris, London und Bonn akzeptablen Text: dies alles hat, noch ehe überhaupt entschieden war, ob es schließlich doch noch zu einer „Erklärung" kommen würde, den realpolitischen Wert, beziehungsweise gerade Unwert, das Fiktive einer solchen deutlich gemacht. Und damit zeigte sich hier exemplarisch die Ohnmacht einer Politik, die die Fakten von heute zugunsten der Formeln von gestern ignoriert, ja die sich gewissermaßen permanent auf der Flucht vor diesen Fakten befindet und sich an jene Formeln klammert wie der Schiffbrüchige an die letzten Planken seines schon zerschellten Schiffes ... Die WELT schrieb am 5. Mai, Bonn erhoffe sich von der „Erklärung" der Westmächte einen „demonstrativen Effekt" „nach allen Himmelsrichtungen" hin. Nun, von einem „demonstrativen Effekt" kann durchaus gesprochen werden, nur eben in einem ganz anderen als dem beabsichtigten Sinne. Gerade indem die Bundesregierung so hartnäckig auf einer gemeinsamen öffentlichen Wiederholung der Deutschland-Formeln von gestern bestand, veranlaßte sie heftige Diskussionen, die die schwerwiegenden außen- und nicht zuletzt europa-politischen Differenzen zwischen Paris und Washington bestätigten und erkennen ließen, wie leer und lästig zugleich jene Formeln geworden sind.

Das hindert Bonn freilich nicht, an diesem Ritual noch immer festzuhalten und im Vorwahlkampf als „Trumpfkarte" auszugeben, was doch nicht einmal mehr ein „Strohhalm" ist. Nach wie vor ersetzt jenes Ritual der Formeln und Floskeln, der Beschwichtigungen und „Dementis" das so lange schon unerläßliche außenpolitische Umdenken, das immer wieder in gewissen Ansätzen stecken bleibt, weil weithin der Mut fehlt, ein für allemal von den Formeln ab- und von den Fakten auszugehen. Einzig wer von der Wirklichkeit ausgeht, ist auch in der Lage, die Wirklichkeit zu verändern und neue Wirklichkeit zu schaffen, politisches Subjekt zu bleiben oder wieder zu werden. Das demonstriert seit einiger Zeit, auf seine sehr eigenwillige, aber — wie sich mehr und mehr zeigt — durchaus ernstzunehmende Weise der General de Gaulle. Bei uns hingegen blüht landauf landab weiterhin das Als-ob. Es ist kein Ende der großen Worte und leeren Parolen, der so beliebten nationalen bzw. vermeintlich nationalen „Bekenntnisse", die doch fast alle nur ein Ausweichen vor der so dringend gebotenen (übrigens auch gerade von der neuerdings so vielberufenen „nationalen Selbstachtung" geforderten!) und allein heilsamen weltpolitischen Erkenntnis und nationalpolitischen Selbsterkenntnis bedeuten.

Der Selbstbetrug, ohnehin eines der verhängnisvollsten deutschen politischen Erbübel, ist im Bundestagswahljahr 1965 nahezu zum System geworden. Das Mißverhältnis aber zwischen den hartnäckig-ohnmächtig beschworenen Fiktionen der vergangenen fünfzehn Jahre und den Realitäten von heute wird immer krasser, und es läßt sich von Tag zu Tag weniger verdecken. Jeder Tag kommt uns teuer zu stehen, der vor allem dazu verwandt wird, jene Fiktionen „mit aller Gewalt" (und das kann unversehens wörtlicher gemeint sein, als uns allen lieb ist!) aufrechtzuerhalten. Je länger das hinausgezögert wird, desto größer wird die Gefahr eines b i t t e r e n und zu unheilvollen blindwütigen Trotz-Reaktionen führenden Erwachens. Die besorgniserregende „nationale Welle" dieser Monate ist Symptom genug. Nicht unsere nur durch eine Politik der Entspannung und Friedenssicherung zu gewährleistende Zukunft hat bereits begonnen (in dem Maße nicht, in dem wir von einer solchen Politik noch entfernt sind!), wohl aber die Nominierung der vermeintlichen „Sündenböcke" für die Enttäuschung allzu lange ganz bewußt genährter nationalpolitischer Erwartungen ... A. v. B.

Wien: Brücken-kopf zum Frieden

Zehn Jahre österreichischer Staatsvertrag. Zehn Jahre österreichische Neutralität, die sich allen Unkenrufen zum Trotz bewährt zu haben scheint. Zehn Jahre also auch, wenn auch immer wieder gestört, ins Stocken geraten, mit Gewalt und List verhindert, ein Austausch von Informationen über das, was auf kulturellem Gebiet in West und Ost vor sich geht. Vereitelt, und dann doch zustande gekommen, auch Begegnungen zwischen West und Ost auf neutralem Boden. Versuchen wir uns zu verdeutlichen, wie das im Lauf der Jahre vor sich gegangen ist.

Als die vier Besatzungsmächte 1955 abzogen, gab man ihnen die Versicherung mit auf den Weg, sie würden im unabhängigen Österreich als Gäste jederzeit herzlich willkommen sein. Bei den diesjährigen Juni-Festwochen, die man besonders feierlich zu begehen gedenkt und die unter dem Motto „Kunst in Freiheit" stehen, wird jede der vier Nationen, die, wie es im Gesamtprospekt der Veranstaltung heißt, „mit Österreich durch Befreiung und Staatsvertrag historisch verbunden sind", mit einem künstlerischen Beitrag vertreten sein. Auch der Gedankenaustausch auf allen Gebieten des kulturellen Lebens findet nun seit Jahr und Tag, wenn auch, wie bereits angedeutet, unter nicht ganz unbeträchtlichen Schwierigkeiten statt. Sogar die aus einer Reihe offenkundiger Gründe besonders zurückhaltende Wiener Stadtverwaltung stellt ihr diesjähriges „Europa-Gespräch" (es ist das achte), das alljährlich unter Mitwirkung internationaler Fachleute in der großen Volkshalle des Wiener Rathauses die Juni-Festwochen zu beschließen pflegt, diesmal unter die

Eine wichtige Neuerscheinung

Renate Riemeck

MITTELEUROPA

224 S., Paperback DM 14,80

Das Buch gibt eine langerwartete Urteilsgrundlage für das, was sich in Mitteleuropa in den letzten hundert Jahren abspielte, und macht den Blick frei für die eigentlichen Aufgaben der Mitte heute.

Verlag Die Kommenden · 7800 Freiburg i. Br.

Rosastraße 21

Devise „Brücken zwischen West und Ost". Als man im selben Rahmen vor Jahren Ilja Ehrenburg eingeladen hatte, entfachte man damit eine so heftige Pressekampagne, daß man sich gezwungen sah, die Einladung zurückzunehmen. Auch da also hat sich einiges geändert, und Österreich und besonders Wien haben sich, wenn auch unter mancherlei Beschuß, als Brückenkopf zum Frieden behaupten können. Heute wetteifern die beiden Koalitionspartner geradezu in dem Bemühen um die Erschließung der besten Möglichkeiten auf diesem Gebiet. Den Vortritt ließ man ursprünglich allerdings gerne der ÖVP, die ihre gefühlsmäßigen Bindungen an die Länder der ehemaligen Donaumonarchie nicht ganz so verschämt wie der Koalitionspartner aus politischen Gründen glaubt verdecken zu müssen.

Die Bereitschaft zu Kontaktstellen mit dem Osten ist in Österreich, und wieder besonders in Wien, ungeachtet aller Wandlungen der Politik nie ganz geschwunden. Gab und gibt es doch in Wien beispielsweise eine ansehnliche tschechische Kolonie, und mutatis mutando sind auch andere sprachliche Minderheiten aus der alten Donaumonarchie hier ansässig. Das Völkergemisch von damals ist in Restbeständen erhalten geblieben, was selbst in den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges den verschiedenen Gesellschaften zur Pflege der Freundschaft zwischen den Völkern (Österreichisch-tschechische, Österreichisch - polnische Gesellsaft u. a. mehr) eine gewisse Resonanz sicherte. („Man hat uns zu Hause immer erzählt, Wien wäre die zweitgrößte tschechische Stadt", sagte kürzlich ein Prager Teilnehmer an einem Kongreß hier, „erlauben Sie mir deshalb, Sie tschechisch anzureden".) Dazu kommt, daß gewisse patriarchalische Bindungen unberührt von Klassenkampf und nationaler Befreiung sich über Generationen hinweg erhalten haben; noch immer werden zumindest zu Festtagen Kartengrüße zwischen ehemaligen „Herrschaften" und ihren „Dienstboten" getauscht; bis weit in die Zeit der Ersten österreichischen Republik war das Reservoir für Hauspersonal bekanntlich Mähren und Böhmen.

Dennoch: 1955 war Österreich zwar für neutral erklärt worden, aber Maßstab allen Tuns und Lassens blieb das Paradies Amerika. Die Zeitungen wurden nicht müde, alle Vorgänge durch amerikanische Brillen zu betrachten, und wer für die Entwicklung nach anderen Perspektiven Ausschau hielt, wurde leicht als Landesverräter abgestempelt. So jedenfalls von den damals tonangebenden Wiener Kritikern Friedrich Torberg und Hans Weigel, die selbstredend auch die Wortführer jenes Brecht-Boykotts wurden, den sämtliche Wiener Bühnen über den größten deutschen Dramatiker neben Gerhard Hauptmann noch vor Errichtung der „Mauer" verhängten, zu einer Zeit also, da in der Bundesrepublik Brecht noch auf dem Repertoire stand. Man merkt, unser Klima, bedingt durch unsere zur Verständigung so ungewöhnlich günstige geographische Lage, kann gelegentlich auch ungewöhnlich reizbar machen.

1956 gingen dann begreiflicherweise infolge der Ereignisse in Ungarn die Wogen der Erregung nochmals hoch. Jede Sammelstelle für Ungarnflüchtlinge wurde zum hot-bed des Kalten Kriegs. Noch 1960, als der englische Generalsekretär des internationalen PEN, David Carver — übrigens ein erzkonservativer Mann, unverdächtig aller Sympathien für totalitäre Regime — der Einladung des ungarischen PEN Folge leistete, um auf Wunsch seiner internationalen Organisation in Budapest zu sondieren, was für die eingekerkerten Schriftsteller getan werden könnte, wurde er, als er sich auf der Rückreise kurz in Wien aufhielt, von dem Kulturreferenten der größten Wiener Boulevardzeitung als „einer der unerfreulichsten Männer unserer Zeit" bezeichnet und aufgefordert, die Stadt schleunigst zu verlassen. Kein Blatt hat

damals den Mut aufgebracht (oder sich die Mühe genommen), für den sehr distinguierten Fremden einzutreten, und der Protest der österreichischen Sektion des PEN, die zwar seinerzeit gegen die Aufnahme der Ungarn gestimmt hatte, sich aber solche Schützenhilfe verbitten wollte, wurde meines Wissens in dem betreffenden Blatt nie veröffentlicht. Die Verfasserin dieser Zeilen gab damals in der inzwischen eingestellten Münchter „KULTUR" der Vermutung Ausdruck, daß wir unsere Beliebtheit im Ausland, falls wir in dieser Manier fortführen, bald nur mehr der Güte unserer Backhendl und unseres Heurigen würden zu verdanken haben. Eine Vermutung, die sich glücklicherweise nicht bestätigen sollte.

Doch gab es auch auf anderen Gebieten noch immer genügend Schwierigkeiten. So, als die Organisation der Filmjournalisten (ebenfalls noch im Jahr 1960) erstmals eine „Woche des interessanten Films" des abgelaufenen Jahres veranstaltete (einige Jahre später wurde aus dieser Filmwoche ein von der Stadt Wien subventioniertes jährlich abgehaltenes Filmfestival „Viennale"), galt die Tatsache der Einbeziehung eines sowjetischen Films als Provokation, und ein amerikanischer Dokumentarfilm mußte abgesetzt werden, weil er gewisse Mißstände anprangerte und den Klischeevorstellungen von Amerika so gar nicht entsprach. (Die Regisseure dieses Films, Sidney Meyers und Joseph Strick, gehörten übrigens zu jener in der McCarthyzeit ruinierten Hollywoodequipe, deren erzwungene Inaktivierung zum großen Teil für die Verödung des amerikanischen Films verantwortlich zu machen ist.)

Und noch 1962 haben die Verhandlungen dieser Organisation mit der Stadt Wien wegen Subventionierung nur deshalb zum Erfolg geführt, weil die Geldgeber ihre ursprüngliche Bedingung, keine östlichen Filme einzubeziehen, fallen ließen, als man sie darauf aufmerksam machte, daß man doch nicht alle Initiative bei der Aufnahme von Ost-West-Kontakten dem anderen Koalitionspartner überlassen sollte ...

Denn zu dieser Zeit trat nämlich bereits die von Dr. Wolfgang Kraus ins Leben gerufene und vom Unterrichtsministerium subventionierte „Österreichische Gesellschaft für Literatur" in Erscheinung und verstand es, Wien binnen kurzem geradezu zu einer Literaturstadt zu machen. Die „Gesellschaft" bot von Anfang an nicht nur ein Podium für die namhaften österreichischen Schriftsteller und trachtete im Rahmen ihrer Möglichkeiten den heimischen Nachwuchs zu fördern, sondern sie sah von Beginn als ihre vordringlichste Aufgabe an, auch die bedeutendsten Vertreter des östlichen Kulturlebens, vor allem aus den Nachfolgestaaten, bei uns vorzustellen und zu Aussprachen mit ihnen einzuladen. Ins Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit geriet die Gesellschaft durch die Einladung an Tibor Déry, dessen erste Station auf seiner ersten Auslandsreise nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis Wien war, wo er im Rahmen dieser Gesellschaft eine vom Publikum gestürmte Vorlesung hielt. Vermied Déry auch geflissentlich jede politische Äußerung, so war die Tatsache seines Erscheinens in Wien und die sich nach der Vorlesung vor aller Augen abspielenden, erschütternden Wiedersehensszenen mit alten, inzwischen nach Österreich geflüchteten Freunden, die vor nicht langer Zeit in gemeinsamem Kampf mit Déry gestanden hatten, geeignet, Wunden zu schließen, Brücken zu schlagen und die langsame Normalisierung der Beziehungen beider Länder anzubahnen. Man muß diese vielleicht allzu privat erscheinenden Szenen in größerem Zusammenhang sehen: sie bereiteten in gewissem Sinn den Weg für den vor wenigen Wochen erfolgten Besuch des ungarischen Außenministers in Wien (der damit den Besuch unseres Außenministers in Budapest erwiderte und in der Presse

freundlichst kommentiert wurde). Auch der Dramatiker Julius Hay, ein Schicksalsgenosse Dérys, ist inzwischen zu einem häufigen und gern gesehenen Gast in Österreich geworden, seine satirische Komödie „Das Pferd" (des Caligula) wurde sogar während der Salzburger Festspiele dort zur Uraufführung gebracht und hat dann ihren Weg auf andere deutschsprachige Bühnen genommen.

Aber auch abgesehen von solch kulturpolitischer Eintagssensation, wie sie unvermeidlich mit dem Auftreten Dérys verbunden war, hielt der Zulauf auch zu den weniger spektakulären Veranstaltungen der „Gesellschaft" unvermindert an, und nach dreijährigem Bestehen glaubte man, wie sich zeigte, mit Recht, es wagen zu können, im März dieses Jahres zu einem Round-table-Gespräch zwischen Ost und West über „Theater heute" einzuladen. Weil sich an dieser Veranstaltung manches über die Problematik ablesen läßt, sei hier darauf etwas näher eingegangen.

War es der genius loci von Wien, wo Theater sei jeher im Vordergrund des Interesses steht und über alle Gegensätze hinweg verbindet, war es also der weise Beschluß, ein Ost-West-Gespräch mit dem Thema „Theater" in Gang zu bringen — ein zweites Gespräch über die Entwicklung des Romans da und dort ist im selben Rahmen und in ähnlich prominenter Besetzung für den Herbst bereits angekündigt —, jedenfalls wurde eine seltene Einmütigkeit erzielt, wenn auch zugegeben werden soll, daß dabei eine gewisse Verwässerung der Begriffe und zuweilen ein Aneinander-Vorbeireden einherging. Und doch war die freudige Verwunderung groß, als man darauf kam, daß die konkreten Schwierigkeiten, mit denen man da und dort zu kämpfen hat, sich eigentlich nicht grundlegend unterscheiden. Der Leiter und Initiator des Gespräches, Dr. Wolfgang Kraus, mußte sich geradezu gegen den Verdacht verteidigen, er hätte eben nur „Westler" aus dem Osten eingeladen. Er erklärte, daß dies keineswegs der Fall gewesen sei, er habe lediglich bekannte Persönlichkeiten ausgewählt und nur Funktionäre ausgeschlossen. Und unter Individualitäten, so meinte er, lasse sich eben relativ leicht eine Verständigung herstellen. Daß aber die herbeigerufenen prominenten Vertreter der öffentlichen Theaterwelt, so ergänzte Martin Eßlin (London), Leiter der Hörspielabteilung der BBC, sich in ihren Ländern durchzusetzen vermochten, wiewohl sie nicht die offizielle Lesart des Sozialistischen Realismus verfechten, halte er für ein erfreuliches Zeichen einer dort um sich greifenden Liberalisierung. „Wir können einander vielleicht nicht alle lieben, aber wir müssen einander ertragen lernen, denn Freiheit ohne Menschen ist undenkbar", so faßte es in der Schlußsitzung Eric Bentely (USA), Brechtübersetzer und Verfasser des Buches "The playwright as thinker" zusammen. „Extreme Positionen bei dieser Tagung", so meinte er, wären vielleicht interessanter gewesen, aber weit wichtiger war es, daß sich die Ansichten als keineswegs so grundverschieden herausgestellt hätten. Bentely war es auch, der darauf hinwies, daß die Verständigung nicht immer so friedlich vonstatten gegangen war; er erinnerte an ein Jahr zurückliegendes Ost-West-Gespräch, bei dem Anna Seghers, gefolgt von einer Gruppe russischer Offiziere, ostentativ den Saal verlassen hatte. Martin Eßlin ergänzte dies durch den Hinweis auf den nur zwei Jahre zurückliegenden Theaterkongress in Edinburgh, bei dem es auch noch keineswegs so friedlich zugegangen war, wie man sich jetzt in Wien aufführte.

Vierundzwanzig Autoren, Dramaturgen, Regisseure, Intendanten und Kritiker aus Ost und West debattierten drei Tage hindurch in bestem Einvernehmen. Will man den Gesamteindruck der Referate zusammenfassen, so war das Verblüffendste die Selbstverständlichkeit, mit der sich Europa als Einheit hier in aller Stille bereits etabliert

hatte, wobei auch mehrmals laut wurde, daß dieses Europa sein Führungsprivileg bereits verloren hat. Eine große Rolle spielte in der gesamten Diskussion Becketts „Warten auf Godot", und man erfuhr, wie mannigfaltig das Stück da und dort interpretiert wurde; Jan Kott berichtete von einer Aufführung in Warschau, bei der man auf die Befreiung gewartet habe, während Jean Duvignaud von einer Aufführung in Algier sprach, wo zwei Fellachen der Bodenaufteilung entgegenharrten. Man erfuhr auch am Rande, daß Jan Kott, dessen Skakespeare-Interpretation für den englischen Regisseur Peter Brook ebenso maßgebend wie für einzelne deutsche Regisseure geworden ist, auf die polnische Bühne noch wenig Einfluß hat. Keine Frage, daß die Anerkennung im Westen sich auch auf das Prestige im Osten auswirken wird. Zahllose Kontakte wurden geknüpft, die sich erst nach und nach auswirken werden. Dieses Gespräch wurde zu einem vollen Erfolg, nicht nur für Wien als Theaterstadt, sondern, was ungleich wichtiger, auch für Wien als Brückenkopf zum Frieden, und das ist auch der Grund, weshalb auf die Veranstaltung hier so ausführlich eingegangen wurde. „Im Westen und im Osten", so sagte Eric Bentely, „waren die Fenster weit geöffnet, und wir konnten hindurchsehen." Und das war wohl auch der eigentliche Sinn dieser ersten Begegnung auf dem neutralen Boden von Wien, der bald eine zweite folgen wird.

Es versteht sich, daß auch zahllose andere Organisationen für die Kontakte mit dem Osten tätig sind: verschiedene neugegründete, besonders an Filmen interessierte Gruppen, der slawistische Hochschuldienst, das Kuratorium des von der Wiener Universität verwalteten Herder-Preises (Preisträger im vergangenen Jahr u. a. Jan Kott, in diesem der ungarische Komponist Kodaly) und vor allem die „Arbeitsgemeinschaft Ost", die ebenfalls regelmäßig zu Vorträgen einlädt und unter anderem die Bekanntschaft mit dem polnischen Philosophen Adam Schaff vermittelte. „Die Arbeitsgemeinschaft" gibt aber auch im siebenten Jahr die „Österreichischen Osthefte" heraus, in denen laufend über Lehrtätigkeit und Publikationen auf diesem Gebiet berichtet wird.

Brückenkopf zum Frieden: Die weitere Entwicklung hängt nicht von Österreich allein ab, alles ist mit allem verwoben. Die flüchtige Zehn-Jahres-Bilanz läßt hoffen, daß der Brückenkopf zum Frieden gehalten und ausgebaut werden kann.

Elisabeth Freundlich, Wien

Die Lage

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Bundesrepublik, Sowjetunion und DDR

Zum 8. Mai 1965

„Die Deutschen sollten nicht vergessen, daß die Begabung und der geistige Reichtum des großen russischen Volkes auf die Dauer nicht in der Absperrung gedeihen können. Die Öffnung der Sperren und das geistige Aus- und Einströmen würden für Rußland und den Westen in gleicher Weise befreiend und nutzbringend sein. Ebensowenig steht es den Westdeutschen an, zu vergessen, daß Europa nicht nur als Erbe des Karolingerreiches bezeichnet werden kann. Europa reicht weit nach Osten."

Werner Conze, Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte; 1963.

„Selten sieht man so viele wirklich zuvorkommende Herren so oft zu spät kommen wie in bundesrepublikanischen Auswärtigen Diensten."

Rudolf Hagelstange, Die Puppen in der Puppe. Eine Rußlandreise; 1963.

I

Die Tragikomödie der deutschen Nahostpolitik, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist noch nicht zu Ende gespielt. Die Hauptakteure waschen ihre Hände in Unschuld, schießen aufeinander oder halten sich vorsichtig im Hintergrund und lassen Abgeordnete, Bürokraten und Geschäftsleute in der Welt herumreisen, um das zerschlagene Porzellan mühsam zusammenzuflicken. Aber die Scherben ergeben eben doch nur ein gekittetes Stück, das zudem bereits mit neuen Rissen behaftet ist.

Wir wollen hier nicht die ganze Fülle der Dummheiten und Mißgriffe, die die Bundesregierung in unserem Verhältnis zu den arabischen Staaten einerseits, Israel andererseits begangen hat, im einzelnen wiederholen, — selbst die regierungstreueste Presse hat diesmal keine Worte der Rechtfertigung finden können. Was jetzt breiteren Kreisen offenbar geworden ist, ist nicht nur eine erschütternde Leichtfertigkeit in der Pflege unserer Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens, es ist auch der völlige Zusammenbruch der europäischen Ostpolitik der Bundesregierung.

Das Verhältnis der Bundesrepublik zu den arabischen Ländern Afrikas und Asiens auf der einen, dem Staat Israel auf der anderen Seite ist seiner Natur nach problemgeladen. Die Zusage, an Israel amerikanische Waffen zu liefern (eine Zusage, für die vor allem Franz Josef Strauß verantwortlich ist), die Duldung der Tätigkeit deutscher Raketenspezialisten in Ägypten durch uns hat es weiter belastet. Aber auch ohne diese Dinge wären wir in einer Zwickmühle gewesen, in die wir uns selbst hineinmanövriert haben, in der Zwickmühle der Hallstein-Doktrin nämlich, die es Präsident Nasser jederzeit ermöglichte, uns mit der Drohung einer „Anerkennung" der DDR — oder doch dessen, was unmittelbar vorausgeht — in die Zange zu nehmen. Niemand kann es dem gewiegten Politiker am Nil verdenken, daß er von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat. Zwar hat er, um möglichst viel von beiden Seiten zu kassieren, die „Zone"

formell nicht anerkannt, aber er hat Walter Ulbricht mit allen Ehren als Staatschef empfangen und den Austausch von Generalkonsuln mit ihm vereinbart. Von Präsident Nyerere von Tansania haben wir Ähnliches hinnehmen müssen. Das sind unsere „Erfolge" mit der Hallstein-Doktrin.

II

Bundeskanzler Erhard hat vor dem Bundestag am 17. Februar d. J. noch einmal erklärt, daß die Bundesregierung „zwei Dinge nicht hinzunehmen gewillt ist: die Zwangsherrschaft in der Zone und die widernatürliche Spaltung Deutschlands". Er hat noch einmal das „Recht der Selbstbestimmung des deutschen Volkes" beschworen und sich gegen jeden gewandt, der „die unrechtmäßigen und unmenschlichen Zustände durch engere politische Beziehungen zu jenem Zwangsregime ausdrücklich sanktioniert". „Ulbricht ist der Exponent jenes unmenschlichen Zwangsregimes in der Zone. Er ist von den Sowjets als Statthalter eingesetzt. Seine Stellung stützt sich auf die russischen Divisionen in der Zone." [1]) Die Regierungserklärung zur Nahostpolitik vom 7. März, die Entschließung der CDU auf ihrem Parteitag in Düsseldorf und die Verlautbarung der Bundesregierung vom 14. April zu dem kürzlich erneuerten polnisch-sowjetischen Vertrag besagen im Kern dasselbe.

Solche Äußerungen sind gewiß in weitesten Kreisen so populär, wie es seinerzeit der Kampf der „nationalen Rechten" gegen den „Schandvertrag von Versailles" war. Aber moralische Entrüstung über den Gegner ist keine Grundlage einer guten Politik. Sie ist es um so weniger, wenn sie nicht einmal von einer nüchternen Analyse der politischen Fakten begleitet wird.

Ludwig Erhard hat oft mit großer Verehrung seines Frankfurter Lehrers Franz Oppenheimer gedacht. Nun, Franz Oppenheimer war nicht nur bei den Klassikern, bei Adam Smith und Ricardo, sondern vor allem auch bei Marx in die Lehre gegangen [2]), und Karl Marx hat sein Leben lang mit grimmigem Spott von denen gesprochen, die eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaftsordnung aus den Prinzipien eben dieser Ordnung heraus als rechtswidrig hinstellen wollten. Nur Narren konnten annehmen, daß eine siegreiche Sowjetunion in den von ihnen besetzten Gebieten ihre Besatzungsmacht zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung eines kapitalistischen Systems benutzen würde. Und auch heute ist es sinnlos, die Rechtsordnung der DDR mit Begriffen und Argumenten bekämpfen zu wollen, die nicht einmal im Völkerrecht der westlichen Kulturkreise (Kontinentaleuropa und angelsächsische Staaten) einen eindeutigen Inhalt haben. „Selbstbestimmung" für die Deutschen der „Zone", — das ist eine politische Forderung (und zwar eine schlechthin unrealisierbare Forderung) und kein Recht, auf das wir pochen könnten, eine Propagandaformel für den innenpolitischen Hausgebrauch, nicht mehr. Wer diesen Standpunkt vertritt, gibt nicht etwa das Völkerrecht preis, sondern lehnt es nur ab, ihm eine Rolle zuzuweisen, die es nicht spielen kann, und warnt vor gefährlichen Illusionen.

Aber auch moralische Empörung wird uns nicht weiter helfen. Anstatt über das „Zwangsregime in der Zone" und die „unmenschlichen Zustände" dort zu jammern, sollten wir lieber darüber nachdenken, was wir unsererseits tun können, um die Machthaber drüben zu veranlassen, ihren Bürgern größere Freiheit zu gewähren. Darüber läßt sich im einzelnen sicher mit guten Gründen streiten. Nicht aber darüber, daß wir mit Ignorierung und Isolierung der DDR ebenso wenig erreichen werden wie mit der bloßen Berufung auf „Rechtspositionen".

Gewiß, wir können vielleicht dasselbe „Recht" auf Abhaltung von Bundestagssitzungen in West-Berlin beanspruchen wie die DDR auf Tagungen ihrer Volkskammer in Ost-Berlin. Aber welchen praktischen Wert hat es, von diesem Recht

Gebrauch zu machen, wenn wir uns nicht gleichzeitig bemühen, zu einer Befriedung unseres Verhältnisses zur DDR zu gelangen? Unbestreitbar ist doch, daß die DDR, wie sich im April d. J. erneut gezeigt hat, die Abhaltung von Bundestagssitzungen in West-Berlin durch allerlei Schikanen stören kann, während uns dieselben Waffen nicht zu Gebote stehen. Was soll also die bloße Demonstration? Und was sollen gar Pläne für den Ausbau des Sitzungssaals des alten Reichstagsgebäudes zu einer Größe, wie sie ein „gesamtdeutsches" Parlament beansprucht? Dergleichen ist politische Hochstapelei, nichts anderes.

III

Daß wir unseren Blick nach O s t e n wenden müssen, wenn wir in der „Deutschen Frage" weiterkommen wollen, ist den Einsichtigen unter unseren Politikern — und es gibt immerhin einige solche unter ihnen — längst klar geworden. Sie wagen es nur noch nicht, sich und uns die volle Wahrheit zu sagen. Wir müssen uns mit der Sowjetunion verständigen, sagen sie, aber niemals mit ihrem Statthalter in der Zone, dem „Spalter der deutschen Nation". Manche wollen zugleich witzig sein und fügen hinzu, wer ein Haus kaufen wolle, müsse mit dem Eigentümer und nicht mit dem Portier sprechen.

Nun mag man über die kontaktarme und wenig gewinnende Persönlichkeit Walter Ulbricht denken, wie man will: dieser Mann hat jedenfalls eine beachtliche Leistung vollbracht. Er hat, auf exponiertestem Posten im sowjetischen Herrschaftsbereich stehend, zwanzig Jahre lang alle innerpolitischen Richtungskämpfe in der Sowjetunion überstanden und ist den Machthabern im Kreml heute offenbar genau so unentbehrlich wie unter Stalin und Chrustschow. Seine Regierung mag abhängiger von Moskau sein als die unsere von Washington (obwohl u. a. die allzu eilige Befolgung der dortigen „Empfehlung", entgegen unseren eindeutigen Interessen amerikanische Waffen an Israel zu liefern, doch wohl zu denken gibt), aber das sind graduelle Unterschiede. Immerhin hat Ulbricht mit geduldiger Zähigkeit im Jahre 1964 den Abschluß eines „Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit" [3]) mit der Sowjetunion erreicht, der bei uns kaum richtig gewürdigt worden ist. Außenpolitisch ist er auf dem Wege, mehr und mehr internationale Anerkennung zu finden, wozu eine „zielbewußte und kräftige eigene Wirtschaftspolitik" [4]) beiträgt. Militärisch benötigt er den Schutz der Sowjetunion von deren Standpunkt aus schon gegenüber dem „Gesamtvertretungsanspruch" der Bundesregierung. Vielleicht braucht er ihn auch unabhängig davon noch heute, wie er ihn gewiß am 17. Juni 1953 brauchte. Aber mit der Behauptung, daß er sich n u r auf die russischen Divisionen stütze, sollten wir immerhin vorsichtig sein. Niemand weiß, wie wirklich „freie Wahlen" in der DDR ausfallen, ob sie eine überwältigende Mehrheit für einen bedingungslosen Anschluß an die Bundesrepublik ergeben würden.

Indessen ist es müßig, hierüber zu diskutieren, denn solche Wahlen werden in absehbarer — oder besser: unabsehbarer — Zeit nicht stattfinden. Es ist auch müßig zu fragen, ob der Weg nach Berlin über Moskau oder vielleicht umgekehrt der Weg nach Moskau über Berlin führt. Beides ist richtig. Selbstverständlich kann und wird Ulbricht keine wichtige außenpolitische Entscheidung ohne die Zustimmung des Kreml treffen. Aber ebenso sicher ist es, daß der Kreml über deutsche Angelegenheiten nicht mit uns hinter dem Rücken seines „Portiers" verhandeln, sondern uns weiterhin an diesen selbst verweisen wird. Das würde jeder tun, der einen Generalbevollmächtigten bestellt hat. Wir werden uns danach richten oder auf jeden Fortschritt in der „Deutschen Frage" verzichten müssen.

IV

Die Hallstein-Doktrin, seit eh und je nichts als eine Fessel, die wir uns selbst angelegt haben, um sachlichen Entscheidungen auszuweichen, ist heute offenkundig zu einer papiernen Waffe geworden, die nur noch lächerlich wirkt. Wir handhaben sie, indem wir ein Auge ganz und das zweite halb zudrücken, suchen krampfhaft nach jedem Strohhalm, der es uns ermöglicht, sie ernsthaft nicht mehr zu praktizieren. Ulbricht ist mit den vollen Ehren eines Staatsoberhaupts in Kairo begrüßt worden, aber da das Wort „Anerkennung" nicht ausdrücklich gefallen ist, hatten wir wieder einmal Gelegenheit, uns der Angst vor der eigenen Courage hinzugeben, ohne vor den Spießbürgern völlig das Gesicht zu verlieren. Die Hallstein-Doktrin offen über Bord zu werfen, wagen wir ebenfalls nicht: es könnte diesen oder jenen zum Nachdenken veranlassen, und das ist, zum mindesten vor Wahlen, höchst unerwünscht. Also wird nach bewährtem Muster weiter gewurstelt.

Dabei mehren sich zunehmend die Stimmen, die für eine Beseitigung der Hallstein-Doktrin zum mindesten im Verhältnis zu den kommunistischen Ländern Osteuropas plädiieren (so neuerdings Erich Mende von der FDP, Marion Gräfin Dönhoff von der „Zeit" und der bekannte Düsseldorfer Industrielle Albrecht Pickert). In der Tat: von der Möglichkeit, die Anerkennung der DDR zu verhindern, kann hier keine Rede sein, denn diese Staaten unterhalten seit Jahren diplomatische Beziehungen zum zweiten deutschen Staat. Aber natürlich muß man sich darüber im klaren sein, daß, wenn erst in Warschau und Budapest, Bukarest, Sofia und Prag die Vertreter zweier Deutschland auf demselben Parkett erscheinen, es überhaupt keinen vernünftigen Grund mehr gibt, die neutrale Welt vom Austausch von Botschaftern mit der DDR fernzuhalten. Befreien wir uns also endlich aus dem Käfig, den wir uns selbst gezimmert haben und der bisher die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu den Staaten Osteuropas mit verhindert, den neutralen Ländern Afrikas und Asiens dagegen ständig Mittel zur Erpressung in die Hand gegeben hat.

> „Es bereitet mir kein Vergnügen, das Ende der klassischen Hallstein-Doktrin festzustellen. Aber ein Schwert, das stumpf geworden ist, ist keine Waffe mehr, sondern ein Ballast; es muß abgelegt und ersetzt werden."[5])

V

Die zwanzigjährige Wiederkehr des Tages, an dem die nationalsozialistische Herrschaft zusammenbrach (8. Mai 1945), sollte besonderer Anlaß sein, den Blick über die Grenzen der Bundesrepublik nach Osten zu lenken. Im heutigen Ost-Berlin setzte der Zerstörer des Reichs seinem Leben selbst ein Ende, auf dem Boden der jetzigen DDR reichten sich amerikanische und sowjetische Truppen erstmals die Hand, der Verlust der früheren deutschen Ostgebiete und die Spaltung Deutschlands waren die unmittelbare Folge des Weltkriegs, den Adolf Hitler der Menschheit aufgezwungen hatte. Wir und unsere Kinder haben die politischen Folgen zu tragen.

Was haben wir getan, um von dieser Last frei zu werden, — der politischen Gesamtverantwortung unseres Volks wohlgemerkt, nicht etwa einer moralischen Kollektivschuld, die niemand uns auferlegt?

Das Wichtigste haben wir nicht in Angriff genommen: die Arbeit für einen dauerhaften Frieden. Gewiß, wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen auch keinen Frieden. (Während wir, hätte nicht die öffentliche Meinung namentlich in den USA sehr entschieden reagiert, die bisher nicht entdeckten Nazi-Mörder nach dem 8. Mai 1965 gern in Frieden gelassen hätten). Wir weigern uns, die neuen Grenzen im Osten anzuerkennen, da nur im Rahmen der Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen Friedensvertrages hierüber

gesprochen werden könne. Solche Verhandlungen wiederum lehnen wir ab, bevor den Deutschen der „Zone" das „Selbstbestimmungsrecht" gewährt sei, und machen damit unsere Friedensbereitschaft selbst unglaubwürdig. Wir, die Besiegten des Zweiten Weltkriegs, maßen uns an, die Vorbedingungen für die Führung von Friedensverhandlungen zu bestimmen. Kein Mißerfolg dieser Art von „Politik", keine Veränderung der Weltlage können Regierung und Bundestag veranlassen, die Dinge neu zu überdenken.

Es ist weiß Gott nicht erstaunlich, daß die Bundesrepublik unter diesen Umständen heute außenpolitisch völlig isoliert ist, erstaunlich höchstens, daß wir nicht schon ganz andere Worte von unseren Freunden zu hören bekommen. Unser Drängen nach irgend einer, von uns selbst in keiner Weise realistisch durchdachten „Initiative in der Deutschland-Frage", die gespenstisch anmutenden Appelle an eine sog. „Viermächteverantwortung", die unausrottbare Neigung, in abstrakten — und noch dazu mißdeuteten — Rechtsbegriffen zu argumentieren, anstatt konkrete Politik zu treiben: merken denn Bundesregierung und Bundestag nicht, daß das alles bei unseren Verbündeten nur noch peinlich wirkt, daß sie genug von dieser Art „querelles allemandes" haben? Die USA, im Fernen Osten in ein scheußliches Dilemma verstrickt, haben andere Sorgen, als sich unseretwegen erneut mit der Sowjetunion anzulegen, sie wollen Verständigung mit ihr (und die Sowjetunion will sie offenbar auch), keine zusätzliche Belastung. Kein Lächeln der Königin Elisabeth wird etwas daran ändern, daß ihre Regierung nicht daran denkt, etwas für die Änderung der Oder-Neiße-Grenze und die Beseitigung der Regierung der DDR zu tun. Frankreich schließlich, das Frankreich de Gaulles, baut ideenträchtig und tatkräftig seine wirtschaftlichen und kulturellen Positionen in Osteuropa aus, bereitet dem scheidenden sowjetrussischen Botschafter Winogradow eine überschwengliche Abschiedsfeier und einigt sich mit der Sowjetunion auf die Einführung des französischen Systems des Farbfernsehens dort. Aber der Sprecher der Bundesregierung weiß nichts anderes zu tun, als das Gespenst eines „Farbfernseh-Vorhangs" an die Wand zu malen, und Altbundeskanzler Adenauer nichts anderes, als in versteckten Angriffen gegen die Beteiligten über das Schwinden des Geistes der französisch-deutschen Freundschaft zu unken und dem Vertreter der New York Times ein Interview zu geben, „das von Ausfällen gegen die USA nur so strotzte". [6])

VI

Doch wir wollen uns nicht auf Kritik beschränken. Die Zeit ist überreif für konstruktive Lösungen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin-West, Willy Brandt — den Fragen des Ostens örtlich näher verbunden als die Männer in Bonn — hat es kürzlich als seine wichtigste Aufgabe für den Fall eines Wahlsiegs der SPD bezeichnet, in Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages einzutreten. Wir stimmen ihm durchaus zu. Dabei muß freilich — und das hat Brandt, aus welchen Gründen auch immer, nicht gesagt — von vornherein Klarheit darüber bestehen, daß die DDR als gleichberechtigter Partner zu solchen Verhandlungen hinzuzuziehen ist. Das bedeutet sachlich die formelle Anerkennung des zweiten deutschen Staates und seiner Grenzen. Zu dieser Einsicht und ihren Folgerungen werden sich Bundesregierung und Bundestag endlich durchringen müssen.

Wir können hier nicht auch nur die Grundzüge eines Friedensvertrages zwischen der Bundesrepublik einerseits, den Ländern des Ostblocks und Jugoslawien andererseits, wie sie nach unserer Vorstellung aussehen sollten, darstellen. Wohl aber ist es möglich und notwendig, einige Punkte hervorzuheben, die

Gegenstand der Verhandlung zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der DDR sein sollten:

1. Erweiterung der persönlichen, geschäftlichen und sonstigen Kontakte. Umgestaltung der bisherigen Passierscheinabkommen zu einer Dauereinrichtung, Ermöglichung von Besuchen auch in Richtung Ost-West (unter Garantie der Bundesrepublik gegen Mißbräuche, solange das derzeitige Gefälle im Lebensstandard andauert).

Gemeinsame Bearbeitung von Großaufträgen im Exportgeschäft; technischer Erfahrungsaustausch (vgl. Lizenzvertrag NSU-Motorenwerke und Wankel GmbH mit den mitteldeutschen Behörden).

Gegenseitige Anerkennung von Studiensemestern für Studenten, vorerst in technischen Fächern; Austausch von Professoren.

Alle derartigen Kontakte lassen die innerstaatlichen Rechtsordnungen der Bundesrepublik und der DDR unberührt.

2. Angleichung der Rechtsordnungen.

Die Bundesrepublik braucht auch im Rahmen ihrer weit überlegenen marktwirtschaftlich orientierten Ordnung ein größeres Maß mittel- und langfristiger Planung von Gemeinschaftsaufgaben als zur Zeit. Kann und will umgekehrt die DDR ihren Bürgern größere Freiheiten im Wirtschaftsleben geben und damit die Produktivkraft der Wirtschaft erhöhen? Sind Gemeinschaftsunternehmen zwischen Betrieben der Bundesrepublik und der DDR auf deutschem Boden möglich und auf welcher Grundlage (etwa entsprechend dem kürzlich geschlossenen Abkommen der Fa. Krupp (Beitz) mit Polen)?

3. Lastenausgleich zu Gunsten der DDR, die unter den Folgen des Krieges weit stärker gelitten hat als wir.

4. Vorbesprechungen über einen Friedensvertrag.

5. Vorbesprechungen über das Auseinanderrücken der Machtblöcke in Mitteleuropa, Rüstungsbeschränkungen und eine Neutralisierung beider deutscher Staaten, gegebenenfalls über ihre Einfügung in ein internationales, von den Westmächten und der Sowjetunion zu garantierendes Sicherheitssystem.

VII

Seit Bismarcks Sturz vor fünfundsiebzig Jahren (1890) haben wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nur in der Zeit der Weimarer Republik, nämlich von 1922 bis 1933, bestanden. Bismarcks Nachfolger Caprivi, ein ehrenwerter und dabei keineswegs beschränkter Soldat, lehnte die Erneuerung des berühmten Rückversicherungsvertrages mit Rußland ab, „denn er könne nicht wie Fürst Bismarck als Jongleur mit fünf Glaskugeln spielen, er könne nur zwei Glaskugeln gleichzeitig halten"[7]). Damit begann ein Vierteljahrhundert zunehmender Isolierung des Reichs. Rußland näherte sich Frankreich und gelangte zu einem Ausgleich seiner Interessen mit England in bezug auf die beiderseitigen Einflußsphären in Persien. Die Wilhelmstraße geriet mehr und mehr in das Schlepptau der Wiener Politik, die in erster Linie durch den Interessengegensatz zu Rußland auf dem Balkan bestimmt war. In dem verhängnisvollen Sommer 1914 war Rußland die erste Großmacht unter unseren Gegnern, die die militärische Mobilmachung anordnete. Adolf Hitler, zunächst nicht ohne einen gewissen Instinkt für die Schwächen der westlichen Demokratien, hatte in früheren Jahren eindringlich vor einem neuen Zweifrontenkrieg gewarnt, später, von dem Rausch seiner „Erfolge" geblendet, Stalin zunächst zu überlisten versucht und dann überfallen, — das Ende kennen wir alle. Konrad Adenauers

Verdienste schließlich in Ehren, aber von ihm, der Berlin haßte und Breslau und Königsberg kaum kannte (von Warschau und Prag nicht zu reden), war ein Verständnis für osteuropäische Fragen schwerlich zu erwarten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, bei seinem Besuch in Moskau im Jahre 1955 vereinbart, wurde in keiner Weise politisch genutzt, der Botschafter Kroll, der ein gutes Verhältnis zu dem damaligen Kremlgewaltigen Chrustschow hergestellt hatte, abberufen.

Heute ist die Bundesrepublik, wir sahen es schon, außenpolitisch erneut völlig isoliert, die bescheidenen Ansätze zu einer Ostpolitik, die Bundesaußenminister Schröder durch Errichtung deutscher Handelsmissionen in Warschau, Budapest, Bukarest und Sofia unternommen hat, wurden nicht fortgeführt, Schröder selbst ist Gegenstand ständiger Angriffe aus den Reihen seiner eigenen Partei. Angst vor dem Osten, Mißtrauen gegenüber unseren westlichen Verbündeten, innere Unsicherheit, Selbstmitleid, schlechtes Gewissen, gepaart mit Wirtschaftswunder-Trotz beherrschen die Gemüter und ermöglichen weder klare Gedanken noch mutige Entschlüsse. Das Ergebnis sind pseudojuristische Gaukeleien, taktisches Finassieren auf der einen, lautstarke Propaganda für die „nationalen Belange" auf der anderen Seite. Wir haben den Weltkrieg im Jahre 1939 vom Zaun gebrochen und 1945 kapitulieren müssen. Aber noch zwanzig Jahre später sind wir nicht bereit, Frieden zu schließen — eine traurige deutsche Bilanz zum 8. Mai 1965. Die Umwelt wird darüber hinweggehen, gewiß, sie wird den Frieden in Europa erzwingen. Aber die Enttäuschung der in Illusionen gewiegten Massen, die sich von den Politikern betrogen fühlen müssen, wird sich in einem weiter gesteigerten Nationalismus äußern, — es genügt schon heute, an einem beliebigen Tag einmal die Bild-Zeitung zu lesen. Wann wird die Stunde für einen neuen Rattenfänger gekommen sein?

Längst zwar dämmert es in manchen Köpfen, daß die einseitige Bindung der Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten von Amerika nicht in der Lage ist, die „Deutsche Frage" zu lösen; daß gerade de Gaulle dies immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck bringt, ohne in der Lage und gewillt zu sein, an deren Stelle zu treten, muß für den alten Adenauer und seine Freunde eine besonders bittere Pille bedeuten. Aber niemand hat den Mut, hieraus die Folgerung zu ziehen und offen auszusprechen: es gibt keine ernsthafte deutsche Politik, die sich nicht bemühte, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, und das heißt auch zur Deutschen Demokratischen Republik, herzustellen. Dabei sollte eigentlich ein Blick auf die Landkarte genügen, um uns von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

Auch wer — wie der Verfasser dieser Zeilen — die kommunistische Rechts- und Gesellschaftsordnung für unser Land ablehnt, sollte in der Existenz der DDR nicht so sehr den Ausdruck der Zwangsherrschaft einer kleinen Funktionärsgruppe, gestützt auf ausländische Truppen, sehen, die es mit allen juristischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln zu beseitigen gelte — diese Haltung ist nicht nur praktisch zum Scheitern verurteilt, sie ist auch sonst verfehlt. Er sollte vielmehr in ihr Anlaß und Aufforderung erblicken, unsere eigene Position immer wieder von neuem zu überprüfen. Der Lebensstandard dort ist niedriger, der Alltag grauer, die persönliche Freiheit beschränkter als bei uns. Dafür kennt man aber auch keine Protzereien eines übersteigerten Wohllebens, keine Entblößung des Persönlichen, keine massenhafte kommerzielle Ausbeutung des Sexuellen, wie sie hierzulande üblich sind. Vor allem aber: die innere Bereitschaft — nicht nur der äußere Zwang —, die selbst verschuldete Niederlage anzuerkennen, ist drüben weitaus breiter gestreut und fester verwurzelt als hier. Und das ist ein Glück für den Frieden unser aller. Nur eine ehrliche geistige

Auseinandersetzung der führenden Schichten hüben und drüben bietet die Grundlage für eine gesamtdeutsche Zukunft.

Anmerkungen

[1]) FAZ v. 18. 2. 1965, Nr. 41.

[2]) Siehe jetzt die schöne Rede, die Erich Preiser anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main am 11. Juni 1964 Franz Oppenheimer zum Gedächtnis gehalten hat (Frankfurter Universitätsreden, Heft 35, 1964).

[3]) Blätter für deutsche und internationale Politik, 1964, S. 582.

[4]) Maetzke, FAZ v. 24. 3. 1965, Nr. 70.

[5]) Klaus Mehnert, Christ und Welt v. 19. 2. 1965, Nr. 8, S. 3.

[6]) Industrie-Kurier v. 13. 2. 1965, Nr. 23.

[7]) Denkwürdigkeiten des Botschafters General Hans Lothar von Schweinitz, Berlin 1927, II, S. 404 (zit. in der Sammlung „Das Wilhelminische Deutschland. Stimmen der Zeitgenossen", Fischer-Bücherei 1965, S. 39 f.).

Senator Henri Rolin, Brüssel

Gedanken zum 8. Mai

Anläßlich des 20. Jahrestages der Kapitulation des Hitler-Reiches veröffentlichen wir zwei Stimmen aus Belgien und Polen, jenen Ländern, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg durch den deutschen Überfall jeweils als erste große Verluste an Menschenleben und grausame Zerstörungen erlitten haben. Die Gedanken und Überlegungen der beiden Verfasser, die unserer Bitte nach einem Beitrag entsprachen, sollten gerade in diesem Monat in der Bundesrepublik Beachtung finden. D. Red.

Ich weiß nicht, ob der 8. Mai in der deutschen Bundesrepublik ein Festtag ist wie in Belgien und zahlreichen anderen europäischen Ländern. Wenn er es sein sollte, dann wird er gewiß nicht unter dem Zeichen des V-day, des Siegestages, stehen. Ich bin der Ansicht, daß man dieses Datum in Deutschland genauso feiern müßte wie bei den Siegern, denn die Gefühle der europäischen Völker am zwanzigsten Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa sind in weitem Maße die gleichen.

Wenn ich das in Belgien vorherrschende Denken analysiere, so finde ich darin weder Hochmut noch Stolz noch Ressentiment gegen diejenigen, die vor fünfundzwanzig Jahren zum zweitenmal die Angreifer und Unterdrücker meines Landes waren. Was überwiegt, ist die Erinnerung an ein ungeheures Aufatmen der Bevölkerung, als das gräßliche Nazi-Ungeheuer am Boden lag, als sein wahnwitziger Griff nach der Weltherrschaft endgültig gescheitert war und das Opfern von Menschenleben sein Ende fand. Wenn ich diese letztere Wohltat aufzähle, die uns der 8. Mai 1945 brachte, so denke ich nicht nur an das Ende der Aufopferung der Jugendlichen in den Reihen der Befreiungsarmeen oder an die Verluste, die fast bis zum letzten Tage die V 2 in belgischen oder niederländischen Städten anrichteten. Bei uns freuten sich auch viele, weil das Ende der Feindseligkeiten das Ende der mörderischen Luftbombardierungen der deutschen Städte nach sich zog, die weniger einen militärischen Vorteil bezweckten als einem barbarischen und primitiven Vergeltungs-Denken entsprangen.

Der friedliche und friedensliebende Charakter der Feiern in den Siegerländern

ist um so bemerkenswerter, als der Zweite Weltkrieg weit grausamer und blutiger als der Erste war und in den von Deutschland besetzten Ländern einen weit heftigeren Widerstand hervorgerufen hatte. Man kann darüber glücklich sein, daß die Stimme des Ressentiments frühzeitig durch die der Vernunft, welche die Wiederversöhnung befahl, abgelöst wurde. Das trifft auch für die Länder des Ostens zu. Ich werde nie die ergreifende Erklärung eines ukrainischen Verantwortlichen vergessen, als wir von einem Besuch Stalingrads (heute Wolgograd) zurückkehrten. Ich hatte Berichte von Teilnehmern und Zeugen der Schlacht gehört. Ich hatte fürchterliche Fotos von sowjetischen Gefangenen gesehen, die als Arbeitsvieh verwendet wurden, von Hügeln aufgeschichteter Leichen. Als ich meinem Begleiter sagte, daß man sicher in dieser Gegend die Deutschen nicht liebte, faßte er mich am Arm und meinte mit sichtlicher Erregung: „Ich bitte Sie, sagen Sie das nicht. Dächten wir so, wären wir verloren; dann würden wir bestimmt einem Dritten Weltkrieg entgegengehen. Nicht die Deutschen verursachten unsere Leiden, sondern die Nazis." Das war in der Zeit, als sich Adenauer mit zahlreichem Gefolge nach Moskau begeben hatte. Mit Kollegen des belgischen Parlaments wohnte ich seinem Empfang durch die russische Bevölkerung bei. Er war mehr als höflich, sogar wohlwollend; offenkundig begrüßte der Mann von der Straße diesen Besuch als ein Zeichen der Entspannung und der Friedenssicherung. Was die Vereinten Nationen der westlichen Welt anbetrifft, so vergingen keine zehn Jahre, und die Bundesrepublik trat dem Lager der ehemaligen Feinde in der NATO bei. Dann verband sie sich enger mit einigen von ihnen in den europäischen Gemeinschaften, die als Vorspiel zu einer politischen Einheit gedacht waren. In der Zwischenzeit trug der Marshall-Plan mächtig dazu bei, Westdeutschland aus den Trümmern zu erheben und Millionen Flüchtlinge, die anfänglich eine schwere Last zu sein schienen, in ein kostbares Element wirtschaftlichen Wohlstands zu verwandeln. Es gibt also eine ganze Reihe positiver Fakten, über die wir uns einheitlich freuen sollten und die an diesem Jahrestag eine ziemlich breite Basis für eine geistige Gemeinschaft der Völker, welche sich vor zwanzig Jahren auf den Schlachtfeldern bekämpften, abgeben.

Dennoch fehlt es nicht an Schattenseiten, über deren Beschreibung weniger Einmütigkeit herrscht. Es gehört zur Ehrlichkeit, auch zur Vorsicht, daß jeder sagt, wie er sich die Zukunft vorstellt, welches seine Befürchtungen und Hoffnungen sind. Vor einigen Wochen erklärte der belgische Minister Fayat auf dem 10. Kongreß der holländischen Partei der Arbeit, daß „man jede Zweideutigkeit bei der Definierung der politischen Ziele vermeiden müsse". Wenn ich die gegenwärtige internationale Lage kennzeichne, muß ich auf der Passivseite nicht nur als Schuld, sondern als schreienden Skandal die amerikanischen Militäroperationen in Vietnam anführen. Ich bin entsetzt angesichts der Prätention des State Department, sich als Bannerträger der Freiheit des vietnamesischen Volkes aufzuspielen, was dahin führt, daß der größte Teil des Landes unter Fliegerbomben vernichtet und ein von der Volksmehrheit verabscheutes Regime an der Macht gehalten wird. Was besagt unsere Erregung über die Opfer von Naturkatastrophen in Griechenland oder Chile, wenn wir gefühllos bleiben vor dem organisierten Opfer eines asiatischen Volkes? Die „Escalation", im Anfang als Vergeltung für Angriffe der Armee Nordvietnams gegen amerikanische Streitkräfte hingestellt, wird progressiv fortgesetzt, ohne sich um solche Vorwände weiter zu kümmern. Die Gefahr einer Gegen-Intervention wird jeden Tag größer. Und wie könnte man behaupten, daß sie auf die Mißbilligung der nicht-kommunistischen Welt stoßen würde? Walter Lippmann stellte die beunruhigende Isolierung der Vereinigten Staaten in Vietnam fest („Le Soir", 24. 4. 1965). Die Ermutigung, die Bundeskanzler Erhard vor kurzem Washington zukommen ließ,

hat gewiß die Beliebtheit des State Department oder des Pentagon weder in den Vereinigten Staaten noch in der Welt erhöht. Es verstärkte nur die Furcht der Weltöffentlichkeit, indem die politisch-moralische Sophistik verschiedener verspäteter Jünger von Foster Dulles erhellt wurde. Nach ihnen teilt sich die Menschheit in Freie Welt und gefangene Völker. Die letzteren würden von einem kommunistischen Regime niedergehalten, dessen Herren entweder Ausländer sind oder vom Ausland eingesetzt wurden. Sie stellten das Böse dar im Unterschied zu den Regierungen der Tschiang Kai-Scheck, Syngman Rhee, Trujillo, Franco, Salazar, die alle des Schutzes würdig und achtenswert seien.

Das ist eine Übertreibung? Kaum. In einem am 4. Dezember letzten Jahres vor dem Royal Institute of International Affairs gehaltenen Vortrag schlug der Präsident der EWG, Professor Hallstein, eine sogenannte realistische Politik vor. Sie sollte „die subjektive Wirklichkeit der die Aktion der Menschen begründenden Moral" anerkennen, was eine Alternative von „Gut und Böse" zur Folge habe. Das allein könne zwischen „Freunden und Feinden" unterscheiden lassen. Er ist der Meinung, „es könne keine Rede von einer geistigen Einheit der freien Welt und der totalitären Staaten sein". Ich möchte die Tatsache nicht verbergen: Es gibt zahlreiche Belgier, die solche Auslassungen gerade von deutscher Seite nicht lieben. Obwohl zwischen unseren Ländern zahlreiche Bande geknüpft wurden, so haben wir doch nicht die Vergangenheit vergessen. Als Apostel der Freiheit und Hüter der Moral sollten sich nicht die Vertreter eines Staates ausgeben, der zweimal Urheber eines Weltkrieges wurde und der vor zwanzig Jahren durch Eisen, Feuer und Gaskammern die Hälfte Europas unterjochte. Gewiß ist die Bundesrepublik heute ein Verbündeter. Aber es besteht kein Zweifel, daß Frankreich, Belgien, Großbritannien, Norwegen oder Dänemark sie als einen mit Mißtrauen bedachten, unter Kontrolle gehaltenen Verbündeten ansehen.

Es nützt nichts, dieser Wahrheit auszuweichen. Die Vergangenheit läßt sich um so schwieriger vergessen, als zahlreiche Repräsentanten Bonns eifrige Agenten des Nazismus waren und selbst Angehörige der jungen Generation in der Geschichte, sogar in der Bibel, nach Beispielen von Völkermord suchen, um die Vernichtungslager zu entschuldigen [1]). Außerdem kann man über die Schwierigkeiten nicht hinwegsehen, die einer Verwurzelung der Demokratie in den Institutionen und in der Gesetzgebung der Bundesrepublik entgegenstehen [2]). Es ist auch keineswegs wahr, daß der gestrige Feind die Sympathie verdrängt hat, die in Westeuropa die russischen, polnischen und tschechischen Völker besitzen, deren Kampf unserer gemeinsamen Befreiung so wertvoll war. In den letzten Jahren hat bei uns die internationale Entspannung zu einem Wiedererwachen der Gefühle für die slawischen Völker und deren Kultur geführt. Die Politik de Gaulles änderte daran nichts. Es scheint, daß man das in Bonn zu verstehen beginnt. Darüber könnte man dann nur zufrieden sein. Um so besser, wenn manche deutsche Staatsmänner ihre wesentlichen politischen Ziele oder die Mittel, deren sie sich bedienen wollen, revidieren.

Die wesentlichen Ziele sind, glaube ich, die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Integration. Diese wird im allgemeinen als ein bequemeres oder weniger schwer zu erreichendes Ziel angesehen, das die Erreichung des ersteren erleichtern könnte. Ich glaube, daß dies eine falsche Rechnung ist und Adenauer klar sah, als er vor siebzehn Jahren seine Politik dahingehend kommentierte: er ziehe die Freiheit der Einheit vor. Jedenfalls besteht heute kein

---

1) Siehe verschiedene Leserbriefe über die Verjährungsfrage in „Der Spiegel", 24. 3. 1965.

2) Ich sehe vor allem wiederholte Verletzungen der Presserfeiheit, das Projekt über den Notstand und den langen Widerstand der Behörden und des Parlaments gegen eine Verjährungs-Verlängerung, die sicher ohne äußeren Druck keine Mehrheit erhalten hätte.

Zweifel über den absoluten Widerstand der Sowjetunion und der Staaten der Warschauer Gruppe gegenüber einer Operation, die Deutschland um 17 Millionen Einwohner vergrößern und in entsprechendem Ausmaß die Militärmacht der NATO erhöhen würde. Es ist wahr, daß Bonn sich auf die wiederholten Erklärungen der Westmächte hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes berufen kann. Aber man kann sich fragen, ob sie ihre Haltung auch aufrechterhielten, wenn sie sich nicht mehr auf die radikale Opposition der slawischen Völker verlassen könnten. Vor kurzem unterstrich ein Artikel von Jacques Nobécourt in „Le Monde" (4.—5. April 1965) den übergroßen Platz, den die Bundesrepublik, im Falle eines Anschlusses Ostdeutschands, in Europa einnehmen würde. Der Verfasser verlangte, daß Fachleute festsetzen sollten, in welchem Maße die deutsche und europäische Integration miteinander vereinbar wären: „Dennoch sollten sich die Politiker entscheiden. Sie wüßten dann wenigstens, wohin sie gehen." Man könnte diesen Schwierigkeiten auszuweichen versuchen, indem man die Wiedervereinigung so plant, daß der internationale Status quo erhalten bleibt. In diesem System würde dann die NATO keine Befugnisse im Gebiet der DDR ausüben. Die DDR könnte sogar Mitglied des Warschauer Paktes bleiben, genauso wie sie außerhalb der EWG bliebe. Die deutsche Vertretung in den europäischen Institutionen würde nicht verändert, und das Gebiet jenseits der Elbe hätte keine andere Verbindung mit deren Mitgliedstaaten als die jetzt mit Bonn bestehende, was der Bundesrepublik erlaubt, es als Teil ihrer wirtschaftlichen Domäne anzusehen. Doch müssen wir gestehen, daß dies ein rein formeller Zusammenschluß wäre. Man könnte dies noch nicht einmal eine Konföderation nennen, da die beiden deutschen Regierungen sowie die konkurierenden internationalen Organisation, denen sie angehören, nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch auf internationalem Gebiet uneingeschränkte Kompetenz behielten.

Wenn die deutsche Öffentlichkeit das als ungenügend ansehen sollte, dann muß sie stärker die Widerstände berücksichtigen, die dem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht entgegenstehen. Wie könnte eine Lösung aussehen, die dem Mißtrauen und der Furcht der Nachbarn Deutschlands Rechnung trägt? Offenkundig dürfte sie das Kräftegleichgewicht der beiden, den größten Teil Europas beherrschenden Blöcke nicht verändern. Nur im Rahmen eines mehr oder weniger ausgedehnten regionalen Abrüstungssystems, unter vorbehaltloser Anerkennung der Oder-Neiße- und der tschecho-slowakischen Grenze, könnten gewisse Wiedervereinigungs-Modalitäten durchgeführt werden. Das gibt man im allgemeinen in Westdeutschland zu (oder zumindest in einem gewissen Maße), aber man sagt auch, wie vor einigen Wochen der Vize-Präsident des Bundestags Carlo Schmid auf dem Kongreß „Pacem in Terris" in New York: Gewährt zuerst dem deutschen Volk sein Selbstbestimmungsrecht, und das wiedervereinigte Deutschland wird allen beunruhigten Völkern Europas, insbesondere Polen, die wünschenswerten Garantien geben. Das geht nicht! Es gibt weder eine Aussicht, daß die Oststaaten einen solchen Vorschlag annehmen, noch daß die NATO-Mächte ihn unterstützen. Zuerst die Neubildung eines mächtigen Deutschlands erlauben, um dann von ihm die notwendigen Zugeständnisse zu erhandeln, ist ein zu gefährliches Spiel. Man muß sich damit abfinden: Keine Wiedervereinigung ist möglich, wenn sie nicht von für die Sicherheit Mitteleuropas notwendigen Maßnahmen begleitet wird. In einem gewissen Sinne müßte man die Reihenfolge Carlo Schmids umkehren. Denn kein Fortschritt auf dem Wege der Wiedervereinigung wird möglich sein, solange die Bundesrepublik ihren militärischen Beitrag bei der NATO erhöht, solange sie die Bildung einer Multilateralen Atomwaffe oder die Teilnahme an irgendeiner anderen Form kollektiver Kernbewaffnung vorschlägt. Vielleicht wird mir jetzt mancher Leser die Verkennung

heiliger Rechtsgrundsätze vorwerfen. Dieser Vorwurf läßt mich gewiß nicht unberührt. Ich möchte darauf mit vier Überlegungen antworten.

1. Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht können nicht als Regeln des positiven Völkerrechtes gelten. Der Beweis wurde von Professor Dr. jur. Eberhard Menzel so lückenlos geliefert [3]), daß es nicht notwendig ist, sich länger dabei aufzuhalten. Das sind gewiß sehr achtenswerte politische Grundsätze, doch sind sie allein außerstande, die Lösung von Gebiets- und Staatsfragen zu bewirken.

2. Im Falle der Vereinigung Deutschlands und der Festsetzung seiner Ostgrenzen muß man diesen Grundsatz einem anderen, nicht weniger achtenswerten gegenüberstellen, d. h. dem Recht der Oststaaten nicht mehr der Gefahr einer deutschen Invasion, wie das so oft geschah, ausgesetzt zu sein.

3. Es ist immer weniger wahrscheinlich, daß in der DDR vorgenommene freie Wahlen sich für den Anschluß an die Bundesrepublik aussprechen würden. Ohne Zweifel wäre das vor einiger Zeit noch der Fall gewesen, doch ist die Sache von Jahr zu Jahr fragwürdiger. Die Zeit arbeitet nicht für die Wiedervereinigung. Eine neue Generation ist unter dem Kommunismus groß geworden, und die schlechte Wirtschaftslage der fünfziger Jahre hat sich in der letzten Zeit erstaunlich verbessert. Wenn das State Department die Meinung vertritt, die Bevölkerung Südvietnams habe sich in einem Jahrzehnt zu einer von Nordvietnam unabhängigen nationalen Einheit entwickelt, die beschützt werden müsse, so muß man sich die Frage stellen, ob sich nicht im Laufe von zwanzig Jahren, unter dem Einfluß einer anderen Ideologie, in der ostdeutschen Republik eine in vieler Hinsicht unassimilierbare Gemeinschaft entwickelt hat.

4. Die von manchen zur Lösung der Frage der polnischen Grenze empfohlene Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes ist völlig unannehmbar. Selbst wenn man annähme, daß dieses angebliche Recht eine Grundlage im positiven Völkerrecht hätte und das Problem nicht endgültig durch die Potsdamer Verträge gelöst wäre, kann man doch von Polen nicht ernsthaft die Rückkehr zur Rechtslage des 8. Mai 1945 verlangen, während die Zerstörung seiner historischen Stätten und seiner Bevölkerung ihm bis zu diesem Datum unermeßliche Verluste zufügten. Kann man seine sechs Millionen Toten wieder zum Leben erwecken? Und selbst wenn man vermittels einer Wahl die in Betracht kommende Bevölkerung befragte, gibt es kein Recht, den Willen der deutschen Flüchtlinge, die dank dem Marshall-Plan heute in Westdeutschland einen bequemen Platz einnehmen, demjenigen der polnischen Einwanderer vorzuziehen, die um den Preis außerordentlicher Opfer die Trümmer von Breslau, Stettin und Danzig beseitigten, eine große Zahl neuer Industriestädte schufen und der Landwirtschaft ein neues Leben gaben [4]).

*

Am 8. Mai 1965 bringen uns viele Erinnerungen, viele Hoffnungen mit dem deutschen Volk zusammen. Um die geistige Einheit zu vervollständigen, um einen neuen Fortschritt auf dem Wege der Befestigung des Friedens und der europäischen Integration zu erzielen, muß aber das Mißverständnis ein Ende nehmen, das Zielen und Methoden der Bundesrepublik entspringt, von denen sie fälschlich annimmt, daß ihre westlichen Verbündeten sie billigen. In Wirklichkeit werden sie von ihnen abgelehnt. Die Bundesrepublik muß den Verlust der Gebiete östlich der Oder als endgültig ansehen. Das ist der Preis, den Deutschland für das Hitler-Verbrechen zu entrichten hat. Die von den Alliierten

---

3) „Blätter für deutsche und internationale Politik", 10/1964.

4) Siehe die Artikel von Nikolaus Benkiser in der FAZ vom 21. 10. 1960, von Margherita v. Brentano in der Berliner Zeitschrift „Das Argument" vom Oktober 1961, von Klaus v. Bismarck in „Die Welt" vom 19. 3. 1952, von Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel in „Blätter" 11/1964, S. 887.

beschlossene Ersetzung der deutschen Bevölkerung durch eine polnische bewirkte sicher seinerzeit bedauernswerte Leiden. Doch kann man sie nicht mit jenen vergleichen, die Polen vorher zugefügt wurden. Damit wurde eine so irrevisible Lage geschaffen, wie sie der Bevölkerungsaustausch oder die Vertreibung der Griechen aus Vorderasien nach dem Ersten Weltkrieg bewirkte. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist ein natürliches Verlangen, und es ist verständlich, daß sie die Geister beschäftigt. Aber man täuscht sich, wenn man meint, sie durch einen Druck der NATO oder einer politischen Europa-Gemeinschaft erreichen zu können. Im Gegenteil, nur durch eine Verstärkung der Entspannung, in der Schaffung eines Klimas von Zusammenarbeit und gegenseitigem Vertrauen, kann die Bundesrepublik hoffen, für die Wiedervereinigung günstige Bedingungen vorzufinden. Ob man es will oder nicht: eine solche Entwicklung setzt die Mitarbeit der DDR voraus. Vor zehn Jahren verwies ich in der Beratenden Versammlung des Europarats meine deutschen Kollegen auf das Beispiel der Schöpfer der italienischen Einheit, indem ich die Losung ihres berühmtesten Vorkämpfers abwandelte: „Germania fara de se". Die Eindringlichkeit, mit der Bonn den vier Mächten die Lösung der deutschen Frage überlassen will, beruht vielleicht auf einer gewissen rechtlichen Grundlage und auf der Versuchung, andere mit der Lösung einer Frage zu belasten, die von ihm selbst Opfer verlangen wird. Aber dieses Vorgehen hat nicht die geringste Aussicht auf Erfolg, da die Sowjetunion niemals einem Vertrag zustimmen wird, der nicht die vorherige Billigung der DDR erhalten hat, und da keiner ihrer Partner den ehrlichen Wunsch hat, den Status quo zu verändern. Wenn dagegen die beiden deutschen Regierungen gewisse Formen der Zusammenarbeit festlegen, die sie allmählich auf den Weg der Föderation bringen werden, könnte sich kein Mitglied des einen oder anderen Blocks, vorausgesetzt, daß man ihnen gewisse Sicherheitsgarantien einräumt, dem widersetzen.

Aus dem Französischen von Heinz Abosch

Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs, Warschau

Das Jahr 1945 und das Jahr 1965

Als die Kanonen endlich verstummten und der blutigste aller Kriege zu Ende gegangen war, den die Welt erlebt hat, da sah sich die Menschheit einer neuen Lage gegenüber. Wie sollten die vom Krieg verursachten Probleme gelöst, seine Folgen beseitigt und ein dauerhafter Frieden gesichert werden? Die einen fanden die Eingebung in den verstaubten Formeln der Vergangenheit, in den Konzeptionen der Einflußspären, die anderen im Begriff des Gleichgewichts. Noch andere träumten davon, die alte Ordnung auf eine andere Weise wiederherstellen zu können.

Die Grundsätze für die zukünftigen Formen der internationalen Zusammenarbeit sind bekanntlich noch in den Kriegsjahren ausgearbeitet worden. Sie haben in der Charta der Vereinten Nationen und in den Potsdamer Beschlüssen ihren Ausdruck gefunden.

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition hat unter einen Geschichtsabschnitt den Schlußstrich gezogen. Er hat eine ausschlaggebende Wende vollzogen und sowohl

in Europa wie auch auf anderen Kontinenten neue Kräfte wachgerüttelt. Die Liquidierung des Kolonialsystems wurde zu einem unaufhaltsamen Entwicklungsprozeß, unaufhaltsam waren auch die sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen in zahlreichen unabhängigen Staaten, darunter auch in den Ländern Europas. Ganz unumgänglich wurde die Gewährleistung der Sicherheit für alle Staaten, ohne Ansehen ihrer Größe, und ihre Sicherung vor den Gefahren einer neuen Aggression.

Was nun Europa anlangt, so drängte sich hier das deutsche Problem in den Vordergrund: es ging darum, die für die friedliche Entwicklung notwendigen Bedingungen und Voraussetzungen für die Sicherheit aller europäischen Staaten zu schaffen. Die in diesem Sinne getroffenen Entscheidungen bestanden aus solchen, die sofort verwirklicht wurden, und aus solchen, deren Realisierung im Verlauf eines gewissen Entwicklungsprozesses geschehen sollte.

Unter den ersteren gab es Bestimmungen über die Änderung der Nachkriegsgrenzen Deutschlands und über die Heimführung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich. Die neue polnisch-deutsche Grenze war in Hinblick auf die geschichtlichen Erfahrungen nicht nur für Polen, sondern auch für die übrigen osteuropäischen Staaten, ja sogar für die Sicherheit ganz Europas von Bedeutung.

Was nun den zweiten Fragenkomplex angeht, so wurden institutionelle Rahmen für das Zusammenwirken der Großmächte errichtet. Die gemeinsam vereinbarten Richtlinien hätten eine Grundlage für die weitere Zusammenarbeit der Großmächte sein sollen. Sowohl den einen, wie auch den anderen schwebte hier ein Ziel vor: günstige Voraussetzungen für die friedliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu schaffen, unter denen ein friedliebendes und demokratisches Deutschland einen passenden Platz gefunden hätte.

Die Ereignisse, die sich später zugetragen haben, entwickelten sich in einer Richtung, die dem Geist und dem Buchstaben dieser Bestimmungen widersprachen. Der Schatten des Kalten Krieges war auf Europa gefallen. Das System der alliierten Zusammenarbeit wurde lahmgelegt: das bezog sich sowohl auf die vierseitigen Organe der Alliierten, wie auch auf den Rat der Außenminister.

Auf den Trümmern des deutschen Reiches hätte ein einziger deutscher Staat aufgebaut werden sollen. Es entstanden aber zwei deutsche Staaten, deren Entwicklung in zwei grundverschiedene Bahnen gelenkt wurde. Ein Teil der Großmächte begann jenen Kräften Vorschub zu leisten, die mit zunehmender Lautstärke die Rechtmäßigkeit der festgelegten Grenzen in Frage stellten. Es ist wohl eine Binsenwahrheit, daß die Zusammenarbeit der europäischen Völker auf diese Weise nicht vorwärtsgebracht werden konnte, daß in einem Teil des europäischen Raums, der angesichts seiner geographischen Lage, seiner geschichtlichen Vergangenheit und der Zusammenballung schwieriger Probleme für den Frieden von besonderer Wichtigkeit ist, eine Lage geschaffen wurde, die mit den Erfordernissen der kollektiven Sicherheit unvereinbar ist. So haben wir uns von den ursprünglich abgesteckten Zielen immer weiter entfernt. Der Kalte Krieg war ex definitive ein ex lex-Zustand. Wir traten in eine Phase des Rüstungswettlaufs ein, der in der Geschichte ohne Präzedenz ist.

Dabei liefen sich verschiedene Theorien der „Abschreckung", der „massiven Vergeltung", der „Vorwärtsstrategie" gegenseitig den Rang ab. In diesen Theorien offenbarte sich die Politik „aus der Position der Stärke" auf eine ganz unverblümte Weise.

Die Konzeption eines „Rollback" und alle Versuche zur Isolierung der sozialistischen Staaten haben sich zwangsläufig als trügerisch erwiesen. Sind doch diese Staaten zu einem mitbestimmenden Faktor in allen europäischen Fragen

und nicht nur in diesen Fragen geworden. Ohne die Beteiligung dieser Staaten ist eine Lösung der für Europa lebenswichtigen Probleme ganz undenkbar.

Daß die auf den Kalten Krieg ausgerichtete Politik die beabsichtigten Ziele nicht erreichen konnte, hätte eigentlich für jeden realistisch denkenden Politiker klar sein müssen.

Die auf diese Weise entstandene Lage hat statt einer Festigung des Sicherheitsbewußtseins nur Mißtrauen und Argwohn erregt. Sie hat die Spaltung Europas herbeigeführt und unseren Erdteil an den Rand des Krieges gebracht.

Das ist das Fazit dieses Zeitabschnitts, das Fazit vieler verpaßter Chancen. Die Uhr der Geschichte wurde zurückgestellt.

In den letzten Jahren ist der krisenhafte Charakter der Politik aus der Position der Stärke besonders augenfällig geworden (dessen ungeachtet werden immer wieder Schritte unternommen, diese Politik fortzusetzen). Die letzten Jahre haben auch mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie sehr diese Lage mit den allgemeinen Entwicklungsgesetzen in Widerspruch steht. Allmählich wird es Zeit, dieses traurige Kapitel der letzten zwei Dezennien abzuschließen, um die Verluste wettzumachen, die Europa zugefügt wurden. Man sollte doch die Rechnung aufs neue beginnen.

Von wesentlicher Bedeutung ist dabei die Einsicht, daß die friedliche Koexistenz in Europa einer Beseitigung unzeitgemäßer Situationen und Institutionen gleichkommt, die eine Hinterlassenschaft der düsteren Vergangenheit und des Krieges sind. Friedliche Koexistenz ist auch gleichbedeutend mit einer zielstrebigen Politik zur Lösung von strittigen Fragen und mit der Beseitigung politischer Spannungsherde.

Wenn hier von europäischen Problemen die Rede ist, so denken wir vor allem an das deutsche Problem. Mit Frieden und friedlicher Koexistenz ist die unablässige Aktivität, die auf eine Revision der Grenzen zielt, insbesondere der polnischen Westgrenze, die doch ein abgeschlossenes Kapitel ist, ebenso unvereinbar, wie das Wettrüsten und das hektische Streben der Bundesrepublik nach dem Besitz von Kernwaffen. All dies kann der Lösung des deutschen Problems nicht dienen. Der richtige und einzige Weg zu diesem Ziel besteht darin, das mitteleuropäische Spannungsgebiet in eine Zone der Sicherheit umzuwandeln. Hier liegt auch der Ursprung unserer Initiativen. Soll Europa vor den ihm drohenden Gefahren wirksam geschützt werden, so muß ein Prozeß abgeschlossen werden, der großes Unheil in sich birgt. Dabei müssen folgende Voraussetzungen allgemeine Anerkennung finden:

- daß die polnische Westgrenze einen endgültigen Charakter hat, daß diese Grenze sakrosankt ist. Sie kann weder zum Gegenstand von Verhandlungen noch zu einem politischen Tauschobjekt werden. Jeder Versuch, an den Pfählen zu rütteln, die diese Grenze markieren, ist geeignet, die Spannung zu verschärfen und die europäische Atmosphäre zu vergiften,
- daß die politische Realität in Europa als Grundlage angenommen wird: die Tatsache, daß zwei deutsche Staaten existieren,
- daß der Rüstungswettlauf die Lösung von politischen Problemen keineswegs erleichtert. In der Tat ist noch kein einziges Problem durch Rüstungen einer positiven Lösung zugeführt worden, ja, mehr noch: die Rüstungen sind selbst zu einem schwierigen Problem geworden, das die politische Lage noch mehr kompliziert hat und immer wieder Konflikte und Reibungen hervorruft. Die europäischen Streitfragen sind aber einer Lösung nicht nähergebracht worden, sondern sie wurden noch bedeutend verschärft,

- daß das Wettrüsten ein Prozeß von großer Lebenszähigkeit ist, daß es die Ursache seiner eigenen Verlängerung ist,
- daß in vielen Ländern alle schöpferischen Ideen, die für die internationale Zusammenarbeit fruchtbar sein könnten, strategischen Zielsetzungen unterworfen und so zu Gefangenen der militärischen Strategie werden,
- daß schließlich keine Schritte unternommen werden sollten, die zu einer weiteren Verschärfung der internationalen Lage führen könnten.

Um nun bei diesem letzten Punkt zu beginnen: eine Weitergabe und Verbreitung von Kernwaffen in Europa wäre eben der Schritt, der eine Verschlimmerung der Lage nach sich ziehen müßte. Diese Gefahr ist angesichts der Pläne für eine Multilateralisierung der Atomrüstungen im Rahmen der NATO von brennender Aktualität.

Die Verwirklichung dieser Pläne müßte Folgen haben, deren Tragweite nicht vorauszusehen ist. Die Festigung der europäischen Sicherheit würde dadurch einen irreparablen Schaden erleiden, müßte doch die Verwirklichung dieser Pläne zwangsläufig zur Intensivierung des Wettrüstens beitragen, die internationalen Spannungen noch mehr verschärfen, die abträglichen Auswirkungen der Spaltung unserer Welt in zwei antagonistische Gruppierungen vertiefen. Anstelle eines Fortschritts müßten wir einen Rückschlag erleben. Die Chancen für einen konstruktiven Ost-West-Dialog würden in weite Ferne gerückt werden.

Es ist daher notwendig, konstruktiven Vorschlägen den Weg zu erleichtern. Darunter sollten sich die polnischen Vorschläge befinden: der Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und der Plan zum Einfrieren der Kernrüstungen in diesem Raum. Dieser letzte Vorschlag, der als Gomulka-Plan bekannt ist, wurde in die Tagesordnung der europäischen Politik als eine Initiative miteinbezogen, die einer ernsthaften Prüfung wert ist, weil sie gleichermaßen einfach und konkret ist.

Trotz aller Bescheidenheit seiner Voraussetzungen ist dieser Plan geeignet, den Rüstungswettlauf wahrnehmbar abzubremsen und so den Weg für weitere Lösungen vorzubereiten. Wichtig ist dabei, daß die Verwirklichung dieses Plans mit verhältnismäßig einfachen Mitteln zu erreichen ist und den Sicherheitsinteressen der in Frage kommenden Staaten entspricht. Der zur Zeit bestehende Zustand wird durch diesen Plan aufrechterhalten, und somit auch das, was vielerseits als Gleichgewicht der Kräfte betrachtet wird. Dem gefährlichen Prozeß des Wettrüstens würde auf diese Weise ein Hindernis in den Weg gelegt. Die Verwirklichung dieses Plans dürfte also zu einer Minderung der bestehenden Spannungen und zu einer Besserung des politischen Klimas führen, was seinerseits wieder politische Lösungen erleichtern könnte. Solche Lösungen sind nur in einer Athmösphäre der Entspannung und des gefestigten Sicherheitsgefühls in Europa denkbar.

Die vorliegenden Betrachtungen knüpfen bewußt an den Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges an. Seit diesem geschichtlichen Zeitpunkt sind zwanzig Jahre vergangen, und es ist höchste Zeit, um ein neues Kapitel der europäischen Geschichte aufzuschlagen..

Noch sind nicht alle Wunden vernarbt, die der Krieg geschlagen hat, noch sind die Trümmerhaufen, die er hinterlassen hat, zur Gänze nicht abgeräumt. Das dürfen wir nicht vergessen. Die Spuren des Krieges lassen sich mit einer einzigen Handbewegung nicht auslöschen. Ebensowenig kann man sich der Verantwortung für das, was geschehen ist, entziehen. Der Verantwortung für das Gestern.

Was für den heutigen Tag und für morgen von Nöten ist, das ist die immer stärker zu Bewußtsein kommende Notwendigkeit, der Verständigung eine Chance

zu bieten und eine allgemeine Sicherheit für jene zu schaffen, die zu wiederholten Malen der Expansionspolitik und Aggression zum Opfer gefallen sind und denen die biologische Vernichtung bevorstand. Kein Volk und keine Gemeinschaft kann das Risiko einer solchen Vernichtung mehr als einmal in seiner Geschichte eingehen. Es wäre höchst wünschenswert, daß der 8. Maitag bei westdeutschen Politikern diese Betrachtungen aufkommen ließe. Wünschenswert im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit, wünschenswert im ureigensten Interesse des deutschen Volkes.

Dr. Arno Klönne

Faschismus oder sozialer Rechtsstaat

Zur Vorgeschichte des 8. Mai 1945

Zwanzig Jahre nach der militärischen Niederlage des faschistischen Systems in Deutschland gilt das Datum des Eingeständnisses dieser Niederlage, der 8. Mai 1945, im öffentlichen Sprachgebrauch und Bewußtsein der Bundesrepublik weithin immer noch als „Tag des Zusammenbruchs". Diese Bezeichnung enthält eine Wahrheit, die freilich kaum von jenen gemeint ist, die vom „Zusammenbruch" sprechen; in der Tat schien im Frühjahr 1945 ein politisches Konzept zusammengebrochen zu sein, dessen Entstehung sich sozialgeschichtlich und ideologiegeschichtlich längst vor der Gründung der NSDAP oder dem Machtanstieg Hitlers auffinden läßt. Entgegen jenen Erklärungsversuchen, die den Nationalsozialismus personalisierend der Dämonie Hitlers zuschreiben oder als eine bloße Spielart eines allgemein menschlichen Hanges zum Totalitarismus beschreiben, kann der Faschismus in Deutschland nur als gewissermaßen konsequente Folge eines Bündels von politischen, ökonomischen und ideologischen Tendenzen begriffen werden, mit denen der überwiegende Teil zumindest des deutschen Bürgertums sich längst vor 1933 in Übereinstimmung fühlte. Wenn politische Wissenschaft bei der Interpretation des Nationalsozialismus sich nicht in Formeln einlassen will, die alles und zugleich nichts erklären (und deren politische Funktion in der Bundesrepublik recht durchsichtig ist), dann sind im Hinblick auf den Nationalsozialismus zunächst zwei Fragen zu stellen: Welche Besonderheiten der politischen Geschichte und der Sozialgeschichte Deutschlands tragen zur Erhellung des Phänomens des deutschen Faschismus bei? Gibt es, über den Fall des NS hinausgehend, eine allgemeine Disposition für faschistische Tendenzen — und unter welchen Umständen?

Im folgenden wird versucht, einige Zugänge zur Beantwortung dieser Fragen zu skizzieren.

1

Eine eigentliche Sonderexistenz Deutschlands gegenüber anderen westlichen Nationen, die in der Ideologie des deutschen Bürgertums vom Gegensatz „deutscher Kultur" und „westlicher Zivilisation" ihren Ausdruck findet, läßt sich in ihren Herkünften zumindest bis in die Zeit der Reformation hinein verfolgen. Politisch betrachtet, nahm die Reformation in Deutschland einen anderen Weg

als die reformatorischen Bewegungen in der Schweiz, den Niederlanden und England; die Option Luthers für die Bindung der reformierten Kirche an die Landesherren und die Auseinandersetzung zwischen dem reformatorisch aufbegehrenden städtischen Bürgertum und den sozial-rebellierenden Bauern stützten im Ergebnis die feudale Kleinstaaterei in Deutschland, die aus geopolitischen Gründen ohnehin sich besser erhalten konnte als in den westlichen Nachbarstaaten. Das deutsche Bürgertum geriet damit fürs erste in Distanz zu jenen revolutionären Impulsen, wie sie zu dieser Zeit z. B. die englische Geschichte bestimmten und die gesellschaftliche Entwicklung Englands vorantrieben. Hier bereits wurde der Grund gelegt für eine Verhaltensweise, die zwei Jahrhunderte lang charakteristisch für das deutsche Bürgertum wurde, nämlich eine Verbindung von gedanklichem Anspruch auf Weltgeltung und gleichzeitiger widerstandsloser Anpassung an die immer mehr in Rückstand geratenden partikularen Obrigkeiten [1]). So erhält die kleinstaatliche Struktur in Deutschland die Chance, ihre Herrschaft noch in einer Zeit aufrechtzuerhalten, in der andere — lange Zeit historisch der Entwicklung in Deutschland in etwa gleichlaufende — Gesellschaften, vor allem England und Frankreich, ihre Nationalstaatlichkeit längst durchsetzen konnten. Pleßner hat diesen Vorgang auf die Formel gebracht, daß Deutschland eine „verspätete Nation" sei.

Auch die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Deutschland haben es nicht vermocht, nationale Einheit und wirtschaftliche Freiheit zur eigenen Sache des deutschen Bürgertums zu machen. Die historische Konstellation der Befreiungskriege brachte es mit sich, daß der Kampf für nationale Unabhängigkeit gleichzeitig als Kampf gegen die Ideen der Französischen Revolution erschien und damit in die Regie nicht des Bürgertums, sondern des Obrigkeitsstaates geriet. Immerhin aber wurde seit der Französischen Revolution in Teilen auch des deutschen Bürgertums der Wunsch nach einem einheitlichen staatlichen Rahmen als Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten lebendig und lief dann um 1830 und 1847 neuen Höhepunkten zu. Der bürgerliche Nationalismus dieser Zeit befand sich dabei nicht etwa prinzipiell im Widerspruch zu den Ideen einer Verständigung zwischen den Nationen, im Gegenteil, zu dieser Zeit entsprach dem Anspruch auf Einheit und Freiheit der eigenen Nation vielfach auch die Anerkennung des Rechtes anderer Nationen auf Einheit und Freiheit. Bezeichnend hierfür sind etwa die Sympathien des nationalbewußten deutschen Bürgertums für die polnischen und italienischen nationalen Bewegungen dieser Zeit.

Der Verspätungscharakter der bürgerlichen Nationalbewegung in Deutschland hatte jedoch zur Folge, daß im Höhepunkt des bürgerlichen Versuchs zur Revolution schon die nächste Klasse mit ihren revolutionären Wünschen sich abzeichnete, die Arbeiterklasse. Ein Indiz hierfür ist der zeitliche Zusammenfall der bürgerlich-revolutionären Bewegung im Deutschland von 1848 und der Herausgabe des Kommunistischen Manifests. Die Zwiespältigkeit, in die damit die bürgerliche Revolutionsbewegung in Deutschland geriet, mag das Scheitern dieser Bewegung mit erklären.

Der Verspätungscharakter der deutschen Nationalstaatlichkeit hatte noch weitere Folgen: Während in England und in Frankreich die Industrialisierung auf Grund des jeweils geschlossenen Wirtschaftsraumes frühzeitig in Gang kam und dabei ihre eigene Ideologie ausbilden konnte, nämlich die des liberalen Rechtsstaates als politischer Form der Industrialisierung, setzte die Industrialisierung Deutschlands ebenfalls verspätet ein, nahm einen explosiven Charakter an und vollzog sich unter der politischen Herrschaft und in den ideologischen Traditionen des Obrigkeitsstaates. Das deutsche Bürgertum, das den National-

staat nicht selbst hatte durchsetzen können, gewann auch im Prozeß der Industrialisierung nicht jenes politische Selbstbewußtsein, wie es für das englische und französische Bürgertum bezeichnend ist. Industrieller Aufstieg wurde vom deutschen Bürgertum nicht als eigene, gegen die Widerstände feudaler Schichten erkämpfte Leistung, sondern eher als Gabe des feudalen Staates empfunden. Gerade in den Jahrzehnten zwischen 1871 und 1914, in denen die industrielle Entwicklung Deutschlands in rapidem Tempo vorangetrieben wurde, fügte sich das deutsche Bürgertum fast ohne Vorbehalte dem Muster des preußischen Obrigkeitsstaates ein. „So entwickelt sich in Deutschland, im Gegensatz zu anderen Industrieländern, kein ökonomischer Individualismus, kein liberaler Kapitalismus, ja nicht einmal eine klassische Nationalökonomie. Die industrielle Bourgeoisie unterwarf sich den bürokratisch-militärischen Werten irher historischen Vorgänger. In der formulisierten Staatsstruktur der deutschen Gesellschaft, aber auch in der Familienstruktur, der Stellung der Frau, dem Fundamentalismus und Romantizismus des deutschen Denkens zeigten sich die Konsequenzen dieser Entwicklung." [2])

Hinzu kommt, daß dem deutschen Bürgertum jene Weltgewandtheit fehlte, die Engländer und Franzosen in ihrer Kolonialtätigkeit und im Welthandel gewonnen hatten. Das Gefühl, in mancher Hinsicht zu kurz gekommen zu sein, prägte sich mehr und mehr im politischen Bewußtsein des deutschen Bürgertums aus und suchte seinen Ausgleich in vagen Träumen von einer kommenden deutschen Weltstunde. Das Bedürfnis nach Kompensation für Mangel an politischem Selbstbewußtsein und politischer Herrschaft fand Befriedigung in einem militanten Überlegenheitsgefühl des Völkisch-Deutschen gegenüber der westlichen Zivilisation, ihrem Wertsystem und ihrer politischen Form. Der Zivilisationshaß des deutschen Bürgertums richtete sich im Grunde gegen die westliche Realisierung jener Wünsche, deren Erfüllung dem deutschen Bürgertum versagt geblieben war. Wollte man einen Ersatz für das im eigenen Lande fehlende bürgerliche Selbstbestimmungsrecht in verspäteten imperialen Ansprüchen außerhalb der eigenen Nation finden, dann war aber die Bedingung dafür wiederum die restlose auch ideologische Anerkennung der preußisch geprägten Feudalschicht, die im eigenen Obrigkeitsstaat den Ton angab. Von der Autorität dieser Schicht suchte nun das Bürgertum zumindest einen Abglanz; das Idol des Reserveoffiziers, der wenigstens einen Schimmer des Machtbewußtseins der aktiven Offiziersschicht abbekam, ist Symptom dafür. Von hier aus wird erklärlich, weshalb das deutsche Bürgertum seine wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse nach Weltgeltung zu einer Weltanschauung ideologisierte, die in dieser Dichte dem effektvollen Imperialismus des englischen und französischen Bürgertums durchaus fehlte. Der Schritt von einer solchen Ideologie zum Glauben an besondere und auszeichnende Rassemerkmale des Deutschen war nicht weit.

Als fatales Symbol für diese Mentalität des deutschen Bürgertums muß der Akt der Reichsgründung 1871 in Versailles angesehen werden. Die deutsche Einheit, die dem Bürgertum von den deutschen Obrigkeiten nun als Geschenk zugestanden wurde, trat als Schlußpunkt eines Sieges über eine fremde Nation in Erscheinung und zugleich als Sieg über den „welschen Demokratismus".

Wie dominierend die hiermit angedeutete Ideologie damals in Deutschland war, zeigt sich deutlich an den Reaktionen jener gesellschaftlichen Gruppen, die innerhalb dieses Systems zunächst als outsider dastanden. Politischer Katholizismus und Sozialdemokratie als politische Vertretung der Arbeiterschaft befanden sich in Auseinandersetzung mit dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat und nahmen einen Teil des liberalen und demokratischen Gedankengutes auf, dessen sich das deutsche Bürgertum bei seinem Bündnis mit dem Obrigkeitsstaat ent-

ledigt hatte. Dennoch blieben sowohl politischer Katholizismus als auch Sozialdemokratie nicht unberührt von den spezifischen Staatsauffassungen der verspäteten deutschen Nation. Die Neigung, sich eine Veränderung der eigenen Rolle in der Gesellschaft eher vom Eingriff des Staates als vom Prozeß der gesellschaftlichen Willensbildung zu erhoffen, trat schon in der Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie mit der Person von Lassalle deutlich zutage, und auch zu Zeiten Bebels war die deutsche Sozialdemokratie, wenn auch nicht in der Theorie, so doch in ihrem Verhaltensstil so weit von autoritären Einstellungen bestimmt, daß einer ihrer Kritiker wohl nicht zu Unrecht von „Bismarxismus" gesprochen hat. Nur so wird auch verständlich, mit welcher Erleichterung viele Sozialdemokraten und Anhänger des Zentrums bei Beginn des Ersten Weltkrieges zur Kenntnis nahmen, daß nun die Obrigkeit keine Parteien mehr kannte und „vaterlandslose Gesellen" und „Ultramontane" wenigstens in Kriegszeiten am Wohlwollen der Staatsautorität teilhaben konnten.

2

Der Vorgang einer ständig sich steigernden politischen Ideologisierung des deutschen Bürgertums in den „Gründerjahren" hat eine seiner Ursachen vermutlich in folgendem: Der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat verlor, kaum daß er sich etabliert hatte, sozusagen seine gedankliche Unschuld, weil in der gesellschaftlichen Realität die Schicht des Landadels und der Offiziere, die Preußen traditionell verkörperte, ständig an Funktionen verlor und sich gezwungen sah, zumindest wirtschaftliche Machtpositionen mit der Schicht der Großindustriellen zu teilen. In demselben Maße aber, wie der Obrigkeitsstaat seiner Naivität verlustig ging, nahm der Zwang zur ideologischen Verfestigung zu. Die Feudalaristokratie mußte zwar Erhaltung ihrer Privilegien, nicht aber Expansion im Sinn haben. Die in den siebziger Jahren in den Vordergrund tretende Schicht der Großindustriellen bedurfte, schon um ihre kleinbürgerliche Gefolgschaft an großindustrielle Ziele zu binden, einer expansiven Ideologie. Auf der anderen Seite sah sich das Kleinbürgertum zu dieser Zeit bereits in einer wirtschaftlichen Situation, die sozialen Aufstieg nur noch in Enzelfällen erlaubte, da der Konkurrenzkapitalismus in Deutschland keine längere Phase der industriellen Entwicklung besetzen konnte, sondern schnell durch wirtschaftliche Konzentration und Oligopole abgelöst wurde. Jenes Kleinbürgertum also, das um diese Zeit bereits von der wirtschaftlichen Konzentration einerseits, von dem anwachsenden Proletariat andererseits in seiner Stellung sich bedroht fühlte, fand seinen Ausweg in einer „Verlagerung des Klassenkampfes nach außen", deren ideologische Rechtfertigung völkische Überlegenheitsgefühle boten.

Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg ist nicht zuletzt deshalb für das deutsche Bürgertum so schwer erträglich gewesen und hat infolgedessen so tiefe Ressentiments hinterlassen, die den Nationalsozialismus mitvorbereiteten, weil das deutsche Bürgertum seine Ambitionen nach Weltgeltung und nach einer Neuverteilung der Weltmärkte nicht als Interesse, sondern als „Mission" im Bewußtsein hatte.

Die für den Verlauf des Krieges weitgehend verantwortliche Schicht in Deutschland verstand es bei Kriegsende, die Verantwortung für das Eingeständnis der Niederlage einer bis dahin politisch machtlosen Schicht zuzuschieben, nämlich der Kombination von Sozialdemokratie und Zentrumspartei. Damit war die Möglichkeit eröffnet, diesen politischen Gruppen auch die Schuld an der Niederlage selbst propagandistisch zuzuschreiben. Auch in anderer Hinsicht noch bot die strategische Situation in der Weimarer Republik Vorteile für eben jene Schicht, die bis 1918 kaum angefochten die politische Macht in Deutschland innegehabt

hatte. Hohe Bürokratie und Justiz, Großagrarier und Großindustrielle konnten nach 1918 ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen weitgehend erhalten, ohne jedoch die formelle Verantwortung für die politische Entwicklung der Weimarer Republik übernehmen zu müssen. Sie hatten infolgedessen die Möglichkeit, die Weimarer Koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und Liberalen von zwei Seiten her anzugreifen, einerseits von der faktischen Machtposition her, andererseits durch die propagandistische Kritik an den formell Verantwortlichen.[3])

Dieses alles waren freilich noch nicht zureichende Bedingungen für den Faschismus in Deutschland, sondern weit eher Voraussetzungen eines autoritären Regimes, wie es in der Endphase der Weimarer Republik ja auch praktiziert wurde. Der erste Schritt, der zusätzliche Bedingungen für ein faschistisches System schuf, war die Inflation 1923. Volkswirtschaftlich eine Enteignung des Kleinkapitals zugunsten einer Wertsteigerung des Besitzes an Produktionsmitteln, kann die Inflation gerade in ihren sozialpsychologischen Wirkungen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Masse des deutschen Kleinbürgertums sah sich durch die Inflation ihres bescheidenen finanziellen Rückhalts beraubt und war zu gleicher Zeit gezwungen, das mit wirtschaftlicher Stabilität verbundene gesellschaftliche Wertsystem infrage zu stellen. Ökonomisch nahezu in eine proletarische Existenzweise hinabgedrückt, hätte das Kleinbürgertum bei einer rationalen Analyse dieses Vorgangs auch ideologisch sich dem Proletariat nähern müssen, was angesichts der Traditionen des deutschen Bürgertums kaum möglich war. Angesichts dessen suchte und fand ein großer Teil des in Unsicherheit versetzten Kleinbürgertums seinen Trost darin, Ressentiments gegen vermeintliche Urheber dieser Misere auszubilden. So wurde damals die Schuld an der inflationären Enteignung einerseits den Siegermächten des Weltkrieges und ihren Reparationsforderungen (und damit indirekt wiederum den angeblichen Verursachern der Niederlage im eigenen Land), andererseits dem Judentum als vermeintlichem Nutznießer der Inflation zugeschoben. Der Antisemitismus erhielt nun in Deutschland eine Massenbasis: das dumpfe Gefühl des Betrogenseins und ein irrationaler Antikapitalismus fanden eine Lösung in der Projektion der Schuld für alle wirtschaftlichen und sozialen Niederlagen und Unsicherheiten des Kleibürgertums auf die Juden. Zu gleicher Zeit setzte sich im deutschen Kleinbürgertum, das sich weigerte, sein eigenes Schicksal rational zu erfassen, politischer Irrationalismus als Prinzip durch, also die Regression auf die politische Leitidee eines idealistisch verklärten Dschungelkampfes, auf das Recht des Stärkeren, das seinen Rahmen im Kampf der „Volksgemeinschaft" gegen „innere und äußere Schädlinge" und seine Legitimation in der biologischen Überlegenheit eines Volkes oder einer Rasse über andere Völker und andere Rassen fand. Damit war der Faschismus in seinem ideologischen Kern vorbereitet; die soziale Basis für eine faschistische Massenbewegung gaben vor allem die Mittelschichten ab.

Sowohl in der Sozialstruktur der NSDAP als auch in der regionalen Verbreitung nationalsozialistischer Mehrheiten vor 1933 läßt sich die Bindung zwischen Faschismus und Mittelschichten erkennen; der Zerfall der liberalen und nationalliberalen Mittelparteien in der Weimarer Republik gibt einen weiteren Hinweis auf die parteipolitischen und sozialen Herkünfte der aufsteigenden nationalsozialistischen Massenbewegung.

Den letzten Ausschlag für die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland gab die Wirtschaftskrise gegen Ende der Zwanziger Jahre. Nachdem soziale Konflikte durch die Jahre der relativen wirtschaftlichen Stabilisierung zeitweise überdeckt gewesen waren, brachte die Wirtschaftskrise eine Radikalisierung mit sich, die u. a. auch — angesichts des offensichtlichen Scheiterns des bisherigen Wirtschaftssystems — die Möglichkeit einer sozialistischen Umstrukturierung wieder

aktualisierte, wie sie 1918 knapp hatte vermieden werden können. In dieser Situation setzten nun auch großindustrielle Führer und konservativ-autoritäre Gruppen, die bis dahin dem Nationalsozialismus mit Vorbehalten gegenüberstanden, insofern Hoffnungen in die faschistische Massenbewegung, als diese geeignet schien, mittels sozialer Demagogie eine ideologische Scheinintegration der deutschen Gesellschaft herbeizuführen und jede Absicht auf wirkliche Änderung der sozio-ökonomischen Herrschaftsverhältnisse der demokratischen Instrumente zu berauben.

3

Genau hier wird die zweite Frage erkennbar, die zur Erklärung des Faschismus gestellt werden muß, nämlich das Problem, ob nicht generell westliche Gesellschaften auf dem Wege der Industrialisierung an einen Punkt geraten können, wo der wirtschaftsliberale Rechtsstaat, der zunächst den Rahmen der Industrialisierung in westlichen Gesellschaften abgibt, an Grenzen stößt und also diese oder jene neue gesellschaftliche Verfassung gefunden werden muß. Der wirtschaftsliberale Rechtsstaat hatte seine Basis zunächst in einer breit angelegten Konkurrenz wirtschaftlicher Unternehmungen, für die der Staat als Garant der Rechtssicherheit und damit auch des Privateigentums Voraussetzungen fixierte. In dem Maße, in dem wirtschaftliche Konzentration sich durchsetzt, wirtschaftliches Risiko außerordentlich ansteigt, zugleich ein Subventionsbedürfnis veralteter Wirtschaftsbereiche entsteht, ökonomisch orientierte Großverbände soziale Sicherungen auch für die Arbeitnehmerschaft zu erreichen versuchen und schließlich wirtschaftliche Expansion und Konkurrenz auf internationaler Ebene staatlicher Unterstützung bedürfen, wird der Staat aus seiner bloß schützenden Funktion in eine organisierende Funktion gedrängt. Damit wird die Eroberung der Staatsgewalt für die miteinander streitenden sozialen oder wirtschaftlichen Gruppen zur Schlüsselfrage; die neue Rolle des Staates, der in Produktion, Distribution und Konsumtion interveniert, führt zu einer ständig zunehmenden Politisierung sozialer und wirtschaftlicher Interessenkämpfe.

Nun ist aber die Vorstellung vom liberalen Rechtsstaat und von einer sich selbst regulierenden Gesellschaft in der Theorie noch aufrechterhalten worden, als praktisch der Staat längst zu nachdrücklichen Eingriffen in gesellschaftliche Abläufe genötigt war. Die Anerkennung der neuen Rolle des Staates brachte Schwierigkeiten deshalb mit sich, weil ja in Zeiten effektiver — etwa parlamentarischer — demokratischer Möglichkeiten unter diesen Möglichkeiten eben auch die war, daß politisch zur Mehrheit gewordene soziale Interessen über den Staat das bisherige wirtschaftlich-soziale System veränderten. Hier war offenbar eine Grenze des liberalen Rechtsstaates erreicht, die zwei Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung eröffnete: entweder wurde der liberale Rechtsstaat in einen sozialen Rechtsstaat verwandelt, oder aber man verzichtete um der Erhaltung wirtschaftlicher Positionen willen auf Rechtsstaat und Demokratie.

Der letztere Weg ist in Deutschland vor 1933 in der Staatsrechtslehre vorbereitet und 1933 dann praktisch beschritten worden. Die staatstheoretische Vorbereitung, am profiliertesten von Carl Schmitt geleistet, läßt sich etwa so kennzeichnen: Die neue interventionistische Rolle des Staates wird als unvermeidlich akzeptiert, die bestehenden demokratischen Regelungssysteme für die Bildung des Staatswillens, das Parlament oder das Parteiensystem, werden als „disfunktional" nachgewiesen, wobei man von den historischen Herkünften und den sozialen und ökonomischen Bedingtheiten dieser Regelungssysteme absieht, ihre Wirklichkeit stattdessen an einem abstrakten Bild von „Parlamentarismus" mißt und so die Möglichkeit gewinnt, die demokratische Wirklichkeit radikal zu verurteilen. Die

Frage, ob dem Wertsystem „Demokratie" nicht durchaus ein einigermaßen funktionierendes Regelungssystem entsprechen könnte, falls Eingriffe in das tatsächliche gesellschaftliche Machtsystem erfolgen, wird ausgeschaltet. Übrig bleibt die Forderung nach einer Stärkung der Staatsmacht „an sich". Somit kann eine bestimmte, sich öffentlich nicht unbedingt ausweisende Machtstruktur für allein gültig erklärt, die Identität partieller Interessen mit dem Staatsinteresse behauptet und ein sozial oder ökonomisch auftretendes gegensätzliches Interesse illegalisiert werden. Ein solches Konzept bedarf, nachdem es sich von demokratischen Legitimitätsvorstellungen getrennt hat, einer anderen Legitimität, die dann aus dem Rückgriff auf mythische, vorindustrielle Sozialbilder (wie etwa Blut und Boden usw.) hergeleitet wird.

Die historische Erfahrung, daß der liberale Rechtsstaat seine Funktionsmöglichkeiten vorlor, fand, da man die Weiterentwicklung zum sozialen Rechtsstaat ausschloß, ihre Konsequenz im Verzicht auf Liberalismus und Rechtsstaatlichkeit überhaupt. Gerade das Bürgertum, das seinen Aufstieg unter dem Vorzeichen des Liberalismus und im Rahmen des Rechtsstaates zustandegebracht hatte, verließ in einem solchen Moment seine Ideologie — nämlich den Liberalismus — und seine eigene Methode — nämlich den Rechtsstaat —, um die einmal errungenen Machtpositionen oder Privilegien absichern zu können. Das war, verfassungspolitisch betrachtet, der Weg in den Faschismus. Walter Dirks hat diesen Vorgang in folgender Weise beschrieben: „Ein Element des Faschismus ist das Interesse kapitalistischer Schichten an der unmittelbaren Herrschaft in einer gesellschaftlichen Situation, in der die demokratischen Einflußmittel nicht mehr verhindern können, daß eine aktive antikapitalistische Mehrheit sich bildet. Wenn eine Abstimmung mich zu enteignen droht, werde ich diese Abstimmung zu verhindern suchen; und merkwürdigerweise werde ich dann auch das System der Abstimmungen überhaupt gar nicht mehr so einleuchtend und selbstverständlich finden wie früher."[4])

In der Staatsrechtslehre der Weimarer Zeit ist die Gegenposition hierzu — und damit u. a. zu der Auffassung von Carl Schmitt — am klarsten von dem Staatsrechtslehrer Hermann Heller vertreten worden.[5]) Auch Heller wies darauf hin, daß demokratisch nicht legitimierte oder nicht kontrollierte ökonomische Machtpositionen katastrophenträchtig insofern sein können, als die Inhaber nichtkontrollierbarer Macht in Krisenzeiten in die Versuchung geraten, die Bedrohung ihrer Machtpositionen mittels demokratischer Willensbildung dadurch auszuschalten, daß sie den Rahmen dieser demokratischen Willensbildung, nämlich die rechtsstaatliche Demokratie, außer Geltung setzen. Die Alternative dazu sei der Ausbau des liberalen Rechtsstaates zum sozialen Rechtsstaat, in dem die sozialen Verhältnisse und das System der Güterverteilung nicht als vorgegeben und dem Staatswillen entzogen angesehen werden, sondern Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung insgesamt zur Disposition der demokratischen Willensbildung gestellt werden, in dem also die demokratisch repräsentierte Gesellschaft die Möglichkeit erhält, ihre eigene Struktur zu bestimmen.

Jürgen Habermas hat neuerdings diesen Gedanken von Hermann Heller wieder aufgenommen mit der These, daß das Bürgertum die erste Klasse war, die einen Begriff des politischen Gesamtinteresses ausbilden und das eigene Interesse hiermit gleichsetzen konnte; daß in einer bestimmten Situation aber das Bürgertum die Frage beantworten müsse, ob es den liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat entfalten und damit die innere Logik der Forderung nach Gleichheit über das Bürgertum hinaus entwickeln wolle, oder ob es vorziehe, in neue Formen eines autoritären Systems zurückzufallen.

Wenn man den bis hierher skizzierten Vorgang abstrahiert, dann könnte man

sagen, daß der Faschismus im Prinzip den Versuch darstellt, den Prozeß der modernen Industriegesellschaft und ihrer demokratischen Chancen in einem bestimmten Moment zum Stillstand zu bringen oder gar rückläufig zu machen. Von hierher erscheint auch die Orientierung faschistischer Ideologien an vorindustriellen Sozialbildern konsequent.

Ansätze derartig regressiver Entwicklungen finden sich über den deutschen und italienischen Faschismus hinaus auch in politischen Bewegungen anderer westlicher Industrienationen. Daß solche Ansätze sich gerade in Deutschland zu einem System realisierten, wie es der Nationalsozialismus darstellte, wird angesichts der skizzierten Vorgänge erklärbar. Nach dem Kapitalismus muß fragen, wer die Frage nach dem Faschismus stellt, aber eine Antwort ist nicht in schnellfertigen Formeln zu finden, die den Faschismus als puren Mechanismus des bedrohten Großkapitals oder als „legitimes Kind des Liberalismus" interpretieren. Die Widerstandslosigkeit des deutschen Bürgertums gegenüber dem Faschismus wird nur dann verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sehr Deutschland jener Traditionen freiheitlich-bürgerlicher Art ermangelt, die in anderen westlichen Nationen durchaus für eine Zeitlang mit der Industrialisierung im Zeichen des Kapitalismus verbunden waren und die dort noch eine Potenz blieben, als das ökonomische System sich entliberalisierte.

Für die Bundesrepublik aber stellt sich die Frage, inwieweit es gelungen ist, den historischen Mangel an demokratischen Traditionen nach dem „geschenkten Sieg" des Rechtsstaates 1945 aufzuarbeiten. Der Nachweis der Schwäche vordergründig rechtsradikaler Gruppen, wie ihn Bundesinnenminister Höcherl kürzlich versuchte, erhält eine ablenkende Funktion, wenn zu gleicher Zeit die Frage ausbleibt, was aus jenen Tendenzen und Problemen der deutschen Gesellschaft geworden ist, deren historischer Ausdruck der Nationalsozialismus war und von denen vermutet werden muß, daß sie mit der militärischen Kapitulation 1945 nicht ohne weiteres verschwunden sind. Solange der 8. Mai 1945 im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik und im Bewußtsein ihrer führenden Politiker als Tag des Zusammenbruchs gilt, kann das Problem des Faschismus in Deutschland nicht als erledigt gelten.

Anmerkungen

[1]) Vgl. hierzu die nahezu unbekannte Schrift von Ernst Niekisch, „Deutsche Daseinsverfehlung", Berlin 1946.

[2]) Ralf Dahrendorf, „Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland", in: Gesellschaft und Freiheit, München 1961. Vgl. ferner die Arbeiten von Talcott Parsons und S. M. Lipset, auf die sich Dahrendorf stützt.

[3]) Näheres bei K. D. Bracher, „Die Auflösung der Weimarer Republik", Villingen 1960.

[4]) Walter Dirks, „Ein falsches Europa", in: Frankfurter Hefte, 1948, S. 706.

[5]) Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur?", Tübingen 1930.

Christian Geißler

Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können

Christian Geißler hat den „Blättern" den Text einer Ansprache, die er anläßlich einer Sonderaufführung seines Fernsehspiels „Schlachtvieh" an der Universität Hamburg hielt, zum Abdruck zur Verfügung gestellt. D. Red.

Ich möchte heute hier anläßlich der Wiederaufführung meines Stückes „Schlachtvieh" versuchen, zwei Fragen zu klären. Erste Frage: Wie wird aus Gesellschaft SCHLACHTVIEH? Zweite Frage: Welche Mittel gibt es, eine solche Entwicklung zu bremsen?

Ich gehe davon aus, das Durchschnittsalter heute hier im Raum liegt bei 23. Leute vom Jahrgang 39 bis zum Jahrgang 45 vor allem sind jetzt hier versammelt, Jahrgänge, über die man nachdenken muß. Ich komme noch darauf zurück. Ich selbst gehöre zum Jahrgang 1928, habe also einen kleinen Vorsprung Ihnen gegenüber. Lassen Sie mich bitte, aus diesem Vorsprung heraus, zunächst ein bißchen erzählen, eine Geschichte, das Stück einer Geschichte. Jedenfalls fängt das vor 33 schon an:

Ein Mann ist in einem Wertsystem aufgewachsen, das hoch tönt und edel vom Menschen und von der Menschlichkeit. Eines Tages bekommt der Mann den Verdacht, daß mithilfe dieses Wertsystems Menschen um ihre Chance betrogen werden, klüger zu werden. Der Mann traut der von oben geredeten Freundlichkeit nicht mehr. Zuviel Trick, sagt er, zuviel Hinterhalt, zuviel Geschäft, zuviel Macht von Wenigen über Viele springt dabei heraus. Das sieht er. Das fühlt er. Das wird er jetzt nicht mehr los. Aber er kommt nicht vorwärts damit, kommt nicht klar, kriegt das nicht in den Kopf. Das plagt ihn. Und noch etwas plagt ihn: Die alten Wertmaßstäbe, beizeiten verpflichtend ihm eingeredet, haben Gewissensstrukturen in dem Mann aufgebaut. Gegen Gewissensstrukturen den eigenen, unbeholfenen Verdacht aufrecht erhalten, das fordert persönlichen Mut, einen klaren Kopf, und wo einer den nicht aufbringt, da fordert das mindestens dauerhaft Rausch und Wut, wenn man nicht doch wieder absacken will in Gleichgültigkeit gegenüber den verdächtigen Werten.

Der Mann, von dem die Rede ist, findet keinen persönlichen Mut. Er ist so erzogen. Er möchte Rausch.

Jetzt taucht jemand auf, der bietet Wut und Rausch öffentlich an mit lauten, herzlichen Worten, mit Tränen der Entrüstung, drohend, mit zitternden Backen, mit erhobener Faust, ausgestattet also mit allen Signen eines herkömmlichen Vaters.

Wer möchte dem nicht folgen?

Und der lärmende Vater bietet der Wut und dem Rausch auch noch Ziele an. Er setzt öffentlich Feinde aus, die man ungestraft anspucken, schlagen, ausrotten darf, — auf die unser Mann all seinen ungeordneten Verdacht, all sein zähflüssiges Mißbehagen werfen darf.

Der Mann, ungeübt im Denken, angestopft mit namenloser Verdrießlichkeit, ist heilfroh, daß von nun an sein Verdruß Richtung auf Namen hat. Endlich hat sein Verdacht eine Adresse. Er prüft sie nicht nach, glaubt sie, hat Hunger nach solchen Sachen. Endlich wird seine Wut Gesetz. Er prüft es nicht nach, glaubt, hat Hunger.

Endlich, sagt er. Er richtet sich auf, denkt, er richtet sich auf, bückt sich nun aber erst recht, verzichtet blindlings auf den eigenen Kopf, will Köpfe rollen sehen. Ein Mann ist das jetzt, der Mördern gehorchen und gleichzeitig in allem

dummen Ernst bei sich glauben wird, das geschehe, damit es endlich eines Tages wieder freundlicher und menschlicher in dieser Welt zugehe.

Das kann zwar nicht gehen, aber schon genießt er den Rausch, schon sagt er: lieber tot als weiter so wie bisher. Er gehorcht, hält seinen Kopf hin, jahrelang, geht in jede Finsternis, in jede Kälte, jahrelang, dem brüllenden Vater nach, will, daß es anders wird auf der Welt — o d e r S c h l u ß.

Aber jeder Rausch läßt mal nach.

Der Mann wacht auf und hat Blut an den Händen bis an den Hals. Wo ist der Vater, der ihm damals zugerufen hatte — im Parteilokal, in der Montagehalle, von der Kanzel und vom Katheder herab —, das alles sei gut, die Welt werde anders, richtiger sein am Ende? Wo sind die großen Leute, die Generale, die Hirten, die Chefs, die das gesagt haben? Auf und davon, die ganze Besatzung. In den Tod die einen, in irgendeinen Aufsichtsrat, in irgendein südliches Farmrevier andere, und wieder andere in eine fromme, weltferne Geste der Strenge und der Vergebung.

Der Mann sieht sich nach allen Seiten um, sieht Trümmer, sieht sich allein, fragt sich: Kann ich noch fliehen? Aber er kommt schon vor ein Gericht. Was nun?

Du hast gestohlen und geplündert, sagen sie. Du hast geschunden und gequält. Du hast dich verkrochen, wenn um Hilfe geschrien wurde. Du hast zugelassen, daß gemordet wurde. Und du hast gelacht in all dieser Zeit, als sei das nichts.

Der Mann schweigt. Er weiß, das stimmt.

Und du hast gewollt, daß endlich mal alles anders wird und richtiger, nicht wahr? Ja, würde jetzt der Mann antworten. Und er würde hören wollen, was nun kommt, was nun vielleicht ja kommen könnte, zum Beispiel sowas: Du hast also gewollt, daß alles endlich mal anders und richtiger wird. Aber du warst verdammt dumm, mein Lieber, hast dich von denen, die sich die Macht geholt hatten, immer weiter dumm und besoffen halten lassen, und jetzt sitzt du drin im Dreck und jetzt willst du raus. Willst du vernünftig raus, mit dir selbst, und vorwärts, und lernen?

Der Mann wartet darauf, daß d a s einer sagt, ehrlich und klar und hart zu ihm sagt. Dann will er anfangen, dann will er die Augen aufmachen und lernen und raus.

Willst du vernünftig raus? Aber das fragt ihn keiner. Sie fällen vielmehr schon das Urteil. Entweder Verbrecher und Untermensch — oder MITLÄUFER. Was willst du? Der Mann zögert. Verbrecher? Untermensch? Das kann nicht stimmen. Das hatten wir eben erst. Und ‚Mitläufer'? Der Mann zögert. Er versucht, sich genau zu erinnern. War das denn ‚mitlaufen'? Was das einfach nur Hundemanier? Einfach böser Kindergarten? Ich war doch mal stolz, fällt ihm ein, hatte doch mal was vor. Ja, ich hatte was vor. Aber was? Mitlaufen? War da nicht noch was?

Aber da kommen zu ihm schon drei große Leute, einer in Schwarz, einer in Uniform, einer schon wieder im Auto. Und die fangen es nun mit ihm an: So ihr nicht werdet wie die Kindlein ... Der Mensch ist schwach ... Dienst und Pflichtentreue sind die Tugenden des Mannes ... In der Welt habt ihr Angst ... Ordnung muß sein ...

Und der Dicke im Auto lästert geschickt: Kommt her, ich will euch erquicken.

Der Mann zögert. Die Großen werden ungeduldig, treiben an, Sie brauchen den Mann schon wieder in der eigenen, alten Sache.

Fängt das schon wieder an, denkt der Mann. Ohne mich. Diesmal ohne mich. Und er schreibt das an die Wände, schmiert das aufs Straßenpflaster, hält das fest mit seinen verdreckten, verdammten, verhungerten Händen: OHNE MICH!

Bürschlein, du bist verstockt, sagen da die drei Herren, also doch ein Verbrecher, weg mit ihm! Sie drohen. Treiben an. Treiben rasch wieder ein bißchen Angst ein. Sagen dann aber: Nicht doch vielleicht einfach nur Mitläufer gewesen? Was willst du denn eigentlich? So war das doch immer. Ohnmacht und Einfalt bei Vielen, Macht und Klugheit bei Wenigen. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Gehe in dich!

Aber sie w a c h s e n doch, sagt der Mann.

Du bist verstockt!

Aber ich wollte mal was, sagt der Mann.

Wer wollte was?

Ich.

Und wer ist das?

Ich. Ich wollte mal was.

Die Drei lächeln ihn nachsichtig an. Nun ja, mein Lieber, du wolltest mal was, und genau das war dein Fehler, das siehst du doch. Komm also nun mit, lauf mit, lauf einfach mit, sicher ist sicher, sieh dir deine verbrannten, blutigen Hände an, hör also auf damit, hüte dich, gib u n s deine Hände, hab Vertrauen, der Mensch ist schwach allzumal und hinfällig von Natur.

Ja, sagt der Mann, hat Hunger, will Arbeit haben, will vier feste Wände und ein sicheres Dach, hat Angst, sagt Ja.

Mitläufer, komm!

Ja, sagt der Mann und geht mit, ohnmächtig, beschämt über sich selbst, über das, was er mal gewollt hat, vor allem aber über das, d a ß er überhaupt mal irgendwann was gewollt und gehofft hat, er, der Mann. Aber jetzt w a r das ein Mann, jetzt ist das zahm, sagt: Mit uns kann mans ja machen, läuft mit, ist dumpf, wird treu sein, war mal am Leben.

Ende der Geschichte vom Mann.

*

Von was für einem Mann ist die Rede gewesen? Es ist die Rede gewesen von einer Gesellschaft, die bestanden hat, als Sie, meine Damen und Herren, Ihren ratlosen und beschämten Eltern auf dem Arm hockten. Sie haben sogenannten Mitläufern auf der Schulter gesessen, geplagten, verschuldeten, im Stich gelassenen Leuten. Bitte versuchen Sie, sich vorzustellen, was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn man der Mehrzahl ihrer Glieder die Chance nimmt, zu begreifen, was geschehen ist und warum, und was nun geschehen soll und warum. Ihnen die vernünftige Chance wegnimmt dadurch, daß man ihnen en masse den Mitläufer-Status anbietet, sie also zu einer Befreiung verführt, die bezahlt wird mit öffentlicher Entmündigung!

Das, und vor allem das, ist einer ganzen Generation vor kurzem hierzulande passiert.

Eine ganze Gesellschaft einketten in das Bewußtsein eigener Unzurechnungsfähigkeit, eine ganze Gesellschaft obendrein auch noch mit Wohlgefühl ausstatten angesichts solcher Ketten, das ist zweifellos geschickt gemacht, aber wie geht sowas vor sich? Warum wird überhaupt soviel Entmündigung akzeptiert?

Nun, wie schon geschildert: Den Titel MITLÄUFER kann man nur Leuten anhängen, die in ihrem Selbstbewußtsein verletzt worden sind. Es muß schon eine Gesellschaft in allen ihren Schichten schockiert worden sein, um so ein entwürdigendes Angebot überhaupt zu goutieren. Und, in der Tat, es w a r ein Schock, es w a r e n Angst und Ekel, was da auf uns alle loskam bei der Eröffnung der Fakten Auschwitz und Plötzensee, der Fakten Deutsche Generalität, Deutsche Gerichtsbarkeit, Deutsche Wissenschaft, der Fakten Kirche und Krieg, Industrie und Parteifinanzierung. Plötzlich stand das offen vor uns: Fakten der Brutalität,

der Dummheit, der Feigheit; Fakten der Angst ganz allgemein bei uns allen. Was war denn geschehen?

Nochmals: Eine ganze Gesellschaft, damals sagte man vorzugsweise irrational EIN GANZES VOLK, war in Wut und Rausch, in einen Taumel scheinbaren Veränderungswillens geraten, alles mußte anders und besser werden und in Ordnung kommen, koste es, was es wolle. Fehlerhaft an diesem Vorgang war meineserachtens n i c h t das gesellschaftliche Faktum des gemeinsamen Wünschens und Wollens. Aber fehlerhaft, weil irrational und magisch und also am Ende gewalttätig und verbrecherisch, waren die, allenfalls in Wallungen und Suggestionen erlebten, I n h a l t e des allgemeinen Wünschens. Das Wünschen, damals, hatte tatsächlich unerhört taumelhafte, analphabetische Züge, und es endete dann ja auch dementsprechend auf dem Niveau der sich zerfleischenden Horde. D a s war der Schock, damals, als Sie, meine Damen und Herren, anfingen, die Gesichter von Menschen anzusehen. Ich fürchte, das waren sehr erschöpfte, resignierte, verstellte Gesichter, die die meisten von Ihnen in den ersten Jahren Ihres Lebens gesehen haben. Sowas am Anfang sehen, wirkt sich aus. Ich komme später noch einmal darauf zurück. Fragen wir erstmal weiter:

Was ist aus der schockierten Nachkriegsgesellschaft geworden? Schon wieder SCHLACHTVIEH? Kam denn die Gesellschaft nicht eben erst aus dem Schlachthaus? Meine Damen und Herren, die Methode, nach der soetwas funktioniert, ist schließlich einfacher, als man zunächst denkt. Sie ist überdies alt. Man findet sie im Urwald, und schon in sehr frühen Zeiten der Menschheitsgeschichte kommt sowas vor. Das funktioniert am einzelnen wie an ganzen Gesellschaften.

Man nehme, so man die materiellen Machtmittel dazu hat, Menschen, ertappe sie bei ihren Schwächen, bei Heilsgeschrei, im Zustande ratloser Gewalttätigkeit, also im Zustande der Verdummung. Man hindere sie nun, zu lernen, wer, und warum wer sie verdummt hat. Man rede ihnen ein, Dummheit, Schwäche, Ratlosigkeit und Gewalt seien natürliche bleibende Eigenschaften der menschlichen Existenz, und Hoffnung auf eine gründliche Änderung in dieser Sache sei Anmaßung, sei vom Teufel. Man verschreibe ihnen dann die Wechselbäder SPOTT hier, DROHUNG dort, und wenn sie schreien, wenn sie schön tief drinstecken im Selbstekel, dann biete man ihnen den Erlösungstitel vom MITLÄUFER an.

Sie werden annehmen.

Die Kraft des menschlichen Selbstbewußtseins hat Grenzen. Hunger und Scham machen schlapp. Volkswagen und Klein-Aktie werden in so einer Situation zu Mitteln existentieller Tröstung.

Haben sie angenommen, dann werden sie in Zukunft zahm sein wie Kastraten. Man hat ihnen nämlich jetzt einiges weggeschnitten. Weggeschnitten das Zutrauen zum eigenen Plan: Guck dir mal an, wie dumm und gemein dein Plan war. Weggeschnitten die Hoffnung auf Änderung: Guck dir an, was alles einstürzt, wenn du die alten Ordnungen anfaßt. Weggeschnitten die Absicht, klüger zu werden: Guck dir an, wie wenig du gewußt hast, Schwachkopf, wie wenig du bisher gelernt hast. Weggeschnitten mit alledem das Interesse für die öffentliche Sache, für den politischen Bereich überhaupt: Guck dir doch an, wie machtlos du gewesen bist gegen Lüge und Gemeinheit.

Dieses Register der Einschüchterung und der Verohnmächtigung kann noch vervollständigt werden. Ich denke aber, die wichtigsten Punkte sind ersteinmal genannt.

Also: Die materielle Not, die Ratlosigkeit und die natürliche Trägheit einer Gesellschaft ausnutzen zum Zwecke der Zerschlagung ihrer Möglichkeiten, das ist Aufzucht von SCHLACHTVIEH.

Soviel zur ersten Frage: Wie wird aus Gesellschaft SCHLACHTVIEH?

Übrigens: Die uns oft unangenehmen Züge an den hiesigen Leuten im Alter zwischen 45 und 65 Jahren, Züge, über die wir Jüngeren und Jüngsten gern spötteln und lästern, Züge der Unsicherheit, der Sturheit, der Feigheit, Züge des reaktionären Anpassungsvergnügens, erklären sich meineserachtens sehr wohl aus dem verordneten Mitläufer-Status von damals. Erschrockene Leute sind das, in einem Rausch unterbrochen. Das schmerzt. Und dann ohne genaue Aufklärung gelassen, zurückverwiesen in das Bewußtsein eigener Unzurechnungsfähigkeit, also betrogen, noch nachträglich, das schmerzt doppelt, macht uneins mit sich selbst, macht nervös und stumm.

Unser Spott trifft also geschädigte, lahme Leute. Sehen wir deshalb mit unserem Spott lieber auf uns selbst. An uns liegt jetzt viel. Wir sind keine Kinder mehr. Richten an uns selbst die Frage:

Wer hat Freude an einer derartigen Mißentwicklung? Wem macht sowas Spaß? Wer den Nutzen hat in so einer Sache, dem macht sie auch Spaß. Wer Macht gewinnt an so einer Sache, dem macht sie auch Spaß. Denn die materiellen Dinge der Macht und des Nutzens sind insachen der Gesellschaft viel wichtiger, weil ursächlich wirksamer als alle bis eben von mir zitierte Psychologie.

Also: Wer Macht gewinnt, wer den Nutzen hat: Wer ist das?

Ich möchte es mit der gebotenen Vorsicht so formulieren: Wer heimlich was vorhat mit Leuten, dem macht es Spaß, wenn andere auf ihr eigenes Vorhaben verzichten. Wer Lust hat auf pure Macht, auf das Zutrauen Aller auf ihn allein, dem macht es Spaß, wenn einer seinem Nebenmann nichts mehr zutraut.

Wer Maschinen sein eigen nennt, für die man Leute, die über die Bedienungsvorschrift nicht hinausdenken wollen, gut brauchen kann, damit der Eigentümer allein den großen Gewinn bekommt aus den Maschinen, dem macht es Spaß, wenn einer es aufgibt, in eigener Sache klüger zu werden.

Wer über Lust und Leben, Bett und Tisch, Haus und Hof, Ländereien und Bänke von Knieenden verfügt, über ihre Gewissen mithilfe ihrer Angst vor dem Tod, dem macht es Spaß, wenn andere ihren Mut und ihre Selbstachtung nicht mehr finden und ängstlich bleiben.

Wer befehlen will, und sei es „Zur Verteidigung", den Untergang von Städten und Straßen, dem macht es Spaß, wenn andere auf Öffentlichkeit, auf offene Plätze, auf ihren offenen Platz hier in der Stadt verzichten.

Ich fasse zusammen: Mitläufer sind gut für Mächtige, die ihre Macht nicht abgeben wollen an alle. Mitläufer werden gemacht unter der Wirkung von Drohung und Lockung. MITLÄUFER, das ist nur ein anderes, ein aus deutscher politischer Realität kommendes Wort für das alte Wort SCHLACHTVIEH.

*

Jetzt möchte ich von den Mitteln reden, die wir haben, diese gesellschaftliche Fehlentwicklung zu bremsen.

Bei diesen Überlegungen möchte ich ausgehen von dem, was ich vorhin ein paarmal ‚eine Sache von Bedeutung' genannt habe. Nämlich: Daß Sie, meine Damen und Herren, ihrem Alter entsprechend, Menschen auf dem Arm gesessen haben, die man zu Mitläufern degradiert hatte. Daß also die Gesichter, die Sie zuerst, in den ersten Jahren Ihres Lebens angesehen haben, vor allem Gesichter von geplagten, resignierten, erschöpften Leuten gewesen sind.

Was sich Kinder am Anfang ansehen, das prägt sich ein, das setzt Zeichen, Zeichen, die eindringen. Aus der Oberfläche der Gesichter, aus bestimmten Gesten und Bewegungen dringt das ein bis in die Zentren der Hoffnung, des Planens, des Mutes, also genau in die den Menschen bezeichnenden Zentren seiner Kraft, Neues, Kühnes zu versuchen in Freundschaft und Zutrauen, zusammen mit anderen.

Wer sich einmal klar macht, wem Sie am Anfang Ihres Lebens zugehört, wem Sie ins Gesicht gesehen haben die ersten Jahre, den wundert nicht mehr, was Ihnen alles verloren gegangen ist. Fragt sich aber: Muß das so bleiben? Kann man wiederfinden, was mal abhanden gekommen ist?

Glücklicherweise, das scheint eine geheimnisvolle Sache beim Menschen zu sein, ist es realiter niemals ganz so finster, wie man am Anfang meint.

Eines, allerdings, steht zunächst einmal fest: Würden die heutigen Zwanziger, die sogenannten twens, tatsächlich von den alten Menschen lernen wollen, wie man sich in dieser Welt zurechtzufinden und was man zu tun hat, dann würden die meisten Resignation, Verstocktheit und Leisetreten lernen, Weisheiten einer geschlagenen Generation.

Aber muß das denn übernommen werden? Ist die Politik, die öffentliche Sache, die Sache der Gesellschaft ein Terrain für Schwätzer und Bullen, bloß weil abgekämpfte Leute sagen: Ist doch alles bloß Schwindel, ich habs erlebt —?

Muß der Mut, neue, politische Möglichkeiten auszudenken, abhanden kommen, bloß weil einer sagte: Sei nicht blöd, mein Junge, verbrenn Dir nicht auch noch die Finger —?

Müssen politische Demonstrationen auf offener Straße, Protesttexte auf Pappschildern, unbedingt Schwachsinn sein, bloß weil eine geschlagene Generation sagt: Vor 33 war das genau so, der Pöbel geht auf die Straße —?

Muß der General denn recht behalten, bloß weil erfahrene Leute sagen: Komm, mach mit, kriegst sonst nur Scherereien —?

Vielleicht denkt jetzt der eine oder andere von Ihnen: Was soll der Quatsch, mit den Alten sind wir längst fertig. Einmal abgesehen davon, daß so ein Gedanke ja eigentlich von einer sehr unangemessenen Abfälligkeit und Hochmütigkeit gegenüber den Alten wäre, gegenüber denen also, von denen wir schließlich herkommen, die uns Essen und Trinken und, so gut sie eben konnten, ihre Obhut gegeben haben, — einmal abgesehen also von der doch wohl etwas pubertären Leichtfertigkeit eines solchen Gedankens: Wir müssen tatsächlich, bevor wir uns selbständig nennen, erst einmal nachprüfen, ob wir denn wirklich fertig sind mit dem, was die ältere Generation falsch gemacht und falsch gedacht hat, — ob wir fertig sind, das heißt: vernünftiger und mutiger, als sie es waren zu ihrer Zeit.

Ich gebe zu, etliches, was man so heute sieht in der Uni-Gegend, in Gesichtern und Gesten, in schönen alten Autos, auf Reiseprospekten, in Arbeitskreisen und Hochglanzzeitschriften, das deutet auf Freiheit. Aber, erlauben Sie trotzdem Bedenken, lassen Sie uns versuchen, die Sache richtig zu sehen: Unsere schöne, muntere private Freiheit steht, ob wir wollen oder nicht, in einem bestimmten, also bestimmbaren Abhängigkeitsverhältnis zu den Mächtigen im Lande. Und mit dem Auto, meine Damen und Herren, mit der genauen Kenntnis vom Jazz, mit dem linksgehäkelten Backenbart, mit blanken Zeitschriften kommt man den Mächtigen, kommt man dem möglicherweise verächtlichen Programm der Mächtigen noch nicht unbedingt näher. Aber wir müssen nah ran, wenn wir nicht einfach nur mitlaufen wollen wie die Alten, wenn wir nicht mitgelaufen werden wollen, müßte man, dem häßlichen Vorgang entsprechend, eigentlich sagen. Wir müssen nah ran. LIEBE IM AUTO und WIE VERFÜHRE ICH MEINEN MANN, ich fürchte, diese twen-Themen fixieren gelegentlich den Leser ein bißchen zu sehr auf einen einzigen Sektor der Wirklichkeit. Es gibt ja noch einiges mehr, was wir im Auge behalten müssen, damit die Sache nicht wieder schief geht. Und lassen Sie sich bitte nicht einreden, die Jugend sei nun mal so, heiter, achtlos, ein bißchen verspielt, ein bißchen oppositionell, mal ein bißchen linksherum,

mal ein bißchen rechtsherum, das gibt sich alles, das schleift sich ab, wir waren schließlich auch mal jung, sagt der Vater.

Wenn er recht behält mit dieser müden Philosophie, wenn er recht behält mit der resignierten Meinung, Freiheitswillen sei eine pubertäre Phase, nichts weiter, dann wird er schließlich ein unglücklicher Vater sein. Die Kinder haben des Vaters Krankheit erwischt, Mißmut und Ohnmacht und faules Gelächter. Die Mitläuferei geht über auf die nächste Generation.

Nein, meine Damen und Herren, wenn das stimmt, daß die junge Generation heute tatsächlich Witz im Kopf hat und Lust am Leben und Vergnügen an Freiheit, an lebendigen Sachen, am Experiment, wenn Sie tatsächlich Lust haben am Knacken von Tabus, am Auslachen von Unsinn, — wenn das alles wirklich da ist, dann fehlt eigentlich, um am Ende nicht doch noch in die Mitläuferei abzurutschen, nur noch eins:

Die Kenntnis und, wo die schon da ist, die unnachgiebige Kenntnis davon, daß das ganze private Vergnügen, diese schöne, lebendige, neugierige Freiheit, auf die wir scharf sind, b e d r o h t ist. Und zwar n i c h t von außen, sondern von innen, von innen und oben.

Wo das verstanden worden ist, wo diese Gefahr erkannt worden ist, da hört die Mitläuferei, das Schlachtviehtraben ziemlich schnell auf, denn da hat man ja begriffen:

Die private Freiheit; mein persönliches Experiment, auf das ich loswill, weil es mir Spaß macht; meine Neugier, meine ungestörte Aufmerksamkeit in dieser und jener Sache, die mich klüger machen wird, die mich voran bringen wird, alles das, was man so das Privatleben eines lebendigen Menschen nennt, hat unmittelbar abhängig zu tun mit der politischen, gesellschaftlichen Wirklichkeit draußen.

Mit anderen Worten, konkret: Wer die Zusammenhänge von privatem Wunsch und gesellschaftlicher Wirklichkeit begriffen hat, der wird nicht auf Trettner pfeifen und gleichzeitig ganz naiv bei der Meinung bleiben, ein langes, kühnes Leben läge noch vor ihm. Ein langes, kühnes Leben kann, wenn es realistisch zugehen soll, gar nicht gewünscht werden unabhängig von den Wünschen der Mächtigen hier im Lande.

Der Luxus, auf Trettner, Höcherl und Springer zu pfeifen, wird teuer bezahlt. In dieser Sache gibt es hinreichend historisches Material. Fragen Sie Ihren Herrn Vater. Nein, fragen Sie ihn nicht. Er wird in seiner Ratlosigkeit doch nur antworten können: Laß die Finger davon, da kann man nichts machen.

Aber man k a n n , meine Damen und Herren.

Wenn einem das eigene Leben wirklich teuer ist, wenn man will, daß es Spaß macht, dann kann man.

Die Pläne, die Wünsche, die Gedanken der Mächtigen hierzulande sind nämlich gar nicht so undurchschaubar, wie man uns mancherorts glauben machen möchte. Prüfen wir sie also, fragen wir uns, wie diese Pläne und Wünsche zusammenpassen mit dem vernünftigen Wunsch des Einzelnen auf ein langes, menschliches, gescheites Leben. Prüfen wir nach, was draußen, was oben gewollt wird.

Das fängt leise an. Ein Film kommt in die Kinos, 1964, zum Beispiel ein Film mit dem Titel SIEG IN FRANKREICH. Zugegeben, man muß schon sehr müde und abgespannt sein (oder Verdacht haben), um sich sowas mal anzusehen. Aber — und zahllose Werbetexte nützen täglich diese Tatsache aus — sehr viele Leute hier bei uns sind müde und abgespannt, gehen also nicht in die Kunst-Kinos, sondern sehen irgendeinen Film, z. B. SIEG IN FRANKREICH. Und was sehen sie da, Tausende, stundenlang? Sie lernen den Krieg sehen als eine Tragödie, als

eine unheilbare Krankheit, als ein Naturereignis. Und, darüberhinaus dann: Krieg als die Milimeterarbeit von tüchtigen Kerlen.

Wenn nun machthabende Institutionen in der Bundesrepublik einen solchen Film mit dem Prädikat BESONDERS WERTVOLL auszeichnen, die Produktion von derartigen Filmen also mit erheblichen öffentlichen Geldern stützen — und machtvolle Institutionen haben das getan —, dann, behaupte ich, wird ein Plan deutlich. Ich bitte Sie, zu prüfen, ob das ein Plan ist, der unseren Wunsch auf ein langes, gescheites menschliches Leben gefährdet oder nicht.

Das geht fast unmerklich weiter: Vertreter der beiden großen Parteien verhindern, daß in einer bestehenden Fernsehsendung 30 Sekunden Ostermarsch-Bilder gezeigt werden. Bilder also von Leuten, die zur Zeit als einzige in der Bundesrepublik für Abrüstung in Ost und West und für eine vernünftige Politik der Verständigung auf die Straße gehen. Wenn große Parteien Bilder von solchen Leuten unterdrücken, dann, behaupte ich, wird ein Wunsch deutlich. Ich bitte Sie, zu prüfen, ob das ein Wunsch ist, der unseren Wunsch auf ein langes, menschliches, gescheites Leben gefährdet oder nicht.

Das geht weiter auf Parteitagen: Ein alter SPD-Politiker, Max Brauer, warnt im Dezember seine Partei vor der MLF. Aber die Parteitagsversammlung ist anderer Meinung, will die Bundestagswahl gewinnen, will sich anpassen. An was? Ich behaupte, diese Partei, die inzwischen mehr und mehr ihre vernünftigen, menschlichen Traditionen verleugnet aus Angst vor dauernder Ohnmacht, will sich anpassen an politische Gedankengänge der Gewalt. Ich bitte Sie, zu prüfen, ob das Gedankengänge sind, die unseren Wunsch auf ein langes, menschliches, gescheites Leben gefährden oder nicht.

Und das geht weiter, zum Beispiel ganz oben aus den Kanzeln heraus bei den Hirten: Ein Bischofsbrief macht im Dezember 64 die Runde gegen SCHAMLOSIGKEIT und UNZUCHT, geht durch fast alle Zeitungen, kommt über fast jeden Draht. Knöpft die Blusen zu, macht endlich das Nachttischlicht aus. Schön und gut. Ich bin zwar der Meinung, daß das Privatsache ist und bleiben soll, aber schön und gut ist das sicher gemeint. Dennoch ist das wahrscheinlich Heuchelei. Denn wenn schon so ein ominöses Wort wie UNZUCHT eingesetzt wird, dann sollte man es in den richtigen Kontext bringen. Wenn schon moralisches Pathos, wohlfinanziert und also weitverbreitet, dann soll man es ersteinmal richten gegen die offen unmoralischen Pläne unserer Mächtigen, Massenvernichtungsmittel einzulagern gegen lebendige Menschen. An der freien Liebe ist noch keine Gesellschaft zerbrochen, meine Damen und Herren, aber sehr wohl an Generalen und gesegneten Kanonen.

Daß die kirchlichen Oberhirten diese Tatsache bisher nicht recht in den Blick bekommen, das hängt wahrscheinlich zusammen mit bestimmten Denktraditionen, aufgebaut auf dem Wunsch nach Beibehaltung alter materieller Macht. Dennoch, auch hier: Ich bitte Sie, zu prüfen, ob das Denktraditionen sind, die unseren Wunsch auf ein langes, menschliches, gescheites Leben gefährden oder nicht.

Und nun zu Trettner, dem Generalinspekteur der Bundeswehr. Er hat einen Atom-Minen-Plan vorgelegt. Ich setze voraus, Sie kennen, dank Weinstein und Augstein, den Plan in seinen wichtigsten Punkten. Ich behaupte: Dieser Trettner-Plan zeigt, wie kaum jemals in der Geschichte zuvor ein militärischer Plan es gezeigt hat, offen und öffentlich, wie die Lust am Tod jeder militärischen Uniform den letzten Halt und Sitz gibt. Vorwärtsverteidigungspathos und buchstäblich todmüde Resignation werden als Synonymbegriffe endlich für jedermann deutlich. Ein Plan ist das, dieser Trettner-Plan, von dem Robert Jungk in anderem Zusammenhang sagt: „Würde eine Einzelperson Derartiges ausbrüten, man

würde sie für wahnsinnig erklären und als öffentliche Gefahr einsperren. Nicht so ein Generalstab. Ihm ist es erlaubt, Wahnsinnspläne zu spinnen."

Fragt sich aber: Soll es den Generalen weiterhin erlaubt sein? Ich bitte Sie, zu prüfen, ob der Trettnerplan unseren Wunsch auf ein langes, menschliches, gescheites Leben gefährdet oder nicht.

Und Axel Springers Plan? Im Herbst 64 meint BILD, Seite 1: „Die Feinde auf diesem Weg" (gemeint ist der Weg zur Einheit Deutschlands) „sitzen in Moskau, in Pankow und leider auch im Westen Deutschlands. Es sind diejenigen, die aus den verschiedensten Gründen die DDR anerkennen wollen. Diese DDR-Anerkenner sind schlechtere Deutsche als die Russen . . ."

Einmal abgesehen von der Unlogik des letzten Satzes: Meine Damen und Herren, wer verhindern will, daß Leute partnerlich miteinander reden, der will verblöden, der will Gewalt. Das ist zwar ein dummer Wille, aber ein Wille mit Macht, Auflage 4 Millionen täglich. Ich bitte Sie, zu prüfen, ob das ein Wille ist, der unseren Wunsch auf ein langes, menschliches, gescheites Leben gefährdet oder nicht.

Und was gibt es sonst noch? Notstandsgesetze. Ich weiß, etliche, auch vernünftige Leute können dieses Wort nicht mehr hören. Dennoch: Wer herausbekommen will, wie aus Gesellschaft SCHLACHTVIEH wird, der muß die Augen aufmachen. Und was sieht er da möglich werden? Kontrolle der Presse, Aufhebung des Streikrechtes, Schutzhaft, Zivildienst, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Einsatz der Bundeswehr gegen sogenannten INNEREN NOTSTAND.

(Um nur das Letzte, den Bundeswehrpassus, aus unserem deutschen Erfahrungsschatz zu konkretisieren: Es ist in diesem Zusammenhang interessant, sich in Erinnerung zu rufen, in welchen Industriegebieten seinerzeit die reichswehrgesteuerten Freikorps für Ordnung gesorgt haben, gegen wen, und für welche Ordnung!)

Prüfen Sie bitte nach, was das für Pläne, Wünsche und Gedanken sind, die da Gesetz werden sollen. Prüfen Sie mit allem Egoismus, ja, Egoismus, das heißt: mit allem persönlichen Ernst, gerichtet auf das eigene Wohl und Wehe, nach, ob diese Pläne, Wünsche und Gedanken der Mächtigen unseren Wunsch auf ein langes, menschliches, gescheites Leben gefährden oder nicht.

Und w e n n diese kommenden Gesetze von Ihnen als eine Gefahr erkannt werden sollten, wenn Sie erkennen können, daß mithilfe dieser Gesetze mit dem freien, vernünftigen Menschen möglicherweise schlecht umgegangen werden wird, dann wehren Sie sich gegen diese Gesetze, gemeinsam, organisiert, mit klarem Kopf.

Schreiben Sie Flugblätter, gehen Sie auf die Straße, reisen Sie statt nach Paris diesmal mit Bussen nach Bonn, streiken Sie, tun Sie, was Sie jetzt noch tun können.

Und wenn der Trettner-Plan von Ihnen als eine Gefahr erkannt werden sollte, dann wehren sie sich gegen ihn, kämpfen Sie, organisiert, mit klarem Kopf. Sagen Sie, wenn man Sie unter das Kommando dieses traurigen Mannes bringen will: NEIN — mit Selbstmördern keine gemeinsame Sache.

Und wenn Sie eine große Partei sehen, die sich anpaßt und also ihre wichtigsten Grundsätze öffentlich verleugnet, dann protestieren Sie, organisieren Sie Ihren Protest, sagen Sie den Leuten dieser Partei, daß sie die letzte echte demokratische Oppositionspartei nicht zuschanden machen dürfen, wenn ihnen der Landstrich, für den sie arbeiten, lieb ist. Versuchen Sie öffentlich klar zu machen, daß Sie bei einer Wahl eine Partei wählen wollen, die Mut und Intelligenz einsetzt für eine neue, vernünftige, menschliche Politik.

Und wenn Sie jene Abart der Frömmigkeit antreffen, die Macht haben will, und die darum mit den Mächtigen geht und die Macht von Mächtigen segnet, also eher noch mit der Gewalt paktieren wird als mit der Gewaltlosigkeit, mit der Liebe, dann greifen Sie diese falsche Frömmigkeit an. Und wenn Sie Christ sind, also an die Erlösung des Menschen durch die Liebe Gottes glauben, dann greifen Sie erst recht an, organisiert, mit klarem Kopf, mit der Forderung, daß der, der von Gott reden will, vom Menschen reden soll, damit Gott sein Recht bekommt.

Und sollten Sie finden, daß Axel C. Springer mit seinen Zeitungen die Leute dumm macht, also ein gefährlicher Mann ist für die Gesellschaft, dann lächeln Sie nicht drüberhin, dann verbieten Sie sich jedes großzügige Schulterzucken. Dann tun Sie, was Sie tun können, gegen die tägliche Verdummung von ganzen Menschenmassen. Sagen Sie diesem mächtigen Mann in aller Öffentlichkeit, daß seine Zeitungen lügen, wenn es darin heißt, daß Deutsche, die mit Deutschen realistisch verhandeln wollen, die Feinde Deutschlands sind. Sagen Sie ihm, wer der Feind ist. Wehren Sie sich.

Wenn Sie sich nicht wehren, meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt nicht antworten, dann werden Sie möglicherweise demnächst gar nicht mehr gefragt werden. Tun Sie endlich das, was Studenten in anderen und meist nur in unterentwickelten Ländern längst tun: Protestieren Sie gegen Dummheit und gegen geheime Gewalt.

Organisieren Sie Ihren Protest mit klarem Kopf.

An dem Grad des Ernstes und der Aufmerksamkeit, den Sie einsetzen für die öffentlichen Dinge hier bei uns, wird man in Zukunft messen können den Grad des Ernstes und der Aufmerksamkeit, den Sie auf sich selbst richten, auf Ihre eigenen Wünsche, Pläne und Gedanken. Darin, wie ernst Sie das öffentliche Leben nehmen, kann man erkennen, wie ernst Sie sich selbst nehmen.

Nur SCHLACHTVIEH übersieht den Metzger.

Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler

Positionen und Begriffe? (II) *)

Viermächteverantwortung — gegenüber wem

Über den Sinn der Viermächteverantwortung für Deutschland bestehen auch in politisch maßgeblichen Kreisen der Bundesrepublik z. T. merkwürdige Vorstellungen. So wird gerade in letzter Zeit behauptet, es handle sich um eine gegenüber Deutschland bestehende Verpflichtung, die unmittelbar darauf gerichtet sei, die Wiedervereinigung Deutschlands, d. h. die Bildung einer einheitlichen deutschen Staatsgewalt, herbeizuführen [1]). Derartiges findet jedoch weder in den einschlägigen Texten noch im allgemeinen Völkerrecht irgendeine Stütze. Vorauszuschicken ist zunächst einmal, daß die Viermächte verantwortung nicht verwechselt werden darf mit der Viermächte verwaltung, wie sie seinerzeit durch den Kontrollrat gehandhabt wurde, und wie sie jedenfalls nach Auffassung der Westmächte noch heute für ganz Berlin gehandhabt werden könnte, wenn sich die Sowjets an den Funktionen der Alliierten Kommandantur beteiligen würden

*) Vgl. Heft 4/65.

1) Der CDU-Abgeordnete Majonica spricht davon, daß „wir keine der vier Siegermächte aus der Verantwortung für die deutsche Einheit entlassen dürften" („Die Welt" vom 13. 2. 1965).

(welche derzeit de facto nur das Organ einer Dreimächteverwaltung für Westberlin darstellt). Die Viermächteverwaltung für den größeren Teil Deutschlands in Gestalt des Kontrollrats ist ihrerseits nach der Kapitulation geschaffen worden mit der Begründung — wie es in der Deklaration vom 5. 6. 1945 heißt —, daß für das von den Siegermächten nicht annektierte Deutschland keine zentrale Regierung mehr vorhanden war, die fähig gewesen wäre, die Verantwortung für Ordnung und Recht innerhalb Deutschlands und die „Verantwortung" für die „Erfüllung der Forderungen" der vier Siegermächte zu übernehmen. Diese „Verantwortung" kann sicher nicht gemeint sein, wenn von einer den vier Mächten selbst obliegenden Verantwortung die Rede ist.

Vielmehr ist, wenn das Memorandum der Westmächte vom 26. 6. 1964 von der Verantwortung der vier Mächte für Gesamtdeutschland spricht, eine ihnen obliegende Verpflichtung gemeint, die zugleich mit gewissen Rechten gekoppelt ist. Diese Verantwortung besteht aber nicht gegenüber Deutschland, sondern es handelt sich um die Verantwortung, von der Art. 53 der UN-Charta einen besonders wichtigen Aspekt erwähnt, nämlich die Verantwortung für die Verhütung zukünftiger Aggressionen durch Deutschland. Insbesondere war die Frage der deutschen Rüstung im Sinne der ursprünglichen Viermächteverantwortung eine jedenfalls endgültig von den vier Mächten zu regelnde Frage [2]). Diese durch die UN-Charta bestätigte und offenbar durch stillschweigenden Vertrag mit den anderen seinerzeit mit Deutschland im Kriege befindlichen Staaten, den „Vereinten Nationen" im ursprünglichen Sinne begründete Verantwortung der vier Mächte besteht also in erster Linie gegenüber anderen Staaten als Deutschland. Aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen folgt, daß die durch gemeinschaftliche Erklärung übernommene Verantwortung der vier Mächte gegenüber Außenstehenden auch im Verhältnis zwischen den vier Mächten unter sich Verpflichtungen impliziert, nämlich die Verpflichtung, an der Verwirklichung der Viermächteverantwortung mitzuwirken und ein Verhalten zu unterlassen, welches die Erfüllung der gemeinsamen Verantwortung beeinträchtigt.

Daraus, daß die Viermächteverwaltung anfangs auch das Mittel zur Realisierung der Viermächteverantwortung in dem soeben geschilderten Sinne war, ist nicht zu folgern, daß sie das einzige Mittel zur Verwirklichung der Viermächteverantwortung wäre und daß mit dem Ende der Viermächteverwaltung für ganz Deutschland — mit Ausnahme von Berlin —, die offenbar weder vom Westen noch vom Osten wieder aufgenommen werden soll, auch die Viermächteverantwortung in Wegfall gekommen wäre. Die Viermächteverantwortung kann fortbestehen, wenn die Verantwortungsmächte über andere Mittel verfügen, um sie zu verwirklichen, wobei sie sich möglicherweise solche Mittel in Gestalt vertraglicher Vereinbarungen mit einem wiederhergestellten Deutschland oder den provisorischen Staatsgebilden auf deutschem Boden verschaffen könnten. Das wichtigste Mittel einer Verwirklichung der Viermächteverantwortung für ganz Deutschland ist aber immer noch das vorbehaltene Recht, den definitiven politischen und militärischen Status Deutschlands zu bestimmen, ein Recht, wie es schon in der Deklaration vom 5. 6. 1945 in Anspruch genommen wurde.

Viermächteverantwortung für die Einheit Deutschlands?

Unverkennbar hat sich das Bewußtsein von dem ursprünglichen Sinn der Viermächteverantwortung in der öffentlichen Meinung der westlichen Länder, insbesondere der Bundesrepublik, in dem Maße verflüchtigt, in dem die beiden Grup-

[2]) Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Viermächteverantwortung gegenüber den Vereinten Nationen auch eine Verantwortung zur Herbeiführung einer angemessenen Wiedergutmachung bedeutete.

pen der Verantwortungsmächte ihre faktischen Positionen in Deutschland zwar ohne den Ausdruck des Konsensus, aber doch übereinstimmend, zum Mittel ihrer Politik im Verhältnis zwischen sich selbst ausgebaut haben, und in dem Maße, wie die Gefahr einer von „Deutschland" ausgehenden Aggression durch andere möglichen Ursachen zukünftiger Kriege in den Hintergrund gedrängt worden ist. Während nun die stärkere Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion dieser die Möglichkeit gibt, auf deutschem Boden eine Deutschlandpolitik gegenüber der Bundesrepublik und gegenüber den Westmächten so, wie sie ihr zweckmäßig erscheint, zu betreiben und sich dabei auf die Viermächteverantwortung nur insoweit zu berufen, als dem Westen der Bruch seiner Verpflichtungen vorgeworfen wird, ist auch für die Westmächte, die immer wieder auf die Friedfertigkeit der Bundesrepublik hinweisen und die wohl auch in der DDR kaum einen zukünftigen Aggressor sehen wollen [2a]), der ursprüngliche Zweck der Viermächteverantwortung weitgehend zu einem Schema geworden. Auch wenn man nicht so weit gehen will, daß man gerade die Verkettung der militärischen Macht der provisorischen Staatsbildungen in Deutschland in die Bündnissysteme des Westens und Ostens als eine Form der Verwirklichung der ursprünglichen Viermächteverantwortung auffaßt, ist es höchst zweifelhaft, ob ohne den ursprünglichen Zweck der Viermächteverantwortung diese nur als erstarrte rechtliche Form einer Machtkonstellation gehalten werden kann. Trotzdem ist der Westen gezwungen, an der rechtlichen Relevanz der Viermächteverantwortung festzuhalten, um vor allem der westlichen Position in Westberlin ihre gegenwärtige juristische Grundlage nicht zu entziehen.

Es ist daher an sich verständlich, wenn versucht wird, den alten Schlauch der Viermächteverantwortung durch Eingießen eines neuen Weines wieder prall zu machen. Hinter der Absichtserklärung der drei Westmächte, die Wiedervereinigung im Rahmen dessen zu fördern, was ihnen realisierbar und opportun erscheint, behauptet man, stehe eine Verpflichtung aller vier Mächte zur Wiedervereinigung. Diese Kgnstruktion ist juristisch noch weniger haltbar als die Identitätstheorie. Eine Verpflichtung zur Neuschaffung einer einheitlichen Staatsgewalt des besiegten Staates, die durch debellatio in Wegfall gekommen ist, ist weder dem klassischen Völkerrecht vor dem Kelloggpakt bekannt, noch bestehen dafür irgendwelche Anhaltspunkte in den schwachen Ansätzen des Völkerrechts für Rechtsgrundsätze über die Liquidation eines Angriffskrieges. Weder die Abmachungen der vier Mächte aus den Jahren 1944—45 noch das von Frankreich nicht unterzeichnete Potsdamer Abkommen enthalten irgendwo eine vertragliche Verpflichtung der Verantwortungsmächte unter sich, zu einem späteren Zeitpunkt eine umfassende deutsche Zentralgewalt wieder einzurichten.

Selbstbestimmungsrecht — wessen?

Eher hat es einen Sinn, in die Viermächteverantwortung eine Verantwortung dafür hineinzulegen, daß im Interesse der Verhütung einer von Deutschland ausgehenden Friedensstörung das Selbstbestimmungsrecht in Deutschland realisiert wird, wie dies das Memorandum vom 26. 6. 1964 in der Tat andeutet. Das Selbstbestimmungsprinzip ist heute noch kein Völkerrechtsgrundsatz, aus dem etwas über die völkerrechtliche Legalität bestehender Staatsgrenzen, bestehender Staatsgebilde, oder gar die völkerrechtliche Vertretungsbefugnis der Regierungen solcher Staatsgebilde zu folgern wäre; es ist eine sicher allgemein

[2a]) Angesichts der westlichen Abneigung gegen eine nähere Bestimmung der Aggression hat man im Westen die Frage, ob nicht eine Behinderung des friedlichen Verkehrs von und nach Westberlin eine Aggression — und zwar gerade eine Aggression auch im Sinne des sowjetischen Aggressionsbebegriffs — darstellen würde, vernachlässigt.

anerkannte Richtlinie für die Bildung von abstrakten Normen des Völkerrechts und für die konkrete Gestaltung des Bestandes der Völkerrechtsgemeinschaft, wenn der Auftrag gegeben wird, eine Regelung nach anerkannten Gerechtigkeitsgrundsätzen herbeizuführen [3]). Als eine solche Richtlinie für die Völkerrechtsgestaltung bindet die Selbstbestimmung sicher auch die vier Verantwortungsmächte, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch machen wollten, den endgültigen Status von ganz Deutschland zu bestimmen. Es läßt sich aber unmöglich behaupten, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, die zunächst nur eine Grenze bei der Wahl der Mittel zur Realisierung des ursprünglichen Ziels der Viermächteverantwortung war, nunmehr zu dem einzigen Inhalt der Viermächteverantwortung geworden sei.

Vor allem aber wäre es falsch, eine Wiedervereinigung dann als Resultat des Selbstbestimmungsrechts zu begründen, wenn die Entscheidung über die Einheit des deutschen Staates schon in Gestalt der Ausschreibung gesamtdeutscher Wahlen vorausgenommen wäre. Ebenso wie es Unsinn ist, mit Tunkin [4]) die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in einem Vertrag zwischen den gegenwärtigen oder zukünftigen Staaten zu sehen, die auf dem Boden Deutschlands gebildet worden sind, widerspricht es dem Selbstbestimmungsrecht selbst, wenn das Ergebnis der Selbstbestimmung über das Bestehen eines Staates oder mehrerer Staaten einfach vorweggenommen wird.

Ist das Selbstbestimmungsrecht wirklich ein Menschenrecht, so kann es auch nicht einem schon vor seiner Ausübung durch sprachliche oder andere Merkmale oder gar durch positivrechtliche Zugehörigkeiten determinierten Volk zustehen. Auch das Selbstbestimmungsrecht über das Bestehen eines Staates — das als „äußeres" Selbstbestimmungsrecht von dem inneren Selbstbestimmungsrecht über die Verfassung des Staates zu unterscheiden ist — steht letzlich den Einzelnen zu und ist durch die Gesamtheit derjenigen Individuen auszuüben, die miteinander Staatsvolk eines Staates sein (oder werden) wollen, eines Staates, der sich eben von den Staaten anderer Völker unterscheidet. Ebenso wie sich die Angehörigen mehrerer „Nationen" zu einem Staat zusammenschließen können, haben aber auch Teile eines ethnisch oder soziologisch definierten „Volkes" kraft des Selbstbestimmungsrechts die Befugnis, einen eigenen Staat zu bilden. Sie dürfen daran von den übrigen Angehörigen jenes Volkes nicht gehindert werden. Daß ein prädeterminiertes Volk nicht Träger des Selbstbestimmungsrechts sein kann, sollte gerade in Deutschland deutlich geworden sein angesichts dessen, daß die Politik des Dritten Reiches es fertig gebracht hat, die Deutschen in Österreich zu einem eigenen staatswilligen Volk zu machen[5]).

Selbstbestimmungsrecht durch eine „autoritär herrschende Minderheit"?

Vor allem aber sollte man es vermeiden, die Glaubwürdigkeit der westlichen Bekenntnisse zur freien Selbstbestimmung selbst auszuhöhlen [6]). Den Vogel

[3]) Vgl. Wengler, Völkerrecht, 1964, Bd. 2, S. 982 ff. und 1031 ff.

[4]) Das Völkerrecht der Gegenwart (deutsche Übersetzung), Ostberlin 1963, S. 45.

[5]) Daß die Bestimmung dessen, was ein „Volk" ist, und wer zu einem Volk gehört, die Crux in der Definition des Selbstbestimmungsrechts darstellt, ist den Fachleuten längst bekannt, während es in den Äußerungen der Politiker verschwiegen wird. Die unten noch zu erwähnende Schrift von Scheuer glaubt, der Problematik des Begriffes Volk als dem Träger des Selbstbestimmungsrechts in bezug auf Deutschalnd aus dem Wege zu können, indem sie behauptet, „daß die Deutschen ein Volk sind, darüber bestehen keinerlei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifel".

[6]) Einig in dem Bestreben, einzelnen ihrer Mitglieder zu ermöglichen, den Balken im eigenen Auge zu erhalten, hat die westliche Staatenwelt in den vergangenen Jahren, insbesondere bei der Ausarbeitung der Menschenrechtskonventionen im Rahmen der UNO, leider nichts getan, um

schießt in dieser Hinsicht der Autor einer vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Schrift [7]) ab, indem er auch die Ausübung des Rechtes der äußeren Selbstbestimmung, d. h. die Entscheidung über das Bestehen eines Staates, dem „Volk in seiner Gesamtheit" zugesteht, aber der Meinung ist, daß „das Volk" seine „Entscheidung" auch durch „das Handeln einer autoritär herrschenden Minderheit" treffen könne [8]). Wenn dies noch Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ist, so ist es nur konsequent, wenn die „autoritär herrschende Minderheit" auch selbst bestimmt, wer das Volk ist, dem das Selbstbestimmngsrecht zusteht. Der Autor jener Schrift betrachtet die Entscheidung des autoritären Regimes über Staatserrichtung bzw. Staatsauflösung dann als „völkerrechtswidrig", wenn das Regime nicht „Exponent des Volkes", sondern Ausführungsorgan einer auswärtigen Macht sei. Auch die DDR wäre also in der Sicht dieses Autors nicht nur Staat, sondern ein auf das Selbstbestimmungsrecht gebauter Staat, sobald es einer „autoritär herrschenden Minderheit" gelungen wäre, sich ohne russische Hilfe und ohne sowjetischen Auftrag durchzusetzen! Damit sind die juristischen Träume an westdeutschen Kaminen wieder bei dem Primat der autoritären Macht vor den Freiheitsrechten und damit bei „Positionen und Begriffen" von dem Kaliber angelangt, wie sie Carl Schmitt [9]) vor 30 Jahren vorlegte.

---

zu klären, was Selbstbestimmungsrecht überhaupt bedeuten kann und was zu seiner Verwirklichung sowohl als auch zu seiner Ergänzung erforderlich ist; man hat das Feld den schwammigen Definitionen sowjetischer Herkunft überlassen, die von den afrikanischen und asiatischen Ländern aufgegriffen worden sind.

Maßgebliche Vertreter der Völkerrechtslehre in den Vereinigten Staaten wenden sich noch heute gegen die Einbeziehung des Selbstbestimmungsrechts in den Kreis der Menschenrechte. So schreibt einer der bekanntesten amerikanischen Völkerrechtsgelehrten, MacDougal, im American Journal of International Law 1964, S. 623, zu dem Selbstbestimmungsartikel in dem Entwurf einer Menschenrechtskonvention der UN, mangels einer Definition dessen, was Volk sei, und mit Rücksicht darauf, daß Verantwortlichkeiten innerhalb der Völkerrechtsgemeinschaft immer wieder über „anachronistische Konsequenzen aus der Konzeption von Nationen" hinwegzugehen hätten, könne eine Billigung dieser „vagen Doktrin" (der Selbstbestimmung) der Sache einer Weltordnung viel Schaden zufügen; die Bezugnahme auf das Selbstbestimmunsrecht in einem Vertrag über individuelle Freiheiten sei höchst fragwürdig.

7) Gerhart Scheuer, Der deutsche Staat in rechtlicher Sicht, 1964.

8) A. a. O., S. 36. Selbst die reichlich verwaschene Schrift von Wenke, Selbstbestimmung als moralisch-politische Aufgabe, 1962, betont, daß Entscheidungen einer totalitären Einheitspartei nicht als Selbstbestimmung des Volkes ausgegeben werden dürfen.

Die in der Bundesrepublik vielfach bestehende Abneigung gegen das Plebiszit, das die spezifische Form der Ausübung des äußeren Selbstbestimmungsrechts darstellt, kann nicht damit begründet werden, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik nur die indirekte Demokratie zulasse; im übrigen könnten Bestimmungen des Grundgesetzes niemals einem Plebiszit über den Bestand des deutschen Staates bzw. mehrerer deutscher Staaten entgegenstehen.

9) 1939 veröffentlichte Carl Schmitt eine Sammlung seiner Aufsätze aus den Jahren 1923 bis 1939 unter dem Titel „Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar — Genf — Versailles". Es ist interessant, zu beobachten, wie er in einem 1939 erschienenen Aufsatz „Reichsbegriff und Völkerrecht" seine Skepsis gegenüber der von anderen nationalsozialistischen Schriftstellern propagierten Verdrängung des Staatsbegriffes durch den (rassisch verstandenen) Volksbegriff nicht verbirgt, weil er merkt, daß dies einem über „Großräume" herrschenden Machtstaat im Wege steht. Der Staat ist für ihn in erster Linie „Apparat" und „Disziplin", mit denen sich der Machthaber gegenüber denen durchsetzt, über die er die Staatsgewalt ausüben will. Darauf baut Carl Schmitt sogar einen diskriminierenden Staatsbegriff auf: Abessinien war für ihn kein Staat, weil seine Organisation dem militärischen Angriff Italiens nicht gewachsen war.

Jochen Willke

Ist Strauß die CSU — ist die CSU Bayern?

Porträt einer Partei, die links von der Mitte gegründet wurde

Der Verfasser — unabhängiger Journalist, heute parteilos — gehört zu den Gründungsmitgliedern der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Er war, ehrenamtlich, der erste Pressechef der CSU und zählte zu den engsten politischen Beratern von Dr. Joseph Müller, ferner war er Mitarbeiter im außenpolitischen Ausschuß der Partei und wesentlich beteiligt an der Redaktion der parteioffiziellen Schriften. Zur liberalen Richtung rechnend, zog er sich um die Wende 1948/49 aus der CSU zurück. D. Red.

Beginnen wir, um falsche Schlüsse zu verhindern, mit einer Feststellung: Öffentliche oder heimliche Auseinandersetzungen um die Person des Parteivorsitzenden, Intrigen zwischen einzelnen Gruppen, Flügelbildung, interne Zusammenkünfte, Richtungskämpfe mit Pressefehden und Schüssen aus dem Unterholz — das alles hat es in der CSU schon lange vor Franz Joseph Strauß gegeben, das ist nichts Neues. Als im Dezember 1946, nach einem grandiosen Wahlsieg, der damalige CSU-Chef Dr. Joseph Müller, der ewig umstrittene Ochsensepp, zum bayerischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen war, ließ ihn im Landtag die eigene Fraktion im Stich und hob an seiner Stelle Dr. Hans Ehard auf den Schild. Voller saftiger Schadenfreude schwenkte Joseph Baumgartner, Exponent der Bajuwaren und Bauern, seinen Stimmzettel mit dem NEIN und rief dem unglücklichen Kandidaten zu: „Sepp, jetzt kriegst du die Quittung dafür, daß du unseren Staatspräsidenten kaputt gemacht hast!"

Auch daß die Partei oft mit ihrem Vorsitzenden identifiziert wird und daß der Vorsitzende noch öfter sich selbst mit ihr indentifiziert, ist keine Erfindung von Strauß. Schon bald nach ihrer Gründung mußte sich Joseph Müller sagen lassen, er zwinge die CSU durch finstere Machenschaften unter seine private Gewalt. Ein umgewandelter Abzählvers aus unseren Kindertagen machte die Runde: Ich und du, Müllers Kuh, Müllers Esel ist die CSU. Freilich besteht ein Unterschied zwischen den Vorwürfen, die heute gegen Strauß erhoben werden, und denen, die einst gegen Müller vorgebracht wurden. Heute wird die CSU bekämpft, aber gemeint ist Strauß. Damals wurde Müller bekämpft, doch gemeint war die CSU. Und während es bei Strauß mehr oder weniger p e r s ö n l i c h e Gründe sind, derentwegen man ihn ablehnt, waren es bei Müller vorwiegend p o l i t i s c h e Gründe, die seinen Sturz einleiteten.

Immerhin, in dieser Beziehung ist die CSU des Jahres 1965 der CSU des Jahres 1946 verhältnismäßig ähnlich geblieben. Gewaltig geändert hat sich jedoch ihre politische Linie. Nicht nur, daß konservative und klerikale Anschauungen die liberalen Gründungstendenzen verdrängten. Sondern die Partei ist auch sonst weit nach rechts gewandert. Unter Franz Joseph Strauß entwickelte sie sich sogar zu einer a n t i l i b e r a l e n „Staatsbewegung", von nationalistischen Strömungen getrieben, teilweise bereits vergleichbar mit dem deutsch-nationalen Flügel der einstigen Bayerischen Volkspartei in der Weimarer Republik. Kennwort etwa: Ordnungszelle Bayern gegen Asphalt, Schmutz und Sittenverderbnis. Schon seit geraumer Zeit klingen in manchen Reden solche Töne an. Wird das die künftige Richtung der Christlich-Sozialen Union sein? Doch befassen wir uns zunächst mit den Vorstellungen, unter denen die Partei ins Leben gerufen wurde, als 1945 die Stunde null gekommen war.

Im KZ geboren: Christliche Internationale

Nachdem die Konzentrationslager sich geöffnet hatten, strömte die politische Prominenz Europas, soweit sie nicht liquidiert worden war, in ihre Heimatländer zurück. In der Gefangenschaft geboren, verbreitete sich in den befreiten westeuropäischen Staaten die Idee, christlich-demokratische Parteien zu gründen. So in Frankreich und in Italien, aber auch in Deutschland. In Bayern gab der ehemalige Zentrumspolitiker Adam Stegerwald den Anstoß dazu. Er saß als erster Regierungspräsident nach dem Krieg in Würzburg, berufen von der amerikanischen Armee. Der aus dem KZ Flossenbürg über Dachau heimgekehrte Rechtsanwalt Joseph Müller traf sich zufällig mit ihm in Rothenburg ob der Tauber, und so lag es nahe, daß der Plan einer christlichen Partei besprochen wurde. Müller bildete in München die erste Zelle der neuartigen „Union", doch weder gab es zunächst einen Namen für die Partei, noch gab es eine Organisation, Büros, Geld oder die notwendige Lizenz der Militärregierung.

Langsamer als Sozialdemokraten und Kommunisten, die an überlieferte Programme anknüpfen konnten, formierten sich in Bayern die einzelnen Zirkel der christlichen Gruppierung. Zu einer vollständigen und objektiven Darstellung gehört auch, daß gerade dieser mehr oder weniger „bürgerliche" Zusammenschluß von manchen amerikanischen Stellen mit äußerstem Mißtrauen betrachtet und teilweise sogar erschwert wurde. Es waren außergewöhnliche Zeiten.

Ehemalige Mitglieder von Zentrum und Bayerischer Volkspartei, meist katholischer Herkunft, dazu protestantische Kreise neben Versprengten der liberalen Bewegung, Gewerkschaftler, Bauern und Intellektuelle — es dauerte lange, bis sie unter einen Hut gebracht und genügend Unbelastete gefunden waren, damit bei den Militärgouverneuren der Antrag auf Zulassung der Partei gestellt werden konnte. Die Skala reichte von den christlichen Arbeiterorganisationen über Bauerbund, Bauerverein, Staatspartei und Klerus bis zu den Flüchtlingen aus dem Osten und jenen gemäßigten Deutschnationalen aus Franken, die im Dritten Reich abseits geblieben waren, sie reichte von christlich orientierten Sozialisten bis zu bayerischen Konservativen, von Antiföderalisten bis zu Partikularisten.

Aus nächtelangen heißen Diskussionen in der Müllerschen Anwaltskanzlei am Englischen Garten, wo die Gründungsmitglieder sich regelmäßig trafen, ging schließlich die Christlich-Soziale Union hervor: eine aus Improvisation und Kompromiß geschaffene Sammelpartei, die aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen bereit war, mit fortschrittlichen, wenn auch verschwommenen sozialen Vorstellungen, in jedem Fall eher links als rechts von der Mitte beheimatet.

Von Anfang an zwei starke Flügel

Als die CSU entstand, war Fritz Schäffer, der spätere Bundesfinanzminister, erster bayerischer Ministerpräsident nach der Kapitulation. Seine Stellung entsprach der eines Chefs der Verwaltung, berufen und abhängig von der Besatzungsmacht. Nach wenigen Monaten stürzte er, jede politische Betätigung wurde ihm verboten. Heute würden wir sagen: Er stand den Amerikanern verdächtig weit rechts, sie witterten restaurative Bestrebungen. Er mußte gehen, als er den ehemaligen Reichswehrminister Otto Gessler in der Staatskanzlei als Staatsrat beschäftigen wollte.

In der CSU wirkte Schäffer im Hintergrund weiter, er behielt Anhang und Einfluß, ohne ein Amt zu bekleiden, und er war vom ersten Tag an der unerbittliche Gegenspieler von Joseph Müller, Repräsentant der katholisch-konservativen Kräfte, nationalbetont, heimlicher Daueranwärter auf den Vorsitz.

Fast wäre es ihm gelungen, eine restaurierte „christ-katholische" Bayerische Volkspartei gegen die neumodische christliche Union auf die Beine zu bringen.

Die Namensliste der Parteigründer, wenn auch unvollständig zitiert, ist ein getreues Spiegelbild der widerstreitenden Elemente, die sich 1945/46 in der CSU zusammenfanden.

- Auf der Seite der Schäffer-Freunde: Der streitbare Alois Hundhammer, vor 1933 Bauernsekretär und militanter Hitlergegner, der mit schwarzem Bart aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt war. In seinem Kielwasser segelten später der junge Richard Jaeger und der noch jüngere Franz Heubl.
- Der Bauernflügel, lautstark und fortschrittlich, gestützt auf die große Masse ländlicher Wähler: Michael Horlacher, früherer Reichstagsabgeordneter, Joseph Baumgartner, Nachwuchspolitiker, Aloys Schlögl, aus den Bauernvereinen hervorgegangen. Man nannte sie die heilige Dreieinigkeit, weil sie stets gemeinsam auftraten, der listige Schlögl als „heiliger Geist". Von Schäffer wollten sie nichts wissen, von Hundhammer noch weniger.
- Dann: Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron, eingefleischter Republikaner, und Edgar Hanfstaengl, Vertreter süddeutscher Urbanität, die den liberalen Kurs offen, klar und fair repräsentierten. Sie machten selbst einen Mann wie Thomas Dehler schwankend, ob er nicht doch zur Union stoßen sollte. Sie waren überzeugte Demokraten.
- Schließlich die Jüngeren, die sich direkt um den Ochsensepp sammelten, alle zum erstenmal im politischen Geschäft: Gerhard Kroll, August Haußleiter, Eugen Rindt, F. J. Strauß, Helmut Hammerschmidt, Maria Probst, J. H. Mauerer, Ludwig Vogl, Ferdinand Neumann (aus Konnersreuth), Karl Haaser, Erwin Hamm — die meisten von ihnen kritisch, dem Neuen zugewandt. Andere Namen in der bunten Reihe: Hans Seidel, Johannes Semler, Karl Scharnagl und Walter von Miller, Krehle, Nerreter, Arnold, Ankermüller, Lacherbauer, Schafbeck, Vitalowitz, Schwingenstein und Steber — nicht immer eines Sinnes mit Müller, doch anfangs hinter ihm und seiner Richtung.
- Auch Geistliche fehlten nicht. Zum Beispiel Emil Muhler und Georg Meixner, der Prälat, der dann Fraktionschef wurde. Oder der protestantische Theologe D. Dr. Eichhorn. Das erste Mitteilungsblatt der Partei redigierte Walter Hagemann von der einstigen „Germania", damals Redakteur der amerikanischen „Neuen Zeitung", später Professor und am Ende westdeutscher Emigrant in der DDR, bis er 1964 starb.

Diagnose um die Jahreswende 1945/46: Auf dem Weg, die stärkste Partei Bayerns zu werden, trat die CSU, von den Auseinandersetzungen zwischen dem fortschrittlichen und konservativen Flügel beherrscht, in die Politik ein.

Christlich und trotzdem links?

Das Attribut „christlich" galt vielen Gründungsmitgliedern nicht als Hinwendung zum Klerikalen, auch nicht als Ausdruck besonderer Religiosität. Sie verstanden darunter in erster Linie den politischen Gegensatz zum antichristlichen Nationalsozialismus, die geistige Abkehr von jener Gewaltpolitik, die sich von christlichen Bindungen losgesagt hatte. Es gab damals Diskussionen, die in der heutigen CSU undenkbar wären. So wurde lange darüber gestritten, ob Pfarrer Landtagsmandate annehmen sollten, ob sie politische Ämter bekleiden dürften. Die Frage wurde hinterher in der Praxis zugunsten der politisierenden Geistlichen entschieden.

Wer in unseren Tagen Reden von Strauß oder Hermann Höcherl hört, wird sich kaum vorzustellen vermögen, daß die CSU von allen christlich-demokratischen Landesparteien trotz bayerischem Traditionalismus jahrelang am weitesten links stand. Und doch ist es so gewesen. Sie war scharf antinationalistisch und eindeutig antimilitaristisch — was ihre Führung, ihre Ideologie, ihre politischen Entschließungen und ihre Schriften anbelangt. Sie bekannte sich zu dem Satz

Pestalozzis: Der Mensch ist nicht für den Staat, sondern der Staat für den Menschen da.

Und sagen wir es nur: Die CSU war in ihrer Mehrheit für weitreichende soziale Reformen, für Vermögensumschichtung, für eine gerechte Verteilung der Restsubstanz und schon 1946 für das, was man heute moderner die „Demokratisierung der Wirtschaft" nennt. Zwar vertrat sie nicht antikapitalistische Tendenzen, sie wollte nie das Kapital abschaffen, vor allem war sie gegen staatliche Wirtschaftsplanung. Doch sie wollte das Kapital binden und abgrenzen. Beispielsweise der Begriff „Lastenausgleich" wurde in Joseph Müllers Umgebung geprägt und durchgesetzt, in einem Sinne übrigens, der ursprünglich weit über das hinausging, was dann tatsächlich daraus geworden ist.

Das war nicht Tarnung und nicht Bauernfang. Das entsprach durchaus einer ehrlichen Überzeugung. D a m a l s. Allerdings muß man hier ergänzen, daß „links" zu sein, unmittelbar nach dem Krieg in Deutschland große Mode war. Es bot sich an, in der ganzen westlichen Welt hatte es einen Linksrutsch gegeben. Man hauste in möblierten Zimmern, man diskutierte mit knurrendem Magen. Bomben und Niederlage, Enteignung, Flucht und politische Verdammnis schienen alles nach unten nivelliert zu haben. Prittwitz-Gaffron, einst Botschafter der Weimarer Republik in Washington, kam hager und elend stets mit einem Rucksack in die Sitzungen, in dem er Bücher und ein paar Scheiben trockenes Brot mit sich herumtrug. Man sehnte sich nach einer besseren und gerechteren Zukunft. In den Sozialausschüssen der CSU machte man daraus zwar vorsichtige, aber immerhin fortschrittliche Programmpunkte, die für manche der Älteren schwer zu verdauen waren.

So konnte man in der parteioffiziellen Broschüre UNSERE SOZIALE REVOLUTION 1947 folgende Formulierungen lesen:

> „Mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches ist unser soziales Gefüge auseinandergebrochen. Die alte Klasseneinteilung ist hinfällig geworden, nur noch zwei Klassen gibt es: diejenigen, die ihren Besitz in die Gegenwart herübergerettet, und jene, die alles verloren haben. Hier muß unsere soziale Aufgabe einsetzen, Ausgleich zu schaffen und neue Wege des Wiederaufbaues zu suchen. Verwaltungsmaßnahmen allein reichen dazu nicht aus. Nur eine Revolution kann den Wandel herbeiführen. Erkennen wir, daß wir n e u beginnen müssen!"

Die CSU, Deutschlands Einheit und die Russen

Es wurde eingangs behauptet, daß Flügelbildung und Richtungskämpfe schon immer zur CSU gehört haben. Dieser Behauptung wird selbst in der Partei niemand widersprechen. Man wird sogar zugeben müssen, daß sich solche Fehden auf alle Gebiete der Politik erstreckten. Oft wechselten die beteiligten Personen zwischen den Fronten hin und her, oft überwog Taktik die Strategie. Aber bis auf den heutigen Tag besteht die CSU aus Gruppen, die sich bekämpfen und die in der Wahl ihrer Mittel nicht immer wählerisch sind. Freilich haben sich die Grupierungen gegenüber den Anfangsjahren stark verändert.

Nehmen wir die Deutschlandfrage, für die vor der Errichtung der Bundesrepublik München ein wichtiger Kristallisationspunkt war. Über die Form und Organisation eines künftigen deutschen Staates spielten sich in allen Parteien damals harte Kämpfe ab, selbst in der bayerischen SPD, doch die stärksten Meinungsunterschiede gab es in der CSU.

Es hieß oft, Teile der Union seien 1945 für die Wiederherstellung eines bayerischen Königreiches eingetreten. Das stimmt nicht, darüber wurde nur am Rande und eher theoretisch diskutiert. Auch die berühmten Pläne einer Donauföderation fanden weder bei der Parteileitung noch bei der Masse der Mitglieder Ge-

genliebe: sie trugen Zwist in die Union, verhärteten ohnehin schon vorhandene persönliche Feindschaften, wurden aber als phantastische Spielerei abgelehnt. Der wirkliche Streit ging darum, ob man Deutschland als Staatenbund oder als Bundesstaat etablieren, ob Berlin wieder die Hauptstadt werden, ob Bayern Rechte an den Bund abtreten sollte. Man stritt monatelang erbittert um die Frage, ob die bayerische Souveränität einen Staatspräsidenten brauche: Partikularisten, Konservative und extreme Föderalisten waren dafür — die Fortschrittlichen um Müller waren dagegen. Fast ging die CSU in die Brüche, bei der Abstimmung im Landtag fiel die Fraktion auseinander, und nie verzieh man in den Kreisen um Schäffer und Baumgartner dem Ochsensepp das Veto gegen ein bayerisches Staatsoberhaupt. Drei Jahre später verweigerte die CSU im Landtag dem Grundgesetz der Bundesrepublik ihre Zustimmung, versprach aber gleichzeitig, es zu respektieren, wenn die Mehrheit der Länder es annimmt.

In der heutigen CSU gibt es über solche Dinge keine Auseinandersetzungen mehr. Die Partei steht treu zu Bonn und stellt sogar Minister, die das Grundgesetz zu vollziehen haben. Die Zahl der Föderalisten nahm ab, die Zahl der Zentralisten stieg an. In der Praxis jedenfalls ist die CSU von vielen ihrer föderativen Verpflichtungen abgewichen. Bajuwarische Kraftmeierei in Sonntagsreden ist nichts als Theaterdonner. Daran wird sich solange nichts ändern, wie die CSU an der Bundesregierung beteiligt ist.

Ein besonderes Kapitel war die Ostpolitik, die Müller als Parteivorsitzender vertrat. Sie war auf Entspannung abgestellt und gipfelte in der Erkenntnis, daß die Wiedervereinigung niemals gegen die Russen, sondern immer nur mit ihnen erreicht werden könne. Der absolut westlich orientierte Prittwitz-Gaffron, Leiter der außenpolitischen Arbeitsgruppe, unterstützte Müller und wurde nicht müde, eine deutsch-sowjetische Verständigung zu fordern. Als Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die Chefs der Ost-CDU, nach einem politischen Krach mit der sowjetischen Militäradministration im Dezember 1947 ihrer Posten enthoben wurden, bemühte sich der Ochsensepp unter Ausnutzung persönlicher Verbindungen, den Bruch zu kitten — was ihm Unpopularität und selbst bei engen Freunden Unverständnis eintrug. Man ließ ihn allein, er hatte keinen Erfolg.

Nach unseren seitherigen Erfahrungen wäre es zweifellos besser gewesen, wenn das Vorhaben geglückt wäre. Unter Müllers Nachfolgern Ehard, Seidel und Strauß wurde solche Ostpolitik nicht mehr gemacht. Der Kalte Krieg ergriff auch die CSU. (Erst der eigenwillige Fritz Schäffer wagte Jahre danach als Mitglied der Bundesregierung einen Alleingang nach Ostberlin, um die Chancen einer Wiedervereinigung zu erkunden.)

Ohne Liberalität: Partei der Honoratioren

Nur wenn man das Bild der CSU aus der Gründerzeit kennt, kann man ermessen, wie sehr die bayerische Regierungspartei sich gewandelt hat und wie weit sie sich von ihrem einstigen Programm entfernte. Politische Routine ersetzte die intellektuelle Vorausschau, taktisches Management verdrängte kritisches Nachdenken, mit dem Wohlstand kam die Bequemlichkeit. Mancher der alten Garde zog sich resigniert zurück.

Der Umformungsprozeß begann unter Ehard, der 1949 den Vorsitz übernahm. Aus Diskutierern wurde eine Vereinigung von Honoratioren. Als Seidel die Partei ab 1955 führte, rückte sie im Zeichen der Aufrüstung und Aufstellung der Bundeswehr allmählich nach rechts, das Wort „Staatsautorität" erhielt seinen alten Klang zurück, wer „links" von der CSU war, galt als verdächtig. Liberalität war nicht mehr so gefragt. Mit Strauß, der 1961 an die Spitze trat, ging die Partei

bewußt auf einen antiliberalen Kurs, der Rechtsdrall wurde noch verstärkt, ausgesprochen nationalistische Tendenzen kamen zum Vorschein, so daß die bayerisch-konservativen Kräfte zwangsläufig zur Parteileitung in Opposition gerieten. Hundhammer und Strauß haben kaum etwas Gemeinsames, auch wenn offiziell das Gegenteil behauptet wird.

Angesichts der Fülle ihrer farbigen Figuren ist die CSU schwer zu katalogisieren, zumal da oft noch das Persönliche die Politik überschattet. Diese Einschränkung vorausgeschickt, läßt sich h e u t e von drei Gruppen sprechen, in die die Partei aufgeteilt ist:

1. Franz Joseph Strauß und seine Anhänger. An Diskussionen liegt dieser Gruppe nichts. Sie bevorzugt „deutschnationale" Parolen, die „die Herzen höher schlagen lassen" und wahltaktische Erfolge verheißen. Betont antikommunistisch. Entspannung und Koexistenz werden als „Aufweichung der Demokratie" verdächtigt. Vorbild unter Vorbehalten: Charles de Gaulle. Ziel der Gruppe: Strauß in Bonn wieder an die Macht zu bringen. Weite Teile des Parteiapparates werden von ihr kontrolliert.

2. Die traditionellen bayerischen Konservativen. Rechts orientiert, doch keinesfalls nationalistisch. Katholisch-klerikal gebunden. Bonn gegenüber föderalistisch. Zu dieser Gruppe gehören Hundhammer und — nach vorn drängend — der junge Kultusminister und Fraktionschef Ludwig Huber. Im Petrakreis (so genannt nach den Zusammenkünften im Hotel „Petra" in München) tauschen die Konservativen ihre Gedanken aus. Auch politische und über die Partei hinausreichende personelle Entscheidungen wurden dort ausgehandelt.

3. Die Protestanten, so weit sie konfessionelle Interessen vertreten. Ihr Mann im Vorstand: Bundesschatzminister Werner Dollinger. Zu dieser Gruppe kann man wohl auch die übriggebliebenen Liberalen rechnen. Ihr Einfluß in der Partei ist gering. Nach außen ist die Gruppe wichtig, um den U n i o n s gedanken sichtbar zu demonstrieren.

Wie also geht es in der CSU weiter? Welche Macht hat Strauß? Bis wohin wird die Partei ihm folgen?

Das sind die Fragen, die in der letzten Landesversammlung nicht beantwortet wurden. Sie sind in der augenblicklichen Situation von niemandem zu beantworten. Nur so viel hat sich gezeigt, daß Strauß n i c h t die CSU ist, obwohl er immer noch über eine geschlossene Anhängerschaft verfügt. Die Unzufriedenheit mit ihm und seinem politischen Egoismus nimmt zu. Wäre Ministerpräsident Alfons Goppel eine stärkere politische Potenz und wäre der konservative Flügel so angrifsslustig und so entschlossen wie zu Zeiten des Ochsensepp — dann gäbe es genau so plötzlich wie damals einen Wechsel im Parteivorsitz. Daß Strauß sich hält, hängt nicht zuletzt von der fehlenden Alternative ab. Bisher fand sich kein geeigneter Gegenkandidat, auf den die Unzufriedenen sich hätten einigen können und der Aussicht haben würde, gewählt zu werden: etwa der evangelische Siegfried Balke, einst Atomminister, jetzt Chef der mächtigen Arbeitgebervereinigung. Hätte er Chancen? Bis zu den Bundestagswahlen sind solche Fragen ohnehin vertagt, auch bei den Gegnern des Parteichefs. Ob pro oder contra Strauß — man will die Wahlen gewinnen.

Wolfgang Baranowsky

Die Konfessionspolitik der Opposition

Wenn es einer augenfälligen Begründung bedarf, warum in der DDR keine Demokratie obwalte, hat jeder bundesrepublikanische Politiker den Hinweis auf die Einheitslisten bei den Einheitswahlen zur Hand. Merkwürdig nur, daß das für „drüben" verabscheute System des Parteigullasch der Nationalen Front für die Bundesrepublik nicht selten als erstrebenswert hingestellt wird. Die westdeutsche Parteienfinanzierung, die Wahlgesetze mit ihren Prozentklauseln haben den demokratischen Wettbewerb weitgehend abgeschafft und die kleinen Parteien („Splittergruppen"!) erfolgreich ausmanövriert. Die drei Großen — CDU, SPD, FDP — geben den Ton an.

Die Reduzierung der öffentlichen Meinung auf drei hauptsächliche Standpunkte könnte unser politisches Leben theoretisch übersichtlicher machen, die politische Urteilsbildung vereinfachen. Aber nun ist's wieder zu einfach geworden, denn es bedürfte nobelpreiswürdiger Forschung, um zu klären, in welchen großen Linien sich die drei Hauptparteien denn eigentlich unterscheiden.

„In den Lebensfragen des deutschen Volkes", wird mit Feiermiene doziert, „kann man nur eine Meinung vertreten." Und unter solchen Parolen schreitet die „Konsolidierung" der politischen Kräfte munter fort: CDU und SPD frohlocken einträchtig, wenn die kleinste der drei Großen, die FDP, irgendwo Stimmen verliert: „Zwei-Parteien-System in Sicht?" Hätten wir das Zwei-Parteien-System, dann bekämen wir auch bald das Ein-Parteien-System, de facto nämlich: als große Koalition, deren wärmster Fürsprecher Bundespräsident Lübke ist.

Man wische die Sorge, wo bei diesem Trend die Demokratie bleiben wird, nicht mit dem Hinweis auf die Vereinigten Staaten weg, deren zwei Parteien wie ein und derselbe Sprudel in verschieden etikettierten Flaschen wirken. Auch in England ringen hauptsächlich zwei Parteien um die Macht; beider gegensätzliche Standpunkte sind aber noch ziemlich ausgeprägt. Der wesentliche Unterschied im Vergleich zur Bundesrepublik ist jedoch, daß sich die Parteien in Großbritannien wie in den USA in der Machtausübung tatsächlich abwecheln. In den angloamerikanischen Demokratien gibt es scharfe innenpolitische Auseinandersetzungen und divergierende außenpolitische Konzeptionen — auch und gerade in „Lebensfragen".

Bei uns aber hat die Opposition den Versuch aufgegeben, die Regierungspartei von ihrem Platz zu verdrängen. Sie möchte sie bloß ein bißchen beiseiteschieben, um sich dazusetzen zu können. Sie macht Besuche beim Papst, läßt ihre Funktionäre in Kirchen predigen, gibt Loyalitätserklärungen für Regierungschef und Außenminister ab, um eine noch reaktionärere Gruppe innerhalb der Regierungspartei hintanzuhalten, unterstützt den konservativen Bundespräsidenten und begegnet dem „Volkskanzler" Erhard als „Volkspartei" SPD, die sich nicht mehr einer sozialen Schicht, sondern eben dem ganzen deutschen Volk samt seinen Millionären und Militaristen verpflichtet fühlt. Das Wort „Partei" selbst wird auf diese Weise zum Anachronismus.

Wenn irgendwo die CDU gerade verhindert ist, genügend für die Katholisierung des Bildungswesens zu tun — schon springt die SPD wacker in die Bresche. Wie jüngst in Niedersachsen, wo der sozialdemokratische Ministerpräsident Dr. Diederichs mit dem päpstlichen Nuntius Bafile ein Konkordat zwischen dem Vatikan und der Landesregierung abschloß, von dem der Landesbischof D. Dr. Lilje schrieb, daß evangelische Kreise nunmehr „ein planmäßiges Vorrücken des

katholischen Einflusses in diesem überwiegend protestantischen Lande befürchten und um die Freiheit des Geistes besorgt sind". Die Reformierte Kirche Niedersachsens erklärte sogar, sie könne „aus pädagogischen Gründen zur ‚Apartheid' in der Schule nicht ihre Zustimmung geben". Die SPD-Oberen Brandt, Erler und Wehner aber telegrafierten nach Hannover, daß sie „mit Genugtuung" von dem Konkordatsbeschluß Kenntnis genommen hätten, der ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Befriedigung des deutschen Volkes sei!

Auf der Bundesebene ist das eigentlich Gespenstische nicht die Regierungspartei, die eben — so gut sie kann und so viel man sie läßt — regiert, sondern die Opposition, die nicht mehr opponiert, sondern durch kriecherisches Wohlverhalten und eine gegen jeden Tort unempfindliche Umarmung der christlichen Restaurateure trachtet, sich als Mitregentin zu empfehlen, um nur endlich ran, rannn, rannnnn zu kommen! Unter diesem Aspekt verdient die Hamburger Kulturpolitische Konferenz der SPD vom 29./30. August 1963 eine nachträgliche Würdigung. Sie liegt — noch bevorwortet von dem verstorbenen Vorsitzenden Erich Ollenhauer — in einer umfassenden Dokumentation vor: „Aufstieg durch Bildung" J. H. W. Dietz Nachf., Hannover.

Es hat keinen Zweck, sämtliche hier zusammengefaßten Referate zu referieren — erstens, weil sie Interessenten längst bekannt sind; zweitens, weil die Anregungen und Vorschläge, einschließlich der „Bildungspolitischen Leitsätze der SPD", die im Entwurf beigefügt sind, sich im großen und ganzen gut und schön ausnehmen. Ich will mich daher auf ein paar Punkte beschränken, die mir im Hinblick auf die Gesamttendenz der SPD bemerkenswert erscheinen.

Aufsehen erregte schon s. Z. der Vortrag des SPD-Parteivorstandsmitgliedes Dr. Dr. Gustav Heinemann MdB zum Thema „Gewissensfreiheit — Staat — Erziehung". Der Kernsatz lautet: „Wenn aber Eltern die Konfessionsschule als Gewissensforderung vertreten, dann, glaube ich, muß eine demokratische Partei, die von unseren Grundsätzen ausgeht, die Möglichkeiten dazu schaffen ..." Das „aber" am Beginn des Satzes weist darauf hin, daß weder Heinemann noch die SPD plötzlich die Konfessionsschule fordern — im Gegenteil; Heinemann hob im Schlußwort zur Diskussion noch einmal besonders hervor, daß er „auf dem Boden der Gemeinschaftsschule stehe", ja er bekannte sich sogar klar zur Trennung von Kirche und Staat im Erziehungswesen:

> „Ich habe eh und je in kirchlichen Gremien, in kirchlichen Zeitschriften, auf Kirchentagen und dergleichen gesagt, daß ich die christliche Unterweisung durch staatliche Lehrer für eine höchst ungute Sache halte. Das mögen die Religionsgemeinschaften selber tun, und wir haben gehört, daß das in Berlin offenbar gut möglich ist."

Dieses Grundsatzbekenntnis hat aber wohl nur noch deklamatorische Bedeutung, wenn die SPD Konfessionsschulen nicht nur zu dulden verspricht, sondern sich sogar anheischig macht, auf ein entsprechendes Verlangen hin „die Möglichkeiten dazu zu schaffen". Heinemann geht vom Gewissenszwang der Eltern aus, der sich aus deren kirchlicher Bindung ergeben könne: dem müsse die SPD um der Demokratie willen Rechnung tragen.

Das hört sich sehr nobel an. Aber ist es wirklich Aufgabe einer demokratischen Partei, jedem Wunsche aus der Bevölkerung zu willfahren? Heißt nicht „Partei" ursprünglich, sich zum Fürsprecher und Sachwalter einer Klasse oder Interessengruppe zu machen, also nicht bloß wie ein Schwamm alle Zeitströmungen aufzusaugen oder wie ein Spiegel zu reflektieren, sondern ein Programm zu vertreten?

Selbstverständlich wäre eine SPD-Regierung, die das Szepter übernimmt — sei es auf Bundes- oder Länderebene — an die Gesetze gebunden. Nur gesetzge-

bende Körperschaften können in einem Rechtsstaat Gesetze ändern. Wo eine frischgebackene SPD-Regierung die gesetzliche Verfügung oder Zulassung von Konfessionsschulen vorfände, müßte sie diese also ohnehin respektieren, solange nicht die Parlamentsmehrheit zu einer Gesetzesänderung bewogen werden konnte.

Die Politiker einer Partei von der demokratischen Tradition der SPD haben indessen kaum nötig, ihre Gesetzestreue zu versichern. Vielmehr interessiert den Wähler, welcher Partei er seine Stimme geben soll, wenn er die Konfessionsschule ablehnt. Toleranz allein ersetzt kein Parteiprogramm; besser: Konzeptions- und Gesichtslosigkeit haben überhaupt nichts mit Toleranz zu tun. Wir zum Beispiel haben aus Gründen der Toleranz guten Anlaß, uns gegen die Ausbreitung der Konfessionsschule zu sträuben. Dr. Heinemann selber nannte den Grund, als er in seiner Rede ausführte:

> „Die katholische Kirche steht auf dem Standpunkt, daß katholische Erziehung der Kinder — wie es die Fuldaer Bischofskonferenz 1956 formulierte — ‚nicht nur im Religionsunterricht der Schule, sondern auch in den übrigen Lehrfächern zur Geltung kommen muß'."

Wir sind eben just dagegen, daß selbst naturwissenschaftliche Erkenntnisse erst einer kirchlichen Lizenz bedürfen sollen, ehe sie in der Schule gelehrt werden.

Auch der Sozialdemokrat Heinemann will das nicht. Der Kirchenpräses Heinemann — wenn auch von der gemäßigten Richtung — findet die konfessionelle Mißgestaltung des Elementarunterrichts für die Jugend aber nicht so schlimm wie eine mögliche Gewissenszwangslage kirchenhöriger Eltern. In dem SPD-Entwurf der „Bildungspolitischen Leitsätze" heißt es:

> „Aus staatspolitischen und pädagogischen Gründen ist die Gemeinschaftsschule vorzuziehen, weil sie durch die Gemeinschaft für die Gemeinschaft erzieht. Wenn Eltern demgegenüber einer Erziehung den Vorrang geben, die durch ihren Glauben oder ihre Weltanschauung ganzheitlich bestimmt ist, so soll ihren Kindern der Besuch einer Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule ermöglicht werden."

Man fragt sich: Wie würde die SPD reagieren, wenn Eltern aus konfessionellen Gründen die Schule überhaupt ablehnten? Es wäre doch gut möglich, daß eine Sekte nach Art der Zeugen Jehovas aufträte und verkündete: Wissenschaft ist Aberglaube; Hauptsache, unsere Kinder sind gottesfürchtig; das Rechnen dient nur dem Betruge, und Lesen ist auch überflüssig, denn in der Kirche predigt ja der Pfarrer. Würde die SPD auch dann keine Bedenken bekommen, diesem Gewissenszwang der Eltern um der Demokratie willen zu folgen? Würde die SPD in Kauf nehmen, daß auf diese Weise frommes Analphabetentum entstünde, das unfähig wäre, je eine demokratische Entscheidung zu treffen?

Jeder soll auf seine Fasson selig werden, aber nicht auf die Fasson seiner Kinder. Freie Geister müssen von der SPD als Oppositionspartei verlangen, dagegen aufzutreten, daß Katholizismus „nicht nur im Religionsunterricht der Schule, sondern auch in den übrigen Lehrfächern zur Geltung kommen muß". Im übrigen ist „Jeder soll auf seine Fasson selig werden" ein schlechtes Parteiprogramm, zumal in Konkurrenz zu einem so sich selbst seligpreisenden Konzept wie dem der CDU. Da die Seligkeit ja selten als eigene Fasson, sondern meist als Mission aufgefaßt wird, ist es gefährlich, heute Wissenschaftsverächter, Konfessionsseparatisten und morgen vielleicht Nazis und Chauvinisten auf ihre Fasson, die sie schließlich uns oktroyieren möchten, selig werden zu lassen.

Und endlich besteht doch nicht die ganze Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus dem Chef-Antiideologen Wehner, der sich wie eine Wetterfahne nach

jedem Lüftchen dreht, das seiner Partei Regierungsgewalt verheißt. Eine so mitgliederstarke Partei, die auch Leute von sozialistischer Überzeugung und nicht nur Karriere-Opportunisten aufzuweisen hat, müßte doch in der Lage sein, die auf der Welt angepriesenen Seligkeiten zu werten und uns die vorzuzeigen, die sie selber anstrebt.

Überall bekennen sich die Bildungspolitischen Leitsätze zum Wahren-Schönen-Guten, das im Grunde nur eine Geldfrage ist (und daß die Steuer-Milliarden in eine sinnlose Rüstung fließen, hat ja die SPD immer nur anfänglich gestört; wenn ihre politischen Gegner Fakten herstellten, hat die SPD sich stets beeilt, die geschaffenen Tatsachen zur Norm zu erheben). So wird z. B. verlangt:

> „Für die Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, müssen genügend Kindergärten zur Verfügung stehen, damit sie — insbesondere bei Berufstätigkeit der Mütter — im Kreise gleichaltriger Kinder erzogen werden und sich in eine Gemeinschaft einleben können. Schulkindergärten sollen den Übergang zu den Anforderungen der Schule erleichtern."

Aber gewiß! Doch ist das ein Rammbock wider eine offene Tür: CDU und FDP werden wohl nicht viel dagegen haben. Trotzdem ist es kein Übel, Vernünftiges, Notwendiges, eigentlich Selbstverständliches öffentlich zu verlangen. Progressiver wäre allerdings die Forderung gewesen, den konfessionellen Kindergärten ausreichend bekenntnisfreie an die Seite zu stellen. An meinem Wohnort habe ich die Wahl, ob ich meine Kinder katholisch oder evangelisch beten lassen will. Aber Beten muß sein — anders ist ein Kindergartenplatz nicht zu haben (und in meinem Wohnbezirk regiert die SPD so lange und so unangefochten wie die CDU in Bonn).

Die SPD hat überhaupt nur die eine Angst, Wähler an die CDU zu verlieren, kommt in ihrer ideologischen Impotenz aber überhaupt nicht mehr auf die Idee, der CDU durch entschiedene Forderungen ihrerseits Stimmen abzujagen. Typisch für diese Geisteshaltung, die so deprimierend ist, daß sie sich der Parteivorstand nicht einmal vor den eigenen Mitgliedern eingesteht, ist der in den Diskussionen monoton wiederkehrende Hinweis, daß taktische Erwägungen beileibe keine Rolle für den Gesinnungswandel der Partei spielten. Heinemann beteuerte sogar, ein Gesinnungswandel liege überhaupt nicht vor, sondern die Zulassung der Konfessionsschule ergebe sich, wenn man's recht bedenke, schon aus den Grundsätzen des Godesberger Programms von 1959.

Ja, ja, es erbt sich die Leisetreterei verflossener Konzeptionen wie eine ewige Krankheit fort.

Senator Wayne Morse, Portland/Oregon, USA

Amerikas Krieg in Vietnam

Senator Wayne Morse, Oregon, Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senates (Demokrat), ist in den letzten Monaten wiederholt als ebenso sachkundiger wie scharfer Kritiker der amerikanischen Vietnam-Politik hervorgetreten. Wir veröffentlichen im folgenden in deutscher Übersetzung den Text einer von ihm am 24. März 1965 in Portland/Oregon gehaltenen Rede, den er der Redaktion der „Blätter" zum Abdruck zur Verfügung gestellt hat. D. Red.

Zehn Jahre lang führen die Vereinigten Staaten nun einen aussichtslosen Krieg in Südvietnam. Vor zehn Jahren ließen wir uns darauf ein, in diesem uralten

Land ein Bruchstück jener prowestlichen Kräfte zu unterstützen, die von Frankreich nach einem achtjährigen Krieg aufgegeben worden waren.

Der Zustrom amerikanischen Geldes, Lebensmittel und militärischer Ausrüstungen hielt jene Regierung neun Jahre hindurch am Leben. Dann aber verschwand sie von der politischen Bühne, und seitdem löst eine Militärjunta die andere ab.

Da sich das von den Aufständischen beherrschte Gebiet unaufhörlich ausdehnte und ein immer größerer Teil der Bevölkerung unter ihre Kontrolle geriet, unternahmen die Vereinigten Staaten schließlich einen Schritt, der in unserer Geschichte kaum seinesgleichen hat. Unter Einsatz amerikanischer Soldaten und Waffen trugen wir den Krieg ins benachbarte Laos und nach Nordvietnam.

Ich bin gegen diese Aktionen aus zwei Gründen aufgetreten: Erstens, weil sie allen Grundsätzen des Völkerrechts, die wir seit Ende des Zweiten Weltkrieges ansonsten jedermann aufdrängen, Hohn sprechen. Und zweitens, weil eine amerikanische Verstrickung in kriegerische Auseinandersetzungen auf dem asiatischen Festland nur mit einer Katastrophe für die Vereinigten Staaten enden kann.

Außerachtlassung der UN-Charta

Zum ersten dieser Punkte: Die Ausweitung des Krieges auf Laos und Nordvietnam ist eine offene Verletzung der von uns unterzeichneten Charta der Vereinten Nationen. Wenn unsere Unterschrift etwas bedeuten soll, so sind wir dazu angehalten, den Artikel 2, Abschnitt 4, zu beachten, der lautet:

> „Alle Mitglieder sollen sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines jeden Staates oder in irgendeiner anderen dem Zweck der Vereinten Nationen widersprechenden Weise enthalten."

Weitere Punkte der Charta beziehen sich auf die Pflichten der Nationen, sobald sie in einen Streitfall verwickelt sind. Der Artikel 33 besagt:

> „Abschnitt 1. Die Parteien eines Streitfalles, der in der weiteren Folge die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit gefährden könnte, sollen zu allererst eine Lösung durch Verhandlungen, Untersuchungen, Vermittlung, Versöhnung, Schiedsgerichte, gerichtliche Regelung, regionale Institutionen und Vereinbarungen oder andere friedliche Mittel ihrer eigenen Wahl suchen."

Zu beachten ist, daß es hier ‚sollen' heißt. Es handelt sich also nicht um eine freie Möglichkeit, sondern um eine Anweisung. Bislang wurde sie von den Vereinigten Staaten ignoriert.

Allgemein wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung davon gesprochen, daß die UNO bloße Zeitverschwendung ist und daß die Kommunisten nur die Gewaltanwendung kapieren. Jedoch, so sagt man weiter, kann es ja sein, daß wir irgendwann später einmal bei den Vereinten Nationen vorstellig werden, wenn es unseren Interessen entspricht. Dieses angeblich weltkluge Argument zieht mehrere Punkte nicht in Betracht.

Erstens kann es sein, daß es nicht von uns abhängt, ob und wann der Streitfall vor die UNO kommt. Artikel 35 sieht vor, daß „jedes Mitglied der Vereinten Nationen jeden Streitfall oder jede Lage, auf die sich der Artikel 34 (Bedrohung des internationalen Friedens) bezieht, zur Kenntnis des Sicherheitsrates oder der Vollversammlung bringen kann." Das heißt: wenn wir warten, bis ein anderes Land sich auf den Artikel 35 beruft, können wir mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß dies unter für uns nicht sehr günstigen Bedingungen geschehen wird.

Zweitens, die Auffassung der Regierungssprecher, daß irgendwann, irgendwie, unter gewissen veränderten Umständen, wir eine UNO-Aktion verlangen wer-

den, ist das Eingeständnis, daß diese Sache tatsächlich in die UN-Jurisdiktion fällt. Ihre Rede ist, daß ein Verhalten gemäß der UN-Charta heute den amerikanischen Interessen abträglich wäre: Die Zeit des Verhandelns sei dann gekommen, wenn wir die Herren des Schlachtfeldes sein werden.

Praktisch heißt das aber, daß jede Vertragsverpflichtung, die unseren nationalen Interessen nicht dient, nichts ist als ein Fetzen Papier. Diese Beamten sind der Ansicht, daß wir eines Tages die Charta aus dem Papierkorb auferstehen lassen können, aber erst dann, wenn wir annehmen, daß sie unseren Interessen entspricht.

Wenn das unsere Politik werden soll, dann sind wir dabei, die Vereinten Nationen und alle Fortschritte des Rechts in der Weltpolitik, die sie verkörpern, mitzuzerstören. Das wird unsere moralische Position untergraben und unser Recht, andere für Friedensbrüche zur Verantwortung zu ziehen, ernstlich gefährden. Im Zusammenhang mit der Aggression Sukarnos gegen Malaysia ist das bereits der Fall.

Drittens, die Parole „Zuerst kämpfen, danach verhandeln" gründet auf der völlig illusorischen Annahme, daß Rotchina und Nordvietnam tun werden, was wir selbst ablehnen: Verhandeln im Zeitpunkt des Verlierens. Dürfen wir tatsächlich von China erwarten, daß es — wenn es sich in der gleichen Lage wie in Korea befindet — verhandeln wird, anstatt seine Menschenmassen in den Kampf zu werfen? Ich kenne keinen Grund, der entweder dieses Wunschdenken oder jene andere Verblendung rechtfertigen würde, die meint, wenn wir nur genügend töten und Bomben werfen, werden Nordvietnam und Rotchina nachgeben.

Außerachtlassung der Genfer Konvention über den Gaskrieg

Unsere regelmäßigen, umfassenden Luftangriffe gegen Nordvietnam, denen keine Kriegserklärung vorangegangen ist und die gegen ein Land geführt werden, mit dem wir uns im Frieden befinden, erinnern unangenehm an das Verhalten Japans, Deutschlands und Italiens während der dunklen dreißiger Jahre, als Spanien, Äthiopien, die Mandschurei, Polen und schließlich die Vereinigten Staaten ohne Kriegserklärung angegriffen wurden.

Es ist bemerkenswert, zu sehen, wie leicht es fällt, immer mehr und mehr Vereinbarungen mit der gleichen Entschuldigung militärischer Notwendigkeiten zu verletzen, sobald wir einmal den Grundsätzen des Völkerrechts den Rücken gekehrt haben. Heute liefern wir ein Erbrechen verursachendes Gas, das die Südvietnamesen auf die Vietkong-Partisanen abwerfen. Wir sagen, daß es ja keine Amerikaner sind, die es tatsächlich einsetzen. Aber die Bestätigung seiner Verwendung kommt nicht aus Saigon, sondern vom Pentagon, womit klar ist, wer wirklich diesen Krieg führt.

Die Genfer Konvention von 1925, die die Verwendung von Gas im Kriege verbietet, beginnt mit diesen Worten:

> „In Anbetracht, daß die Verwendung erstickender, giftiger oder anderer Gase und aller entsprechenden Flüssigkeiten, Materialien oder Techniken im Kriege mit Recht von der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt verurteilt wurde; und in Anbetracht dessen, daß eine solche Verwendung in Verträgen, denen die Mehrheit der Staaten der Welt beigetreten ist, verboten wurde; und zum Zwecke der Einführung dieses Verbots als allgemein akzeptierten Teil des Völkerrechts, das gleichermaßen Gewissen wie Praxis der Nationen binden soll, kommen die hohen Vertragschließenden, soweit sie nicht bereits Partner solcher Verträge sind, überein, diesem Verbot zuzustimmen und es auf die Verwendung bakteriologischer Methoden der Kriegführung auszudehnen. Sie erkennen die Bestimmungen dieser Erklärung als für sich verbindlich an."

Die Vereinigten Staaten haben diese Konvention niemals ratifiziert. Aber alle die Jahre hindurch, besonders während der dreißiger und vierziger Jahre, hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten danach verhalten und andere, die mit einem solchen Einsatz gedroht hatten, verurteilt.

Zu beachten ist, daß die Konvention nicht auf tödliche Gase beschränkt ist. Sie nennt erstickende, giftige o d e r a n d e r e Gase, die mit Recht von der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt verurteilt wurden. Wir sagen heute, daß lähmende Gase nicht töten und die Menschen sich davon wieder erholen können. Aber letzteres kann nur dann geschehen, wenn sie nicht getötet wurden, solange sie unfähig waren, Widerstand zu leisten. Die Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges wissen, daß die Wirkungen nichttödlicher Gase genügten, um die Verteidigungskraft der Soldaten zu lähmen, und in der Tat war dies auch der Zweck ihrer Verwendung. Es war dies einer der Gründe, warum die Genfer Konvention entworfen wurde und warum sie sich auf giftige o d e r a n d e r e Gase bezog.

V e r s t r i c k u n g d e r U S A a u f d e m a s i a t i s c h e n F e s t l a n d

Jawohl, alle diese Dinge werden als militärische Maßnahmen zur Bekämpfung der Kommunisten gerechtfertigt. Und die taktischen Maßnahmen werden damit begründet, daß man sie benötigt, um Südostasien zu halten und es nicht in kommunistische Hände fallen zu lassen. Es ist interessant, zu sehen, wie so viele Beamte des Verteidigungs- und Außenministeriums davon sprechen, Südvietnam „zu halten", so als ob es sich um eine amerikanische Besitzung handele, über die wir nach Belieben verfügen können.

Aber damit wird genau der heutige Zustand ausgedrückt. Der Genfer Vertrag von 1954, unter dem sich Frankreich aus ganz Indochina zurückzog, bestimmte, daß durch Wahlen sowohl in Nord- als in Südvietnam das Land wieder vereinigt werden sollte. Es waren aber Südvietnam und die Vereinigten Staaten, die sich weigerten, diese Wahlen durchzuführen, weil sie wußten, daß die Popularität des kommunistischen Vietführers, Ho Chi Minh, ausreichte, um ihm den Sieg zu sichern. Ho Chi Minh war seit vielen Jahren die führende politische Persönlichkeit Vietnams, und während des Zweiten Weltkrieges waren wir recht froh, mit ihm zusammenzuarbeiten, um die Japaner aus Vietnam hinauswerfen zu können. Als es darum ging, die Franzosen zu verdrängen und später die Amerikaner, wurde er unser Feind.

Aber gleich, ob nun Ho Chi Minh ein glühender Patriot ist oder ein ergebener Kommunist, wir machen ihn zum Sammlungspunkt beider Gruppen. Und was noch schlimmer ist, unsere Anstrengungen in Vietnam werden von keinem unabhängigen asiatischen Land aktiv unterstützt. Die einzige Ausnahme ist Südkorea, das ebenso wie Südvietnam finanziell und militärisch fast ganz von den Vereinigten Staaten abhängig ist.

Obwohl ein thailändischer Sprecher vor kurzem vorgeschlagen hat, daß die Streitkräfte anderer fernöstlicher Nationen sich dem Kampf der Vereinigten Staaten anschließen sollten, hat auch Thailand keinen Soldaten beigesteuert. Es gibt in Vietnam auch keine britischen, neuseeländischen, französischen, philippinischen oder pakistanischen Truppen, wenngleich alle Mitglieder der SEATO und damit gleichermaßen verantwortlich für die Aufrechterhaltung des Friedens in diesem Gebiet sind.

Von allen SEATO-Partnern hat nur Australien eine symbolische Streitkraft geschickt. Das sind bis heute vielleicht 60 bis 70 Mann, dazu das Versprechen einiger Transportflugzeuge für die Zukunft. Soviel also halten unsere SEATO-Alliierten vom Kämpfen in Vietnam!

Der britische Ministerpräsident Wilson hat eine Bitte Präsident Johnsons abgelehnt, Truppen nach Vietnam zu entsenden. Seine Verteidigung der amerikanischen Bombenabwürfe im Norden läßt vermuten, daß sie der Preis für das amerikanische Schweigen zum britischen Handel mit Nordvietnam war, der fast die Hälfte des Westhandels dieses Landes ausmacht. Der gegenwärtige Aufschrei in Großbritannien über unsere Verwendung von Gas kann aber sogar zu einem Aufgeben selbst dieser lauwarmen britischen Unterstützung unserer Politik führen.

Indien ist wahrscheinlich das große Land in Asien, das sich von China am meisten bedroht fühlt. Trotzdem hat sein Ministerpräsident erneut gefordert, daß die Vereinigten Staaten eine Verhandlungslösung und nicht eine militärische suchen sollen.

Eine andere große Nation in Asien ist Japan. Ihr Ministerpräsident Sato beendete in diesem Winter seine Gespräche mit Präsident Johnson, ohne irgendeine Partei in Südostasien zu unterstützen oder zu verdammen. Seine Regierung hat die Vereinigten Staaten im Prinzip immer unterstützt. Diese Woche aber müssen wir feststellen, daß Sato einen führenden Diplomaten nach Vietnam, Laos und Kambodscha schickt, um zu einer eigenen Bewertung der Lage zu kommen. Dazu berichtet die New York Times am 20. März:

> „Die Regierung, die in den Debatten über den Ost-West-Konflikt sich ständig auf die amerikanische Seite gestellt hat, war nahezu der einzige japanische Verteidiger des Kurses, den Präsident Johnson im Vietnam-Konflikt eingeschlagen hat.
>
> Die offiziellen amerikanischen Erklärungen haben die japanischen Zeitungen und die japanische Öffentlichkeit nur mit starken Vorbehalten aufgenommen. Die vom Staate Department gegen Nordvietnam gerichteten Aggressionsbeschuldigungen sind hier auf weniger Sympathie gestoßen, als das Außenministerium gehofft hatte.
>
> Einige Japaner bemerkten dazu, daß das ganze Ziel des Guerillakrieges in Vietnam seit 1954 nur die Wiedervereinigung der nördlichen und der südlichen Landeshälfte sei. Bei dieser Lagebeurteilung sind, so sagen sie, die Amerikaner die einzigen dort anwesenden ausländischen Streitkräfte.
>
> ‚Die Vietkong sind schließlich alles Vietnamesen' — meinte eine sehr verbreitete Zeitung in dieser Woche. ‚Die Klage der USA gegen die nordvietnamesische Aggression verliert auf Grund der mächtigen amerikanischen Intervention im Süden auf Verlangen der Saigon-Regierung, die es fast nur dem Namen nach ist, sehr an Überzeugungskraft.' Das amerikanische Beharren auf Zugeständnissen seitens der kommunistischen Regierung in Hanoi hat wenig japanische Unterstützung gefunden, wenn man es nach dieser Zeitungsmeldung beurteilt . . .
>
> Gegenwärtig scheinen die Japaner sehr dafür zu sein, daß der Streit in Vietnam möglichst bald durch Verhandlungen gelöst wird und daß man eine Ausweitung der Kämpfe vermeidet."

So begnügt sich also der Ministerpräsident nicht mehr mit der amerikanischen Darstellung der Lage, sondern schickt seinen eigenen Mann los, um zu einer eigenen Bewertung zu kommen.

Und das sind aber die Nationen und Hunderte von Millionen Menschen in Asien, von denen wir sagen, daß wir sie vor dem Kommunismus retten. Warum stellen sie sich nicht an unsere Seite? Warum kämpfen sie nicht mit uns zusammen?

Sie tun das nicht und werden es auch in Zukunft nicht tun, weil, wie immer ihre Einstellung zum Kommunismus sein mag, sie sich einig fühlen im Verlangen, das Ende der weißen Herrschaft in Asien zu sehen. Sie werden vielleicht Stellung beziehen, wenn Asiaten mit Asiaten kämpfen. Wenn aber weiße Amerikaner diesen Kampf führen, werden wir lange warten müssen, bis eine asiatische Nation sich zu uns gesellt.

Ich bin davon überzeugt, daß hierin die fatale Schwäche unserer asiatischen Politik liegt. Diese Schwäche wird erfordern, daß wir ein um das andere Mal immer mehr amerikanische Truppen zum Einsatz im Erdkampf bringen.

Es ist eine Schwäche, die uns dazu führen wird, gegen Asiaten auf dem Gebiet der Waffenverwendung nach immer neuen Aushilfen — wie Gas — zu suchen, was diese wiederum daran erinnern wird, daß im Zweiten Weltkrieg Atomwaffen nur gegen ein asiatisches Land eingesetzt wurden.

In Asien sind wir immer gezwungen, selbst zu kämpfen, solange wir versuchen, Südvietnam als einen westlichen Stützpunkt zu halten. Und wir haben schon gesehen, wie wir dazu getrieben werden, uns fortlaufend gegen die Weltmeinung zu stellen, und dies im Verfolg einer Politik, die wenig Aussicht bietet, ihr Ziel zu erreichen.

Auch hängt über uns die ständige Gefahr, daß, je mehr wir diesen Krieg eskalieren, je mehr sich damit europäische und asiatische Nationen gleichermaßen von uns abwenden, um so mehr die Wahrscheinlichkeit zunimmt, daß Nordvietnam und sogar China als Antwort ihre eigene militärische Stärke, die in Menschenmassen besteht, in die Waagschale werfen werden.

Können wir behaupten, daß jede militärische Waffe oder Taktik, die unseren Soldaten hilft, auch wert ist, eingesetzt zu werden, wenn dadurch die ureigenste Basis unserer moralischen Führerstellung in der freien Welt zerstört wird? Können wir sagen, daß die Bombardierung von Zielen unserer Wahl und die Verwendung von Waffen unserer Wahl lohnt, wenn dadurch die gleichen Menschen gegen uns verhärtet werden, für die wir nach unserer Meinung kämpfen, um sie vor dem Kommunismus zu retten?

Der Mut und die Fähigkeiten des amerikanischen Kämpfers stehen nicht zur Debatte. Wohl aber die Klugheit der politischen Zielsetzung, für die er nach Südvietnam und jetzt nach Laos und Nordvietnam geschickt wurde.

Das Weißbuch, das vom State Department mit dem Beginn unserer Angriffe auf Nordvietnam herausgegeben wurde, berichtet die Einzelheiten der nordvietnamesischen Hilfe für die Aufständischen. Aber das alles war bereits vor ein, zwei und drei Jahren bekannt. Man wußte schon damals, daß 10 bis 20 Prozent der Mannschaften und Waffen der Vietkong aus dem Norden stammen. Die im Weißbuch dargelegte Information kannte man schon 1962, 1963 und 1964, als der Präsident sagte, daß wir den Krieg nicht nach Norden ausdehnen werden, weil die Masse der Vietkong aus dem Süden kommt und auch von dort ihre Waffen bezieht.

Heute können wir Presseberichte aus Pentagonquellen lesen, in denen Regierungsbeamte offen zugeben, daß die Bombardierungen auf den Krieg im Süden keine Wirkungen ausübten und daß man darüber nachdenkt, welche neuen Gewaltmittel man gegen Nordvietnam einsetzen könne. Wahrscheinlich wird es sich darum handeln, Industrieziele immer näher an der chinesischen Grenze zu bombardieren. Wenn auch das nicht hilft, dann, denke ich, werden wir hören, daß weitere Tausende unserer Kampftruppen gelandet wurden, um den Aufständischen direkt gegenüberzutreten.

Das ist der Kurs unserer asiatischen Politik: Allein — ohne Verbündete — sollen wir wenigstens einen Teil des südostasiatischen Festlandes behaupten. Wir haben uns verpflichtet, dies ‚allein durchzufechten' und amerikanische Soldaten gleichgültig in welchem Ausmaß einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Aber es handelt sich um kein Ziel, das in unserer Reichweite liegt. Wir können unseren Stützpunkt nur solange halten, als wir gewillt sind, den gegenwärtigen Krieg fortzuführen. Je mehr wir aber kämpfen, um so wahrscheinlicher wird, daß Nordvietnam und China ihre Massenarmeen einsetzen, genauso, wie

das die Vereinigten Staaten tun würden, wenn wir bombardiert würden oder wenn Mexiko von einer europäischen oder asiatischen Macht angegriffen würde.

Ich will nicht sagen, daß Südvietnam für uns ohne Interesse ist oder daß wir ‚davonlaufen' sollten, womit man alles außer der militärischen Aktion zu bezeichnen beliebt. Aber Vietnam hat für uns nicht jenes vitale Interesse, das rechtfertigen würde, es durch amerikanisches Blut zu schützen. Es ist vielmehr diese Art von Interesse, die es zum Gegenstand der Diskussion mit anderen asiatischen Nationen machen sollte, die ein größeres direktes Interesse an China und Nordvietnam haben als wir. Es ist jene Art von Interesse, die uns veranlassen sollte, daß wir in Übereinstimmung mit Anderen handeln, weil wir dieses Problem allein nicht lösen oder unter unsere Kontrolle bringen können.

Es gibt viele Gegenstände, über die verhandelt werden kann. Einer davon ist die Errichtung einer Maschinerie, die die Einhaltung des Genfer Abkommens von 1954 erzwingt und sichert. Das Abkommen sah zwar eine Internationale Kontrollkommission zur Untersuchung der Vertragsverletzungen vor, aber die Kommission besaß weder Autorität noch Geldmittel, um mit den Ergebnissen ihrer Untersuchungen etwas anderes anzufangen, als sie zu publizieren. Und wenige Amerikaner wissen, daß die Vereinigten Staaten und Südvietnam ebenso wie Nordvietnam der Vertragsverletzung schuldig befunden wurden.

Zu Krieg und Kriegshandlungen nehmen entweder Nationen Zuflucht, die außerhalb der Völkergemeinschaft leben, oder solche, die in ihrem eigenen Interesse handeln, weil es keine Autorität gibt, an die sie sich zum Schutze ihrer Eigeninteressen wenden können. Das Fehlen einer solchen Autorität ist der entscheidende schwache Punkt im Genfer Abkommen von 1954. Es kann sehr gut sein, daß, falls die interessierten Parteien an einen Tisch gebracht werden können, sie über eine solche Maschinerie der Gewährleistung der Erfüllung bestehender Verträge hinausgehen und daß sie neue Vereinbarungen für den künftigen Frieden dieser Region treffen wollen.

Ist das Appeasement? Wenn ja, dann ist es ein Appeasement, an dem auch Papst Paul, der Weltkirchenrat und U Thant von den Vereinten Nationen, der seine guten Dienste angeboten hat, um die Parteien zusammenzubringen, falls sie sich nicht auf dem Boden der UN treffen wollen, Anteil haben. Dann gehören hierher auch so viele Länder, daß wir uns fragen sollten, wie es kommt, daß wir glauben, daß wir besser wissen, was ihnen frommt, als sie selbst, und warum wir für sie Krieg führen, gleich, ob sie dem zustimmen oder nicht.

Es ist leicht, für ein so großes und reiches Land wie das unsrige, jedermanns Angelegenheiten so regeln zu wollen, wie das unseren eigenen Interessen entspricht — es ist leicht, uns selbst zum Weltpolizisten zu ernennen. Eine Zeitlang mag das gut gehen. So haben es auch die Briten eine Zeitlang getrieben. Aber dann kommt der Punkt, wo eine Nation sich so dünn über alles gelagert und ihre Stärke und ihren Reichtum in so weit auseinanderliegenden Teilen der Welt zerstreut hat, daß sie sich kaum mehr selbst ohne fremde Hilfe verteidigen kann. So geschah es mit England. Der einzige Unterschied ist, daß es keine neue, starke und freie Nation gibt, die u n s helfen kann, wenn wir es brauchen.

Allein die Tatsache, daß wir in Asien bereits auf uns selbst angewiesen sind, sollte uns ein Warnzeichen sein, daß wir die vernünftigen Grenzen einer militärischen Intervention in einem anderen Land überschritten haben. Es sollte uns veranlassen, zurückzukehren in den Rahmen des internationalen Rechts, wo solches existiert, und dort die Übereinstimmung der betroffenen Nationen zur Kontrolle einer Lage suchen, wo ein verwirklichbares internationales Recht fehlt.

Aus dem Amerikanischen von Rudolf Hilf

Briefe zum Appell gegen die Notstandsgesetzgebung

Die in dem Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien ausgesprochene Warnung vor einer Notstandsgesetzgebung ist in der Öffentlichkeit weithin auf Widerhall gestoßen. Auf den in der „Zeit", im „Spiegel", in der „Welt der Arbeit" und in den „Vorgängen" veröffentlichten Appell*), der inzwischen auf Initiative von einigen Verlegern oder in Verbindung mit einzelnen Persönlichkeiten auch im „Südkurier", in der „Hannoverschen Presse", „Hannoverschen Allgemeinen", „Fuldaer Volkszeitung", in den „Lübecker Nachrichten", im „Osnabrücker Tageblatt", „Spandauer Volksblatt" in „Konkret" und „Zivil" abgedruckt wurde, sind bisher Tag für Tag den Erstunterzeichnern eine Fülle von Zuschriften zugegangen. In kurzer Zeit sind mehr als 3000 zustimmende Briefe übersandt worden. Weitere Zeitungen haben den Abdruck des Appells zugesagt oder wollen ihn im redaktionellen Teil behandeln.

Der Kreis der Erstunterzeichner beabsichtigt, im Mai in Bonn die Liste mit den Namen aller Appellanten den Vorständen und Fraktionen der Parteien zu übergeben. Im Rahmen einer Pressekonferenz soll den Journalisten Gelegenheit gegeben werden, Einblick in die Briefe und Zustimmungsbekundungen zu nehmen. Nachstehend gelangen einzelne dieser Briefe, die einen Querschnitt der zutage getretenen Meinungen ergeben, mit Erlaubnis der Absender zum Abdruck.

Seitdem die inhaltsschwere Bedeutung der geplanten Notstandsgesetze mehr und mehr bekanntgeworden ist, hat sich in den letzten Wochen der Kreis der Ablehner der Notstandsgesetze erheblich vergrößert. Es erfolgten im April weitere ermutigende und entschiedene ablehnende Stellungnahmen:

- Professoren wandten sich in einem Appell an die Gewerkschaften. Ihre Initiative fand in den gewerkschaftlichen Verbänden und in der Presse große Beachtung.
- In den Veranstaltungen der Gewerkschaften zum 1. Mai und in zahlreichen anderen Gewerkschaftsversammlungen kam in Referaten und Entschließungen die nach wie vor bestehende Ablehnung jeglicher Notstandsgesetzgebung entschiedener denn je zum Ausdruck. In vielen Veranstaltungen wurden die Bundestagsabgeordneten aller Parteien aufgefordert, ihre Zustimmung zu den Notstandsgesetzen zu verweigern. Seit Wochen wird in der gewerkschaftlichen Presse der Diskussion um die Notstandsvorlagen breiter Raum gewidmet. Mehr und mehr schalten sich auch Tageszeitungen ein. So veröffentlichte zum Beispiel der „Kölner Stadtanzeiger am 4. Mai d. J. ein ganzseitiges Interview mit Otto Brenner, in dem dieser entschieden vor der Notstandsgesetzgebung warnt.
- Ende April forderte der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen auf, dem Wirtschafts-, Verkehrs- und Ernährungssicherstellungsgesetz nicht zuzustimmen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag beanstandete vor allem, daß das praktisch unbegrenzte Notverordnungsrecht der Exekutive auf wirtschaftlichem Gebiet in vollem Umfang schon in Friedenszeiten anwendbar sein soll.
- In einer gemeinsamen Erklärung wandten sich der Bundesverband Deutsch-Israelischer Studentengruppen, die Humanistische Studenten-Union, der Liberale Studentenbund Deutschlands, der Sozialdemokratische Hochschulbund Deutschlands und der Sozialistische Deutsche Studentenbund „gegen die beabsichtigte Verabschiedung des Entwurfs eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes". In der Erklärung heißt es ferner: „Wir haben uns zu gemeinsamen Aktionen entschlossen, und bitten, diese zu unterstützen. Es kommt jetzt darauf

*) Vgl. „Blätter" Heft 4/65.

an, daß alle entschiedenen Demokraten dem entgegentreten." Die studentischen Verbände beabsichtigen, in den nächsten Wochen in Verbindung mit den Professoren Aufklärungs- und Protestveranstaltungen an allen Universitäten durchzuführen.

- An vielen Orten fanden Forum-Veranstaltungen und Versammlungen statt. Hierbei war es symptomatisch, daß die Öffentlichkeit, wenn sie über den Inhalt und die Folgerungen der Notstandsgesetze aufgeklärt wird, dieses Regierungsvorhaben entschieden ablehnt.
- Weitere Initiativen auf verschiedenen Ebenen werden vorbereitet.

Der Bundestag tagt bis Ende Juni. Bis zu diesem Zeitpunkt kann ein Termin für die Lesung und Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung täglich festgelegt werden. Wie man aus Bonn erfährt, sind die Regierung und die Spitzen der CDU/CSU und der FDP entschlossen, das verfassungsändernde Gesetz, das „Notstandsverfassungsgesetz", und vier der inzwischen auf elf angewachsenen sogenannten „einfachen" Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Das verfassungsändernde Gesetz erfordert bekanntlich im Bundestag und im Bundesrat eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Würde diese sich finden, dann könnte die Verabschiedung der sogenannten einfachen Notstandsgesetze zu jedem der Regierung geeignet erscheinenden Zeitpunkt mit einfacher Parlamentsmehrheit nachgeholt werden.

Von der Haltung der SPD hängt es entscheidend ab, ob sich diese Zwei-Drittel-Mehrheit für die Verfassungsänderung im Bundestag und in der Ländervertretung findet. Die Hauptsprecher der SPD stimmen einer Notstandsgesetzgebung gegenwärtig prinzipiell zu. An dieser grundsätzlichen Bereitschaft der SPD-Führungsgruppe hat sich bisher trotz der ablehnenden Haltung der Gewerkschaften, breiter Kreise der von dieser Partei so umworbenen Intelligenz, der innerparteilichen Opposition und der abweisenden Haltung der studentischen Jugend offensichtlich nichts geändert. Zwar macht die SPD ihre Zustimmung von der Annahme ihres von der Parteiführung formulierten 7-Punkte-Vorbehalts, der auf dem Kölner Parteitag der SPD angenommen wurde, und dem 10-Punkte-Vorbehalt des Karlsruher Parteitages abhängig. Charakteristisch für diese als Vorbehalte formulierten Punkte ist jedoch die ihnen zugrunde liegende Tendenz, die Notstandsvorlagen der Regierung in ihrem gefährlichen Kern nicht anzutasten, ihnen lediglich einige allzu offenkundige Spitzen zu nehmen. Die „Vorbehalte" und „Bedingungen" der SPD stellen die Notstandsgesetze nicht in Frage.

Mit aller Entschiedenheit muß daher festgestellt werden, daß die Vorbehalte der SPD die Gefahren, die unserer Demokratie, unserer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit aus den geplanten Notstandsgesetzen erwachsen können, und die totalitären Grundtendenzen dieser Gesetze im Wesentlichen nicht abwenden. Es kann daher nicht eindringlich genug gesagt werden: Würde das Notstandsverfassungsgesetz verabschiedet, dann wäre die jeweilige Regierung faktisch jederzeit in der Lage, das Leben jedes einzelnen Bürgers in den Dienst einer lücken- und schrankenlosen Militarisierung zu stellen. Dem totalen Notstandsstaat wären dann wieder Tür und Tor geöffnet.

Darüber hinaus kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Verabschiedung der Notstandsgesetze in dieser Legislaturperiode — in welcher Form auch immer — den Sinn demokratischer Wahlen verfälschen würde. Denn weder die Regierung noch die Parteien haben die Öffentlichkeit über die Tragweite der Notstandsgesetzgebung hinreichend informiert, obwohl dieses ihre Pflicht gewesen wäre. Das Volk aber, von dem es in Art. 20 (2) des Grundgesetzes heißt, „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehen-

den Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt", vermag nicht demokratisch zu entscheiden, wenn ihm der wesentliche Gehalt und die mögliche Auswirkung dieser Notstandsvorlagen vorenthalten werden. Diese Unterrichtung der Öffentlichkeit in Form einer allgemein zugänglichen Information gehört zu den unabdingbaren Pflichten einer demokratischen Regierung: denn wir, die Bürger, sind es, die „regieren" — wir sind nicht die Untertanen einer selbstbestimmenden Obrigkeit.

Gegenwärtig wird von seiten der CDU/CSU argumentiert, und die Notstandsbefürworter in der SPD schließen sich dem an, die Kritik aus den Kreisen der Öffentlichkeit gehe an der Problematik vorbei, weil die in den Ausschußberatungen vorgenommenen Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage nicht berücksichtigt wären. Man fragt sich, was überholt sein soll, wenn nicht einmal die SPD-Vorbehalte Eingang in die Gesetzestexte gefunden haben. Man fragt sich, warum die Fraktionen und Vorstände der Parteien die veränderten Texte der besorgten Öffentlichkeit nicht mitteilen, wenn doch diese Texte besser sein sollen als die bisherigen! Und man fragt sich schließlich, warum die von den Ausschüssen fertiggestellten Berichte nicht einmal zur wissenschaftlichen Auswertung freigegeben werden, wie es sonst dem üblichen Lauf der Dinge entspricht. Nach unserer Kenntnis hat sich jedenfalls nichts geändert, das uns ruhiger schlafen ließe!

Noch eine andere Gefahr zeichnet sich in der gegenwärtigen Diskussion ab, nämlich die, daß die Notstandsdiskussion allzu leicht in das Fahrwasser eines Expertenstreites unter Juristen gerät. Die Befürworter der Notstandsgesetze neigen aus allzu durchsichtigen Gründen dazu, diese juristische Diskussion weitgehend zu führen. Aber bei den Notstandsgesetzen geht es nicht, so komplizierte juristische Fragen sich hier auch stellen mögen, um Rechts- oder Völkerrechtsprobleme, sondern ausschließlich um politische Gesichtspunkte. Die Notstandsgesetze sind politische Gesetze — Gesetze, deren Annahme nicht geeignet ist, der Festigung der Demokratie, der Erhaltung der Freiheit, der Entspannung, der Abrüstung und der Sicherung des Friedens in Europa förderlich zu sein.

Bei den jetzt geplanten Notstandsgesetzen schweifen die Gedanken nur zu leicht zu den Hitlerschen Ermächtigungsgesetzen. Was auf diese Ermächtigungsgesetze des Jahres 1933 in Deutschland folgte und was am Ende dieser Gesetze stand, braucht hier nicht wiederholt zu werden.

In die Reihen der erwähnten Initiativen und Veröffentlichungen reihen sich auch die Illustrierten Zeitungen ein, die sich durch den Mund unserer namhaftesten Publizisten gegen die Notstandsgesetzgebung und gegen die Gefährdung unserer Demokratie ausgesprochen haben. Es scheint so, als hätte eine verantwortungsbewußte demokratische Öffentlichkeit in unserem Lande verstanden, um was es in diesen Wochen geht. Gelingt es, diesen Stimmen in der öffentlichen Meinung durch weitere Aktionen und Impulse noch mehr Gewicht zu verleihen und das Gewissen der Abgeordneten wachzurütteln, dann besteht die reale Chance, zumindest in dieser Legislaturperiode eine Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern. Ohne Zweifel wäre damit viel gewonnen. Nach Lage der Dinge ist eine solche Aktion nur dann wirksam, wenn sie von allen Gegnern der Notstandsgesetzgebung gemeinsam getragen wird, unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen in anderen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen. Zum Schutze unserer Demokratie, unserer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sollten wir alle uns in diesen Tagen und Wochen öffentlich bekennen. In der gemeinsamen Haltung von Gewerkschaftlern und den so gern geschmähten Intellektuellen zeigen sich solche demokratischen Ansätze. Der Feind der Demokratie ist der unpolitische Bürger, der im Genusse des Wirtschaftswunders und der Lohntüte schwelgt und sich keine Gedanken über die Zukunft unserer Demokratie und den Bestand der Freiheit macht. Wenigstens die

Sorge um den „Inhalt" seines Lebens muß ihn an unsere Seite treiben. Der Kampf um die Ablehnung der Notstandsgesetze ist einer der Punkte, an dem die Weichen für unsere Zukunft gestellt werden. Uns alle darf nur ein Gedanke leiten: Am Grundgesetz und seinem demokratisch-freiheitlichen Geist darf nicht gerüttelt werden.

Köln, Anfang Mai 1965

Manfred Pahl-Rugenstein

Briefe

Mit aller Entschiedenheit und Sympathie möchten wir Ihren und Ihrer Freunde in der „Zeit" vom 12. März 1965 veröffentlichten Appell unterstützen.

Es hängen schon genug Damokles-Schwerter über dieser ungefestigten Staatsform, so daß man wahrlich zweifeln muß, ob der seidene Faden die Last auch nur eines einzigen weiteren tragen würde.

Dieter und Brigitte Hiß, Berlin-Dahlem

Ich habe den in der „Zeit" abgedruckten „Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien" hinsichtlich der Notstandsgesetzgebung mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und möchte mich Ihrem Aufruf anschließen, da ich mich der Sache nach mit allen sechs Punkten solidarisch erklären kann.

Gerade einem Angehörigen meiner Generation (Jahrgang 1943) muß es ein Bedürfnis sein, gegen alle Tendenzen und Bestrebungen, die unsere demokratische Ordnung gefährden, energisch zu protestieren. Einer der erschreckendsten Gedanken ist für mich die Vorstellung, daß unsere Kinder einmal meiner Generation in ähnlicher Weise, wie wir es unseren Eltern gegenüber tun, politische Instinktlosigkeit und Fehlverhalten vorwerfen könnten.

In diesem Sinne möchte ich Ihrem — unserem Appell wünschen, daß er nicht ungehört verhallt, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung und der Verantwortlichen auf Zustimmung stößt, und daß ihm der Erfolg nicht versagt bleiben wird.

Hans Jörg Franke, stud. phil., Göttingen.

Gern möchte ich Ihnen hiermit meine volle Zustimmung zu Ihrem Appell, dem ich mich mit ganzem Herzen anschließe, übersenden.

Ich erlaube mir, Ihnen beiliegend ein Heftchen meiner ehemaligen Schülerzeitschrift zu übersenden. Schon im Februar 1963 zog ich mit jugendlichem Primaner-Eifer gegen die Notstandspläne aus. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie den Artikel auf Seite 19 lesen würden. Vielleicht wird es Ihnen schwerfallen, mir folgendes zu glauben; leider ist es aber wahr!:

Auf Grund dieses und des Strauß-Artikels wurde ich von der K r i m i n a l p o l i z e i vorgenommen. Es wurden F i n g e r a b d r ü c k e , Photos etc. wie von einem Schwerverbrecher gemacht.

Außerdem sprachen die Herren einige Drohungen aus. (Gefängnis etc.) Sie mögen mir glauben, daß ich damals sehr schockiert war, insbesondere, da das Blättchen ja nur in einer Auflage von 600 Exemplaren erschien und also nicht sonderlich „staatsgefährdend" sein konnte.

Um so mehr freut es mich heute, daß nun auch, wie ich aus der Liste der Unterzeichner des Appells entnehmen darf, von wirklich berufener Seite gegen die geplante Gesetzgebung protestiert wird.

Sven Kado, stud. rer. pol., z. Zt. Rochusstift, Bad Mergentheim.

Ihrem Appell in der Zeit Nr. 11 entnehme ich mit großem Interesse, daß sich eine vielschichtige Gruppe von Persönlichkeiten zusammengefunden hat, um gegen den Unfug der Notstandsgesetze Maßnahmen vorzubereiten. Ich schließe mich diesem Aufruf gern an und bitte Sie, mich laufend mit Propagandamaterial zu versehen, damit ich für Ihre Gedanken noch weitere Interessenten werben kann.

Ich empfehle, diesen Aufruf auch in allgemeinen Tageszeitungen zu veröffentlichen, damit er der breiten Masse der Bevölkerung zuteil wird.
Werner Husmann, Essen-Werden.

Ich schließe mich dem im Spiegel vom 24. März 1965 stehenden Appell gegen die Notstandsgesetze voll und ganz an und bin gewillt, jedes Wort mit zu unterschreiben.
Als 22jähriger, der im September dieses Jahres zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teilnehmen kann, frage ich mich, woher die derzeitige Bundesregierung das Recht nimmt, noch vor den Wahlen ein Gesetz in Kraft treten lassen zu wollen, das im schroffen Gegensatz zum Grundgesetz steht und weder durch die politische Lage noch aus sonstigen Gründen zu rechtfertigen ist.
Die Bundesrepublik ist heute im gesamten Westen noch der einzige Staat, der immer noch mit aller Gewalt Kalter Krieg spielen möchte. Und das beabsichtigte Notstandsgesetz schlägt dem Faß vollends den Boden aus.
Die heutige Generation will aber eine Demokratie und keine Scheindemokratie, die man jederzeit mit Ermächtigungsgesetzen aufheben kann.
Hans-Peter Ernst, Muggendorf.

Ich schließe mich Ihrem Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien gegen die Verabschiedung der N o t s t a n d s g e s e t z e an.
Rolf Ulrich, Künstlerischer Leiter des Kabaretts DIE STACHELSCHWEINE, Berlin.

... Ein Notstandsgesetz können nur diejenigen erstreben, welche vom „Dritten Reich" profitiert haben, oder aus ähnlichen Zuständen Nutzen zu ziehen gedenken.
Bei uns gibt es derer noch viele.
Der Widerstand gegen diese niederträchtigen Bestrebungen müßte, nach den bitteren Erfahrungen des „Dritten Reiches" und des Krieges, stark genug sein, um eine demokratische und damit friedliche Entwicklung zu sichern!
Erhard Schmid, Museumstechniker, Stuttgart.

Mit großer Genugtuung habe ich den „Appell" in der neuesten „Zeit"-Ausgabe gelesen.
Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß vor den Absichten der Regierung und der Parteien hinsichtlich einer „Notstandsgesetzgebung" nicht genug gewarnt werden kann im Interesse der Erhaltung einer freien demokratischen Staatsordnung. Leider werden die sich hier anbahnenden Gefahren von der Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nicht erkannt.
Ich möchte Ihnen mitteilen, daß ich mich Ihrem Appell rückhaltlos anschließe.
Wilfried Schwarz, Dipl.-Kaufm., Oedt/Rhld.

Wie Sie und die weiteren Unterzeichner des Appells bin auch ich der Meinung, daß das Grundgesetz für evtl. „Notstände" ausreichend ist. Die geplanten Notstandsgesetze sind geignet, die freiheitliche Ordnung des westlichen Teils Deutschlands auszuhöhlen und damit eine spätere Wiedervereinigung zu erschweren. Ferner würde damit einer Diktatur Tür und Tor geöffnet.
Ich schließe mich daher Ihrem Appell an.
Karl F. Weigt, Maschinenschlosser, Dortmund.

Wir haben durch die Anzeige im „Spiegel" von dem Appell an die „Vorstände und Fraktionen der Parteien" Kenntnis erhalten und schließen uns dem Appell an:
Max Jaeger, Kreisvorsitzender des DGB, Mannheim.
Walter Spagerer, Bevollmächtigter der IG Metall, Mannheim.
Dr. Rainer Thoss, Wissenschaftlicher Assistent an der Wirtschaftshochschule Mannheim.

Mit großer Genugtuung lasen wir in der „Zeit" Nr. 11 vom 12. 3. 65 den von Ihnen und mehreren anderen bekannten Persönlichkeiten unterzeichneten „Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien", der sich gegen die geplanten Notstandsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland richtet. Als Bürger dieses Staates, dessen politische Entwicklung wir mit großer Sorge verfolgen, schließen wir uns diesem Appell an.
Walter Birkenheide, Studienrat
Ilse Birkenheide, Studienrätin, Berlin.

Ihrem Appell stimme ich insofern zu, als ich auf jeden Fall dagegen bin, diese Gesetzgebung jetzt schnell, ohne ausführliche parlamentarische Behandlung und mit Wahlrücksichten behaftet, noch in diesem Jahr zu verabschieden, nachdem sich die Sache schon ewig in die Länge zieht. Das Verhalten der Bundesregierung ist nicht dazu angetan, Vertrauen in die demokratische Einstellung zu erwecken, und die Opposition muß erst beweisen, daß sie auch bereit ist, ihre annehmbareren Vorschläge durchzusetzen. Auch hier fehlt das Vertrauen in ihre Standfestigkeit.

Barbara Mühlradt, Frankenthal.

... Die Vorgänge in der Vergangenheit, die zur NS-Terrorherrschaft geführt haben, und bedenkliche Zustände in der politischen Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland, wo Mißstände anprangernde Gruppen und Einzelpersonen sich ständiger Diffamierung ausgesetzt sehen, veranlassen mich, bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die geplante Notstandsgesetzgebung zu protestieren.

Zur Kenntnis meiner Person darf ich Ihnen mitteilen, daß ich als Regierungsassessor die Stelle des Verkehrsdezernenten beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden innehabe. Politisch betätige ich mich als Vorsitzender der Betriebsgruppe der SPD beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden ...

Dr. jur. Hans-Peter Vogt, Wiesbaden.

Gleich Ihnen und vielen verantwortlich Denkenden bin ich besorgt über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik.

Ich darf mich Ihrem Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung anschließen.

Frater Sergius Hücking OP, Dominikanerkloster St. Albert, Walberberg.

Mit Begeisterung verfolge ich als Jugendlicher (17) und Arbeitnehmer (Schriftsetzerlehrling) das Aufbegehren gegen die Notstandsgesetzgebung in klarer und sachlicher Form (Die Zeit, Nr. 11).

Ich möchte mich mit meiner Unterschrift Ihrer Forderung anschließen, da auch ich der Ansicht bin, die Form der Notstandsgesetzgebung ist geeignet, das Grundgesetzt und jegliche demokratische Regierungsform auf das Entscheidendste einzuengen, denn demokratische Prinzipien sind genug in Deutschland verletzt worden.

Ich möchte schließen mit der Hoffnung, daß Sie die Jugend aus unkonventioneller Sicht sehen, und wünschte, daß möglichst viele Jugendliche aufbegehren, ehe man nur noch „Sieg Heil" sagt.

Holger Mehring, Hamburg-Eidelstedt.

Im „Spiegel" vom 24. 3. 1965 finde ich den Appell betreffs Notstandsgesetzgebung, zu dessen Mitunterzeichner Sie gehören. Sie decken klar die Gefahren nach außen und innen auf, die ein solcher Schritt — leider nur einer unter vielen Fehltritten — zur Folge hat. Wollen Regierung und Parlament Schaden vom deutschen (und nicht nur von diesem) Volk abwenden, genügt es nicht, sich auf den „Notstand" vorzubereiten. Wie weit ist es von da, bis sie den Notstand selbst vorbereitet? Wir haben keine Wahl: Daran, ob wir die Bedingungen des Friedens oder die des Krieges erfüllen, zeigt sich, was für uns der wahre Notstand ist.

Wolfgang Hinze, stud. theol. et phil., Göttingen.

Wennzwar ich bezweifeln muß, daß eine Ansammlung von Unterschriften Volksvertreter zu beeindrucken vermag — nicht einmal sachliche Diskussion vermag es ja —, bin ich Ihrem Aufruf doch meinen guten Willen schuldig. Ich möchte es vermeiden, daß ich bei einem Erfolg solcher Notstandsbemühungen, mit denen man nur der Unfähigkeit noch gesetzlich die Zügel schießen lassen will, böswillig werde. Wo die Kommandeure anfangen, Vorsicht und Mißtrauen vor das öffentliche Leben zu spannen, um freies Verhalten zugunsten des ausgerichteten zu sabotieren, da muß der Staatsbürger, der manch-

mal noch in gutem Glauben annimmt, das Grundgesetz sei in Kraft, ebenfalls Mißtrauen säen, Mißtrauen gegen eine Obrigkeit, deren Begriff von Demokratie längst korrumpiert scheint.

Dieses Mißtrauen bekunde ich mit meiner Zustimmung zu Ihrem Aufruf. Freiwillig geselle ich mich zur Schar der „Vaterlandsverräter und Defaitisten". Ich danke Ihnen, daß Sie die Möglichkeit dazu geben.

Rainer Roth, stud. phil., Frankfurt.

Ihrem Appell schließe ich mich von ganzem Herzen an.

(Verdammt! Bis so eine Karte geschrieben ist, braucht's eine große Überwindung. Wir sind wohl noch weit davon entfernt, Demokraten zu sein.)

Erich G. Deutsch, Bad Lauterberg.

Den „Appell an die Vorstände und Parteien", veröffentlicht in der Nr. 13 des Spiegel, unterstützen wir mit aller Kraft. Unser Ort liegt unmittelbar an der Zonengrenze, und wir sehen täglich mit eigenen Augen, wohin eine unglückliche Deutschlandpolitik geführt hat. Die in Aussicht stehenden Notstandsgesetze werden diesen Graben, der auch schon durch viele Herzen geht, noch vertiefen und letztlich unüberwindlich machen!

Dem Frieden werden diese Gesetze nicht dienen. Sie werden das zum Teil sehr berechtigte Mißtrauen, besonders das unserer östlichen Nachbarn, noch vertiefen! Deshalb, und weil wir freie Menschen bleiben wollen, stimmen wir dem Appell aus vollem Herzen zu.

Hans Klee, 44, El.-Meister
Anna Klee, 39, Hausfrau
Angelika Klee, 16, Schülerin
Wilhelm Klee, 69, Rentner
Käthe Klee, 69, Hausfrau
Philippsthal/Werra.

Dankenswerterweise setzen Sie sich für die Erhaltung unserer Freiheit ein, die von machtbewußten, gleichgültigen oder verantwortungslosen Mitgliedern einer langsam an Verfolgungswahn leidenden Regierung untergraben wird — dankenswerterweise stehen Ihnen zur Seite eine Reihe von namhaften Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und des öffentlichen Lebens. Für Sie alle bin ich nur ein unbekannter Bürger, aber Ihrem Appell will ich mich aus Überzeugung anschließen — und bin jederzeit bereit, für diese meine Äußerung einzutreten und für die Freiheit, sie zu bekennen, alles Notwendige zu tun.

Carl M. Bloser, Architekt, Köln

Die Notstandsgesetze sind die ultima ratio einer geistig restlos verpfuschten Politik. Hier in dieser Gesetzgebung zeigt sich a priori Niedertracht und Lüge einer politischen Richtung, die keine Experimente machen wollte. Man will mit Gewalt das Grundgesetz zunichte machen, weil man die Freiheit knebeln will. Die Freiheit des Denkens hat zu viel Bonner Pestbeulen aufgestochen. Die Angst vor diesen Kräften ließ das Notstandsgesetz entstehen.

Jeder freiheitlich denkende Mensch muß gegen diesen Akt der Knebelung Stellung nehmen.

In der Hoffnung, daß der Griff nach der „demokratischen" Diktatur mißlingt, verbleibe ich

Dietrich Dauert, Methler

Ihrem Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien, die Notstandsgesetzgebung neu zu überdenken und zumindest bis nach den Wahlen im September 1965 zurückzustellen, stimme ich vollinhaltlich zu. Es ist fraglich, was erschreckender ist: die mangelnde Informierung der Öffentlichkeit durch die Regierung oder das mangelnde Interesse der Öffentlichkeit an diesem neuen Ermächtigungsgesetz.

Rolf Jaeger, Mitglied des Personalrats der Stadt Bad Godesberg

BRIEFE ZUM APPELL GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZGEBUNG

Es besteht für uns keine Not, die eine Notstandsgesetzgebung erforderlich macht. Sie könnte gar zu leicht zum Machtinstrument der regierenden Parteien werden, und wer schützt uns vor dieser Versuchung?

Deshalb ein klares „NEIN" zu diesen Plänen zum Schutz und Erhalt von Demokratie, Frieden und persönlicher Freiheit!

Gerhard Eberhard, Spedition, Laufenburg/Baden

Ich nehme Bezug auf o. a. Appell, den ich in der Zeitschrift „Die Zeit" vom 12. 3. 1965 las, und schließe mich ihm an. In diesem Zusammenhang dürfte Sie interessieren, daß auch ohne Notverordnungen die totale Militarisierung schon hier in Schleswig-Holstein begonnen hat. Seit Dezember 1964 werden in den Privathäusern Kriegsausrüstungsgegenstände von der Bundeswehr ausgelagert. Auch in meinem Haus erfolgte die Deponierung. Seitdem wehre ich mich mit allen Mitteln. Zwar bin ich jetzt die Sachen los, muß aber die Feststellung treffen, daß man mich wegen meiner Friedensliebe „wohlwollend" durch Recherchen überwacht.

Ich gehöre keiner Partei noch einer Organisation (bis auf die Mitgliedschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund) an, und die Gewissensnot brachte es erst jetzt mit sich, daß ich mich an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und an Zeitschriften, wegen der Blindheit, mit der unser Volk wieder einmal geschlagen wird, wandte.

Sicherlich werden Sie meine Freude verstehen, weil ich nun weiß, daß auch kraftvollere Persönlichkeiten so fühlen und denken wie ich. Hoffentlich findet sich ein Weg, um auch den letzten Deutschen die Augen zu öffnen.

Heinz Kühn, Ing. u. Architekt, Schmalenbeck

Bezugnehmend auf den ZEIT-Appell vom 12. März 1965 möchte ich mich voll und ganz dem Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien anschließen.

Doch ein Gedanke geht mir nicht aus dem Sinn: ist so einer „Sache" mit einem Appell allein Genüge getan?

Meiner Meinung nach genügt das nicht; denn die Herren, für die es bestimmt ist, lesen es doch nicht oder verschließen sich notorisch den Gedanken dieses Appells.

Die breite Öffentlichkeit, politisch zwar willenlos, müßte informiert werden.

Man spricht in Fachkreisen seit einiger Zeit davon, daß 20 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges eine Wiedergeburt radikaler Tendenzen kommen soll. Sollen die Historiker recht behalten?

Walter C. Th. Rogge, Hamburg-Rahlstedt.

Ich habe den — bedauerlicherweise nur als Anzeige in der Ausgabe der Welt der Arbeit vom 9. 4. 1965 erschienenen Appell gelesen und möchte mich diesem Appell voll und ganz, vorbehaltlos anschließen.

Seit Jahren versuche ich mit vielen gleichgesinnten ehrenamtlichen und beruflichen Gewerkschaftsfunktionären und gesellschaftspolitischen Gesinnungsfreunden aus allen Parteien die Mitglieder unserer Organisationen auf die Gefahren der beabsichtigten Notstandsgesetzgebung für unser gesamtes öffentliches Leben in der Bundesrepublik hinzuweisen.

Planmäßig wird aus den Führungskreisen aller Parteien einschließlich — um nicht zu sagen gerade — der Sozialdemokratie versucht, diese Notstandsgesetze zu verharmlosen.

Jede Kompromißbereitschaft im Sinne einer gemeinsamen Innen- und Außenpolitik muß hier die absolute Grenze finden.

Die Nachwirkungen des 1. Weltkrieges — ich gehöre zum Jahrgang 1916 —, das eigene Erleben der Nazizeit und der Grausamkeit des nazistischen, aber auch deutschen 2. Weltkrieges muß für mich Verpflichtung sein, hier immer wieder zum Protest aufzurufen, um ein 2. Golgatha des deutschen Sozialismus zu verhindern. Aus diesem Grunde schließe ich mich vorbehaltlos dem Appell an.

Kurt A. Neander, Dortmund, stellv. Vorsitzender des Betriebsrates der westfälischen Transport AG (Binnenschiffahrt); Kreisverwaltungsdelegierter des DGB und der Gewerkschaft ÖTV; Vorstandsmitglied der SPD — Ortsverein Dortmund-Somborn — und Mitglied verschiedener Ausschüsse und Arbeitskreise.

Fernseh-Spalte

DOKUMENTARISCHES

Das Wort „Dokumentation" ist verführerisch. Es impliziert Objektivität, Wahrheit, Authentizität. Im Zusammenhang mit dem Fernsehen wird das Wort gar zum dogmatischen Begriff. Erich Kuby stellte in einem Essay die Frage: „Vertraut der Zuschauer der Fernseh-Information?" Und er fährt fort: „Die Frage ist nur mit einem deutlichen Ja zu beantworten." Das hat seine Vor- und Nachteile. Hätte man die Gewißheit, daß alle dokumentarischen Features und Fernsehspiele nach den Grundregeln rationaler Vernunft konzipiert würden, so könnte man das Vertrauen des Fernsehkonsumenten (Kubys Antwort ist durchaus begründet) nur gutheißen. Leider aber ist die Qualität der Dokumentarsendungen so unterschiedlich, daß schon dieses nivellierte Vertrauen eine Gefahr bildet. Dazu kommen die mannigfachen Möglichkeiten des Manipulierens. Kuby: „So wird z. B. die TV-Information emotional reguliert im Sinne eines ständigen keep smiling ... Das Fernsehen ... setzt ... in zunehmendem Maße ... männliche Typen als Nachrichtensprecher ein, die ich als Vertrauensbolzen charakterisieren möchte. Wenn sie mit entsprechendem Blick, von ihrer Vorlage aufschauend, uns mitteilten: Soeben sind die ersten Atombomben im Raum X gefallen — ich möchte wetten, nur wenige Zuschauer sprängen von ihren Stühlen auf. Die Spontanreaktion wäre vielfach ein: Ach?! Denn ein so reizender Mann kann doch unmöglich etwas so Gräßliches mitteilen."

Ich habe Ähnliches in jüngster Zeit verschiedentlich registriert. Noch geht es nicht um Atombomben, sondern „nur" um die „konventionellen". Der Sprecher teilt mit, als lese er ein Suppenrezept vor, amerikanische Bomber haben ihre Angriffe auf Nord-Vietnam planmäßig fortgesetzt. Und im gleichen Atemzug: „Zum Schluß noch eine Meldung für unsere Sportfreunde ..."

Hier wird das keep smiling mit der Droge spekulativer Unverbindlichkeit angereichert. Eine grauenhafte Kriegshandlung und ein lokales Sportereignis im gleichen Tonfall, mit derselben Gelassenheit bekannt zu geben: wenn das keine manipulatorische Infamie ist!

Das heißt nun keineswegs, daß auf Manipulation im Sinne von Bearbeitung verzichtet werden muß. Im Gegenteil. Jedes Feature, jedes Dokumentarspiel hat subjektive Züge, denn es hat einen Autor. Dabei kommt es gar nicht so sehr darauf an, ob eine Figur (im Fernsehspiel) die authentischen Worte des historischen Vorbildes verwendet. Wichtig ist, daß ein wahrhaftiges Bild der zeitgeschichtlichen Situation entsteht, ein Bild, das dem Zuschauer Einsichten vermittelt. Heinar Kipphardts szenische Dokumentation „In der Sache J. R. Oppenheimer" setzte der dokumentarischen Dramaturgie die neuen Maßstäbe. Aber kaum ein Autor hat sich bisher daran gehalten. Urs Jenny rügte in der „Süddeutschen Zeitung" vom 13./14. 3. 65, die Nachahmer der stilbildenden Dokumentaristen würden „das aufklärerische Ethos nur noch als Alibi für handfestes Kriminaltheater" benutzen. Es läßt sich leider nicht leugnen. Da geisterte beispielsweise eine Stunde lang Wolfgang Büttner in der Rolle des Generals von Choltitz („Paris muß brennen"; Dokumentarspiel von Erich Kröhnke) über den Bildschirm: Held der alten Schule, weltmännisch, melancholisch, philosophisch, humanistischer Intellektueller, Skeptiker und Spötter —, der Retter von Paris, der aristokratische deutsche Landsknecht. Die Handlung war Kriminalschnulze. Es gab solche Leute, gewiß. Und was Wolfgang Büttner in einer schauspielerischen Glanzrolle zu sagen hatte, entstammte teilweise authentischen Akten. Dennoch war das kein Dokumentarspiel, sondern dramatisierte Legende, die Legende nämlich vom braven deutschen Volk, von der heldenhaften und ritterlichen deutschen Wehrmacht und einem Häuflein satanischer Führer, die einfach für alles verantwortlich sind. Selbst die SS hatte bei dem Autor einen Stein im Brett. Die übliche naßforsche Rechtfertigungsmasche! Wo der hochdekorierte General zwölf Jahre lang — von den Bücherverbrennungen bis hin zu Oradour und Auschwitz — seine Augen hatte, steht für solche „Dokumentaristen" nicht zur Debatte. Sie reduzieren die barbarische Wirklichkeit auf einen winzigen Ausschnitt, bekränzen ihn mit Heldenlorbeer und geben ihn für repräsentativ aus. Auf dem Gebiet des Dokumentar-Features sind ähnliche Manipulationen zu beachten. Auch darüber muß einmal gesprochen werden.

E. H. Wahl

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Anrede an einen jungen Mann

Bei einer der Forum-Veranstaltungen der FDP in diesem Frühjahr stand ein 20- oder 22-jähriger Junge auf, meldete sich zu Wort. Seine Stimme zitterte vor Erregung und Qual; verwirrt knüpfte er an seinen ersten Satz eine Folgerung in schrecklicher Halbwahrheit falsch an: „Wir wurden doch nie richtig unterrichtet; 1932/33, da wußten die Leute ja noch gar nicht, daß Hitler so viele Juden vergasen würde, trotzdem (!) haben sie ihn gewählt!" Und dann die Sätze, um die es mir hier geht: „Warum waren denn so viele für Adolf? Davon wird uns nichts gesagt. Aber es muß doch einen Grund gehabt haben! Unsere Väter im Krieg, unsere Väter haben ihre Knochen nicht umsonst hingehalten!"

Doch, doch, doch! Doch, umsonst hat dein Vater seine Knochen hingehalten, sinnlos war es, daß er sie sich zerschmettern ließ — aber du, Horst, Peter oder Heinz, du weißt es nicht, bist nicht belehrt worden, kannst nicht begreifen, daß dein Vater da Tag und Nacht im Dreck steht, Mut und Tapferkeit übt und Todesangst leidet für nichts, selbst wenn er an einen Sinn seines Tuns glaubt.

Wofür ein Mensch stirbt ... Aber weißt du nicht, für was alles Menschen schon gestorben sind, für welche Abgefeimtheit und Menschenfeindschaft sie ihre Knochen schon hingehalten haben? Dein Vater ist geschickt worden oder verführt oder beides, er hat sich geirrt oder er hat keinen anderen Ausweg gefunden noch gesucht, er hat seine Knochen hingehalten, und selbst wenn er gemeint hat, das sei für etwas, so war es doch für nichts.

Warum aber, warum hat dir die Gesellschaft, die dich großgezogen hat, nicht gesagt, daß es solche Sinnlosigkeit gibt? Ich höre nicht dich allein so reden. „Die Männer haben ja für etwas gekämpft, für ihr Vaterland — ich liebe das Vaterland, für das meine drei Söhne in den Tod gegangen sind!" höre ich eine alte Frau sagen. Ja, mag sein, daß die drei sich diesen Sinn gedacht haben, ja, mag sein, daß wir uns über Entsetzliches nur schwer anders trösten können als indem wir ihm einen Sinn unterschieben — und doch hätte in zwanzig Jahren unser Volk bis in den letzten Winkel seines Bewußtseins begreifen müssen, daß jenes Kämpfen und Sterben nicht Heldentum war, sondern der Triumph der Sinnlosigkeit über Männer, die hätten ihre Frau lieben, ihre Kinder erziehen, der Freiheit und Gerechtigkeit dienen, an vielen neuen Sommern hätten ihre Freunde haben sollen.

„Ihr wart keine Helden. Ihr wart arme Luder." So sprach Tucholsky schon zu den Toten des Ersten Weltkriegs. Arme Kerle, zu angeblich heldischem Tun verführt und verdammt von der Kraft falscher Erziehung, von der Anmaßung der Herrschenden und der tumben Antwort des eigenen Herzens auf diese Anmaßung. Und daß, Horst, Peter oder Heinz, dein Vater seine Knochen hingehalten hat für einen Mörder, von dem er, nehmen wir das ruhig einmal an, nicht wußte, daß er ein Mörder war — das braucht dir, so wie die Menschen sind, das Bild deines Vaters nicht zu verderben. Aber daß sein Tod sinnlos war, ein Dienst an niemandem, das muß sein Sohn wissen — dein Vater ist gestorben, weil er mißbraucht worden ist, vielleicht auch weil er blind war und blind sich hat mißbrauchen lassen.

Warum hast du das nicht gelernt? Wer hat es unterlassen, dir zu sagen, daß du den Schmerz darüber, daß du keinen Vater hast, nicht mit Sinn verzuckern, sondern ihn verwandeln sollst in Kraft, die der Nüchternheit und Menschlichkeit dient? Wer? Deine Mutter, dein Onkel, deine Lehrer und Meister, dein Pfarrer, deine Professoren, dein Bürgermeister, deine Staatsmänner und die Festredner am Volkstrauertag? Sie alle haben es dir nie gesagt? Nein, sie haben es dir nicht gesagt, und wenn sie dir den „Tod-für-Deutschland"-Zucker nicht aufgedrängt haben, so haben sie ihn doch nicht fortgeräumt, haben ihn liegen lassen, damit du dich bedienen könntest, wenn dir danach wäre. Und dir war danach. Und je mehr unser Land sich in neue Illusionen und Ressentiments verwirrt, desto mehr werden du und deine Kameraden all jene Lügner heißen,

In der Reihe „Stimmen zur Zeit"

Neuerscheinung:

Hans Heinz Holz
Paul Neuhöffer

GRIFF NACH DER DIKTATUR?

Texte, Kommentare, Stellungnahmen
zur geplanten Notstandsgesetzgebung
192 Seiten glanzkarton. DM 5,80

In Kürze erscheint:

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Die Bundesrepublik und Osteuropa

Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik
2. veränderte und erweiterte Auflage

Es sind ferner erschienen:

Enzyklika Papst Johannes' XXIII.

PACEM IN TERRIS

Günther Anders

DIE TOTEN

Rede über die drei Weltkriege
56 Seiten glanzkart. DM 3,50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder
durch den Verlag

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

Reihe „Argumente zur Zeit" 1965*

1	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Das Problem der Todesstrafe	DM	—,50
2	Paul Neuhöffer	Politische Umbesinnung oder permanente Gefahr für Demokratie und Frieden — Eine politische Betrachtung zur Nostandsgesetzgebung	DM	—,75
3	Dr. Arno Klönne	Zivilschutz oder Regierungsschutz? Zur „Zivilschutzfibel" des Bundesinnenministeriums	DM	—,50
4	Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer	Der christliche Glaube — Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik	DM	1,—
5	Wolfgang Piepenstock	Das Verbot politischer Vereinigungen und die freiheitliche Demokratie	DM	—,75
6	Dr. Hermann Etzel	Die Stunde Europas	DM	—,30
7	Horst Heiden	Vorwärtsverteidigung — eine Strategie für die Allianz?	DM	—,75
8	Jochen Willke	„Vom Osten geteilt — vom Westen verraten"	DM	—,30
9	Dr. Anton Reithinger	Fünfzehn Jahre Bonner Außenpolitik	DM	1,—
10	Dr. Walter Lewald	Die Bilanz der öffentlichen Verjährungsdebatte	DM	—,75
11		Fünfzehn französische Arbeiterpriester schreiben an das Konzil	DM	—,50
12	Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler	Positionen und Begriffe?	DM	1,50
13	Christian Geißler	Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können	DM	1,—

Außerdem liegen folgende Sonderdrucke vor:

S 1	Sonderheft der „Blätter":	Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik	DM	2,—
S 2	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost	DM	1,—
S 3	Präses D. Ernst Wilm	Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland	DM	—,50
S 4	Prof. Dr. jur. Helmut Ridder	Offener Brief an Gustav Heinemann	DM	—,20
S 5	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Staatsschutz im Rechtsstaat	DM	1,—
S 6	Dr. Hermann Rauschning	Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und David L. Hoggan	DM	1,—
S 7	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Pressefreiheit und Landesverrat	DM	1,—
S 8	Rechtsanwalt Heinrich Hannover	Zur Frage einer Notstandsverfassung	DM	1,—
S 9	Rechtsanwalt Heinrich Hannover	Zum Entwurf eines „Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall"	DM	—,75
S 10	Dr. Hermann Rauschning	Kontinuität des Irrtums	DM	1,—
S 12	Prof. Dr. jur. Helmut Ridder	Die veruntreute Freiheit	DM	—,20
S 13	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Falsche staats- und völkerrechtliche Thesen zur Wiedervereinigung	DM	1,—
S 14	Prof. Dr. jur. Friedrich Klein	Grundgesetz und unmittelbarer Wechsel vom Mitglied der Bundesregierung zum Bundespräsidenten	DM	2,50

*) In dieser Reihe erscheinen Beiträge aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik", die für die politische Diskussion von grundlegender Bedeutung sind.

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

die euch sagen: Deutschland darf mit dem Blut eurer Väter nichts anfangen können, denn für die Zukunft, die wir meinen, ist es nicht vergossen worden — es ist vergossen worden aus jedem Sinnzusammenhang hinaus die Schlachthofrinne hinunter in den Mutt.

Aber durch zwanzig Jahre hin, Horst, Peter, Heinz, ist zu dir nicht gedrungen, was Karl Jaspers im Herbst 1945 gesagt hat: „Schätzungsweise vier Millionen Deutsche sind gefallen für einen Staat, der ... alles, was wahr und gut war in Deutschen, ausrottete — dessen Sieg, soweit wir zu sehen vermögen, das Ende des Deutschtums geworden wäre. Diesen Tatbestand müssen wir uns so anschaulich vor Augen stellen und ... so klar erörtern, daß daraus eine wirkliche Überzeugung erwächst. Es kommt darauf an, unser deutsches Leben unter den Bedingungen der Wahrheit zu gewinnen."

Wo ist dieses Leben, das in diesen zwanzig Jahren hätte gewonnen werden müssen? Hat niemand dein Herz entflammen können dafür, unter den Bedingungen der Wahrheit unser deutsches Leben zu gewinnen, oder hat es niemand versucht? Und warum nicht? Aus Trägheit, Bequemlichkeit, Selbstgerechtigkeit, Dummheit, Feigheit? „Die Wahrheit wird euch freimachen", heißt es in der Bibel, und wenigstens hier vor dem Bild deines Vaters kann kein Pilatus fragen: „Was ist Wahrheit?" Ja, man hat dir die eine Hälfte der Wahrheit geben wollen, die halbe Freiheit, und dir einiges über Hitlers Verbrechen gesagt — aber von deines Vaters Tod haben sie die Lüge nicht weggerissen und damit, damit allein haben sie sein letztes Stöhnen entehrt.

Ich höre die Qual in deiner Stimme: „Unsere Väter haben ihre Knochen nicht umsonst hingehalten!" Heute tust du mir noch leid. Ich wollte, der Tag käme nicht, an dem ich mich aufraffen müßte, dich zu hassen, und einer von uns den andern verfolgt, weil deine Stimme selbstsicher geworden ist in der Lüge.

Felix Rexhausen

Grass trommelt für die SPD

Der Autor der „Blechtrommel" und der „Hundejahre", Günter Grass, Mitglied der „Gruppe 47" und damit zugleich einer der unbequemen Mahner und Beobachter der jüngeren Garde im literarischen Bereich, hat seine Absicht kundgetan, vier Wahlreden zu schreiben und im bevorstehenden Bundestagswahlkampf für die SPD auf die Tribüne zu steigen. Grass sucht damit nicht erstmals ein bestimmtes politisches Engagement, denn wir wissen, daß aus seiner Feder schon manches Konzept für Willy Brandt entstand, daß er auf Brandts Wahl- und Werbetournee durch die Bundesrepublik im Jahre 1961 zeitweilig zum engsten Begleiterstab des „Regierenden" gehörte und jüngst auf dem Karlsruher Parteitag der SPD ebenfalls seine Aufwartung machte. Grass ist also schon seit Jahren ein „Engagierter", und wenn es zur Verantwortung und — wie wir meinen — sogar zu den Pflichten auch eines Schriftstellers gehört, politisch zu wirken und Stellung zu nehmen, so kann Grass mit Fug und Recht bescheinigt werden, daß er seinem von Zeit und Gesellschaft gestellten Auftrag mit Eifer nachkommt. Indes fordert politisches Wirken auch politische Verantwortung ab, und hier sei es uns erlaubt, dem mutigen Autor Grass auch das Wagnis aufzuzeigen, das er mit seinem neuen Engagement übernimmt. Es kann dem Autor Grass nicht entgangen sein, in welch fatale Richtungslosigkeit sich die SPD dank Wehner und Erler seit Godesberg hineinmanövriert hat, — es kann ihm nicht entgangen sein, mit welch peinlichen Manövern sie um der lieben Wählerstimmen willen Profil und Gesicht verlor und mit welch beschämenden Verleumdungen sie der vielgelobten Toleranz zum Hohn gegen die „Rebellen" zu Felde zieht. Wir glauben nicht mehr daran (wie so viele es noch tun), daß dies alles Taktik ist — es wäre zudem eine miserable Taktik. Glaubt Grass daran? Wir glauben auch nicht, daß dieser Weg der SPD und dem deutschen Sozialismus zum Segen gereicht. Glaubt Grass daran? — Als das „Spandauer Volksblatt" vor etwa einem Jahr mit politischem Avantgardismus von sich reden machte, reihte sich Grass im Rahmen einer spontanen Werbekampagne als Trommler für eine „ehrliche Zeitung" in den Kreis von Gruner, Neuss, Uwe Johnson u. a. ein. Berlins ehrliche Zeitung wird dem SPD-Wahlredner Grass nicht mehr alles abnehmen können, wenn er im Herbst getreu den Richtlinien von Karlsruhe an das Rednerpult tritt. Grass kann in der Schwarzwaldhalle

nicht die Riesenkarte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 übersehen haben. Die SPD stellte sie unter die hochbrisante Losung „Erbe und Auftrag". Das „Spandauer Volksblatt" gab jüngst zu verstehen, wie es über diese Art von Nationalismus denkt. „Er treibt die Politik zur Radikalisierung", so schreibt das Blatt, „er schafft neben der Unzufriedenheit Unruhe, er zerstört die Einsicht in politische Lösungen. Indem er Wünsche erweckt, die von vornherein unerfüllbar sind (Deutschland in den Grenzen von 1937), stiftet er Unmut und Verwirrung. Es kann der Bundesrepublik ähnlich ergehen wie dem Staat von Weimar, wenn dieser Nationalismus nicht von Anfang an bekämpft wird." Fürwahr, wir steuern diesem verhängnisvollen Zustand schon bedenklich zu. Die SPD aber hat hierzu einen nicht unwesentlichen Beitrag geliefert. Der Autor Grass wird sich als Wahlredner Grass entscheiden müssen, ob er zu dieser Entwicklung ein deutliches Ja oder ein deutliches Nein sagt. Ein Ausweichen sollte er sich um seines guten literarischen Rufes willen nicht erlauben. Als Schriftsteller könne er viel mehr sagen, als ein Politiker aussprechen könnte, erklärte Grass in Erläuterung seines Entschlusses, aktiv in den Wahlkampf einzugreifen. Wir sind gespannt, was uns Grass zu sagen haben wird. „Es gibt keine Innere Emigration, auch zwischen 1933 und 1945 hat es keine gegeben. Wer schweigt, wird schuldig", schrieb Grass anläßlich des Mauerbaus in Berlin an die Mitglieder des ostdeutschen Schriftstellerverbandes. An dem, was Grass in den Herbsttagen dieses Jahres verschweigt und was er ausspricht, werden wir ablesen, ob es für ihn in den entscheidenden und folgenschweren Fragen deutscher Nachkriegspolitik keine innere Emigration gibt.

Günter W. Smirr

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Da das Alphabet aus mehr Buchstaben besteht, als es der Abkürzung I.N.R.I. zu entnehmen ist, verstehe ich nicht, weshalb in der nichtkonfessionellen Schule meiner siebenjährigen Tochter ein Kruzifix über der Klassentür als Ritualrequisit hängen muß. Der Schulbesuch ist Pflicht, der Besuch von Kultstätten nicht.

Ich begriff auch nicht, weshalb die obligate Schulaufnahmefeier mit einer Pfarreransprache gespickt wurde, denn meine Tochter und ihre Eltern waren vom Staat, nicht von der Kirche eingeladen worden. Nachdem in dieser staatlichen Schule die nichtgläubigen Staatsbürger den Kindern in wohlgesetzter Rede madig gemacht wurden, kam, noch vor der ersten Schulstunde, die erste zweifelnde Frage meiner Tochter: „Pappi, da stimmt doch was nicht!?"

Binsenweisheit von Kindern und Narren?

Und es wird sich wohl in Zukunft mehr um Binsen als um Weisheit handeln, wenn angekündigt wurde, daß man leider statt der ‚eigentlich notwendigen und geplanten' 18 bis 20 Schulstunden wegen Lehrermangels nur etwa 14 werde absolvieren können und auf manches verzichten müsse. Statt auf Lehrerzuwachs rechnen zu können, müsse man sich auf Gottes Hilfe verlassen. Erwiesenermaßen ist beim Aufnehmen des Lehrpensums ein guter Pädagoge sicherer als die diesbezüglich auch von Gläubigen nicht definierbare Hilfe Gottes.

Übrigens, noch vor kurzer Zeit trat der Bundeskanzler energisch den ‚Unkenrufen' vom Bildungsnotstand entgegen!

Herr Bundeskanzler, meine Tochter sitzt mit achtundvierzig Kindern in einer Klasse!

Übrigens fallen von dem Schrumpflehrplan noch einmal zwei Stunden fort: die Religionslehrerin fordert dieses Siebentel der ganzen Unterrichtszeit, obwohl bereits im ‚weltlichen' Lesebuch vom ‚lieben Heiland' und dem ‚heil'gen, frommen Christ' gesprochen wird, als hätten wir eine Staatsreligion. So war denn auch in keiner der Reden während der Schulaufnahmefeier vom Staat die Rede oder etwa davon, daß man bestrebt sei, die Schulanfänger zu Staatsbürgern zu machen; man beschränkte sich darauf, von ‚Gläubigen' zu reden.

Würde ich annehmen, daß dies ein Einzelfall sei, so hätte ich ihm nicht diese Seite geopfert, doch ich fürchte, meine wahre Geschichte ist eine unattraktiv normale Story: zum Schulanfang hundertfach exempliert.

Es ist beschämend, mitansehen zu müssen, wie sich das Reservoir der Bild-Leser-Aspiranten stetig füllt. Es ist sträflich, schweigend mitzuerleben, wie unser protzreicher Staat frevelhaft das Bildungswesen vernachlässigt, als handele es sich um unnotwendigen Firlefanz.

Was für ein klägliches Zeugnis für unsere Staatsorganisation, wenn sich der Rektor einer Schule in Ermangelung der eigentlich selbstverständlichen Hilfe des Staates auf die ‚Gottes' angewiesen sieht.

Man braucht nicht Pazifist zu sein, um zu erkennen, daß man mit der Rüstung, die man auf Kosten des Bildungswesens füttert, den Wert dessen, was es zu verteidigen gibt, täglich mindert.

Daß wir Kriege zu verlieren verstehen, haben wir mehrfach bewiesen, nun sind wir dabei, sogar noch den Frieden zu verlieren.

Dokumente zum Zeitgeschehen

215 Professoren appellieren an die Gewerkschaften

An
den Bundesvorstand des Deutschen Gewekschaftsbundes,
an den Vorstand der

Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik
Industriegewerkschaft Druck und Papier
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Gewerkschaft Holz
Gewerkschaft Kunst
Gewerkschaft Leder
Industriegewerkschaft Metall
Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Gewerkschaft der Polizei
Deutschen Postgewerkschaft
Gewerkschaft Textil — Bekleidung

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon zwei Jahre nach den Änderungen des Grundgesetzes im Jahre 1956, durch die die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik juristisch konsolidiert wurde, hat die Bundesregierung damit begonnen, einen weiteren Eingriff in unsere verfassungsrechtliche Ordnung vorzubereiten: die Einfügung von sogenannten Notstandsbestimmungen. Bis heute hat sie sich mit diesem Verlangen nicht durchsetzen können. Jetzt aber ist höchste Gefahr im Verzuge! Die Bundesregierung drängt auf eine Verabschiedung ihrer Notstandsverfassung und einiger sogenannter einfacher Notstandsgesetze noch in diesem Frühjahr. Während der jetzt bekanntgewordene Atomminenplan ernsthaft am Sinne der bisherigen Verteidigungspolitik zweifeln läßt, befindet der Generalinspekteur des Heeres, daß zu ihrer Ergänzung diese Verabschiedung „der wichtigste nächste Schritt" sei. Der Bundestag ist offenbar hierzu bereit.

Die ersten Entwürfe für eine Ausnahmegesetzgebung mußten bekanntlich zurückgezogen werden. Allzu offensichtlich war ihre Absicht, noch über die Freiheitsbeschränkungen und die diktatorische Gewalt des Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung hinauszugehen. Der neue Entwurf ist denn auch in der Form wesentlich vorsichtiger. In den Bundestagsausschüssen wird zur Zeit in Tag- und Nachtsitzungen versucht, die letzten Bedenken der parlamentarischen Opposition auszuräumen. Die diktatorische Gewalt für die Ausnahmesituation des Krieges, der schamhaft „Verteidigungszustand" genannt wird, und der Mobilmachung und ihrer Vorbereitung, die dort „Spannungszustand" heißt, soll jetzt an die Mitwirkung eines kleinen permanenten Ausschusses aus Bundestag und Bundesrat, den sogenannten Notstandsausschuß, gebunden werden. Die Bundesregierung hofft, auf diese Weise endlich die notwendige Zweidrittelmehrheit für ihre Notstandsgesetzgebung zu erreichen.

Aber die Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Verfassungsrechts ist dadurch nicht gebannt, die Notstandsgesetze sind nicht gezähmt worden! Auch in der neuen Form entziehen sie dem Parlamentsplenum die Entscheidungsbefugnis und die Rechtssetzungsgewalt und führen mit der Einschränkung von Grundrechten geraden-

wegs zur Aufrichtung diktatorischer Gewalt. Entscheidend ist nämlich nicht, w e r den Ausnahmezustand erklärt — ein Ausschuß oder die Regierung —, sondern d a ß der Ausnahmezustand abermals in Deutschland erklärt werden kann — von wem auch immer!

Ausnahmezustand heißt: Aufhebung der Informations-, der Nachrichtenverbreitungs- und Meinungsäußerungsfreiheit der Bürger, Versammlungsverbote, wirtschaftliche Zwangsgesetze usw. Auch das Streikrecht wäre betroffen; denn die Streichung des sogenannten inneren Notstandes kann nicht beruhigen. Selbst wenn das Koalitionsrecht des Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes formell nicht angetastet wird, kann die Erklärung des „Spannungszustandes" benutzt werden, die Arbeitnehmer einem „besonderen Gewaltverhältnis" zu unterstellen, womit das Recht auf Wechsel des Arbeitsplatzes und der Arbeitseinstellung aufgehoben wird. Unleugbar läge hier eine ständige Versuchung vor, einen „Spannungszustand" zu fingieren oder gar zu provozieren, um innenpolitische und soziale Probleme totalitär zu lösen und noch die geringste Kritik an der Wehr- und Außenpolitik zu ersticken. Ausnahmegesetze sind — wir haben es schon einmal erlebt — der Tod der Demokratie. Sie sind es auch dann, wenn sie im Namen der Demokratie beschlossen und angewandt werden.

Wir sagen damit nichts Neues! Viele haben es bereits gesagt. Auch sind die politisch Verantwortlichen schon vielfach angesprochen worden, nicht zuletzt von den Gewerkschaften, denen mehr als ein Drittel aller Abgeordneten der im Parlament vertretenen Parteien entstammt. Die Gewerkschaften haben ihre Ablehnung mit Beschlüssen bekräftigt.

Das alles ist nicht wirkungslos geblieben. Die Eile, den Notstandskomplex — ob auch als „Kompromiß" — hinter verschlossenen Türen der Bundestagsausschüsse jetzt abzuschließen, zeugt nur zu deutlich von der sachlich wie politisch-moralisch schwachen Position, in der sich seine Verfechter gegenüber den Kräften befinden, welche die Demokratie in Deutschland noch ernst nehmen. Damit ist ein Stadium erreicht, das höchste Aufmerksamkeit verlangt. Es bahnt sich eine überhastete Verabschiedung an, da offenbar ein Einverständnis der Parteienspitzen besteht, dieses Thema, bei dem es um den Grundgehalt unseres Staates geht, auf diese Weise der öffentlichen Diskussion im Wahlkampf zu entziehen. Sie behandeln die Frage, als sei sie längst beschlossen, und erwarten, daß die Mehrheit des Bundestages sich damit einverstanden erkläre.

Deshalb muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß alle Warnungen, wie sie in letzter Zeit von zahlreichen Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit geäußert worden sind, nicht länger genügen. Wir wenden uns daher heute an die Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund, die unstreitig zu den Kräften gehören, die tatkräftig und von Anbeginn an am Aufbau unseres demokratischen Staatswesens mitgewirkt haben. Wir fragen Sie:

> Können wir wenigstens den Abgeordneten vertrauen, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, daß sie sich den Machinationen widersetzen, mit denen wir auf Entscheidungen festgelegt würden, die an die Fundamente unserer demokratischen Ordnung rühren und die die Existenz unseres Volkes aufs Spiel setzen?
>
> Wir fragen Sie: Werden Sie bei Ihren Beschlüssen bleiben, und was gedenken Sie zu tun, um die Demokratie ernsthaft zu verteidigen?

März/April 1965

Prof. Dr. phil Heinrich Abel, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth, Universität Marburg — Prof. Dr. rer. pol. Hans Albert, Wirtschaftshochschule Mannheim — Prof. Dr. med. Dr. phil. Robert Ammon, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. rer. nat. Christian G. Amsturz, Universität Heidelberg — Prof. Dr. med. Dr. phil. Hans Anger, Universität Köln — Prof. Fred Angerer, Technische Hochschule München — Prof. Dr. phil. Karl Otmar Frhr. von Aretin, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. rer. nat. Ph. D. Michael Ashworth, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. Reinhold Baer, Universität Frankfurt — Prof. Dr. phil. Hans Paul Bahrdt, Universität Göttingen — Prof. Dr. med Philipp Bamberger, Universität Heidelberg; Prof. Dr. phil. Jakob Barion, Universität Bonn — Prof. Dr. jur. Jürgen Baumann, Universität Tübingen — Prof. Dr. phil. Eduard Baumgarten, Universitäten Freiburg und Mannheim — Prof. Dr. rer. nat. Ernst Becker, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. rer. nat. Hans J. Becker,

Universität München — Prof. Dr. jur. Walter Gustav Becker, Freie Universität Berlin — Prof. Dr. phil. Siegfried Behn, Universität Bonn — Prof Dr.-Ing. Helmut Behrens, Universität Erlangen — Prof. Dr. phil. Karl Heinrich Bertau, Universität Göttingen — Prof. Dr. phil. h. c. Dr. jur. Franz Beyerle, Universität Freiburg — Prof. Dr.-Ing. F. J. Bornscheuer, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn — Prof. Dr. phil nat. Georg Brauer, Universität Freiburg — Prof. Dr. phil Eduard Brenner, Staatssekretär a. D., Universität Erlangen — Prof. Dr.-Ing. Herbert Breth, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Günther Briegleb, Universität Würzburg; Prof. Dr. phil. Walther Bulst, Universität Heidelberg; Prof. D. Dr. phil. h. c. D. D. Rudolf Bultmann, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Dieter Claessens, Universität Münster — Prof. Dr. phil. Karl Otto Conrady, Universität Kiel — Prof. D. theol. Hans Conzelmann, Universität Göttingen — Prof. Maximilian Debus, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr.-Ing., Dr.-Ing. E. h. Richard Döcker, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. phil. Heinrich Döpp-Vorwald, Universität Münster — Prof. Dr. phil. Heinrich Dücker, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Friedrich Edding, Technische Universität Berlin — Prof. Dr. phil. Dietz Otto Edzard, Universität München — Prof. Dr. phil. Gerhard Eis, Universität Heidelberg — Prof. Dr. phil. Bernd Eistert, Universität Saarbrücken; Prof. Dr. phil. Hans Engel, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. nat. Peter Engel, Universität Mainz — Prof. Dr. phil. nat. Alfred Faessler, Universität München — Prof. Dr.-Ing. Sigurd Falk, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. Dr. oec. publ. Eberhard M. Fels, Universität München — Prof. Dr. jur. et phil. Ossip K. Flechtheim, Freie Universität Berlin — Prof. Dr.-Ing. Hermann Flesche, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. Dr. oec. Dr.-Ing. Carl Föhl, Freie Universität Berlin — Prof. Dr. med. Werner Forßmann, Universität Mainz — Prof. Dr. phil. Ernst Fraenkel, Universität Frankfurt — Prof. Dr. phil. Gerhard von Frankenberg und Ludwigsdorf, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. Dr. phil Kurt von Fritz, Universität München — Prof. Hermann Geibel, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Walter Gerstenberg, Universität Tübingen — Prof. Dr. phil. Hermann Glockner, Technische Hochschule Braunschweig; Prof. Dr. rer. pol. Dipl.-Ing. Dietrich Goldschmidt, Freie Universität Berlin — Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Stefan Goldschmidt, Technische Hochschule München — Prof. D. D. D. Helmut Gollwitzer, Freie Universität Berlin — Prof. Dr. rer. techn. Heinrich Graf, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Ernesto Grassi, Universität München; Prof. Dr. med. Herbert Groh, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Wilhelm Gundert, Universität Hamburg — Prof. Max Guther, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Claus Häbler, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil Hans Haffner, Universität Hamburg — Prof. Dr. theol. Friedrich Hahn, Hochschule für Erziehung a. d. Universität Gießen — Prof. Dr. phil. Richard Hamann-MacLean, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Wolfgang Hartke, Technische Hochschule München — Prof. Dr. Dr. h. c. Wilhelm Hasenack, Universität Göttingen — Prof. Dr. phil. Karl Heisig, Unisersität Marburg — Prof. Dr. phil. Hartmut von Hentig, Universität Göttingen — Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Hertz, Universität Münster — Prof. Dr. phil. Dr. jur. Alfred Heuss, Universität Göttingen — Prof. Dr. phil. Hans Hinterhäuser, Universität Kiel — Prof. Dr. phil. Georg Hoeltje, Technische Hochschule Hannover — Prof. Dr. oec. publ. Werner Hofmann, Universität Göttingen — Prof. Dr. phil. Erich Hückel, Universität Marburg — Prof. Dr. rer. nat. Dieter Hummel, Universität Köln — Prof. Dr. phil. Erich Huster, Universität Münster — Prof. Dr. rer. pol. Herbert Jacob, Universität Hamburg — Prof. Dr. phil. Walter Jaenicke, Universität Erlangen — Prof. Dr. phil. Walter Jens, Universität Tübingen — Prof. Dr. rer. nat. Christian Junge, Universität Mainz — Prof. Dr. phil. Eduard Justi, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. Dr. phil. Ulrich Jux, Universität Köln — Prof. Dr. med. Richard Kurt Kepp, Universität Gießen — Prof. Dr. jur. Ulrich Klug, Bankdirektor a. D., Universität Köln — Prof. Dr. phil. Erich Köhler, Universität Heidelberg — Prof. Dr.-Ing. Adolf König, Universität Kiel — Prof Dr. phil. René König, Universität Köln — Prof. Dr. rer. pol. Eugen Kogon, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Joachim Kopper, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. rer. nat. Peter Kramp, Universität Frankfurt — Prof. Dr.-Ing. Robert Kraus, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. D. theol. Walter Kreck, Universität Bonn — Prof. Dr. phil. Karl Krejci-Graf, Universität Frankfurt — Prof. Dr. phil. Christian Graf von Krockow, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. nat. Karl Krömmelbein, Universität Kiel — Prof. Dr. phil. Heinz Kronasser, Universität

Würzburg — Prof. Dr. med. Helmut Kuhlenkamff, Universität Saarbrücken/Homb. — Prof. Dr. phil Dr. h. c. Hans Kuhn, Universität Kiel — Prof. Dr. phil. Hans Joachim Lang, Universität Tübingen — Prof. Dr.-Ing. Kurt Lange, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. rer. nat. Detlev Laugwitz, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Hermann Lautensach, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. med. Emil Lehnarzt, Universität Münster — Prof. Dr. med. Werner Leibbrand, Universität München, und Dr. Annemarie Leibbrand-Weltley, Universität München — Prof. Werner Lendholt, Technische Hochschule Hannover — Prof. Dr.-Ing. Fritz Leonhardt, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. phil. Wolfgang Lentz, Universität Hamburg — Prof. Dr. jur. Dr. phil. M. A. Friedrich Lenz, Universitäten Gießen und Göttingen — Prof. Dr. rer. nat. Paul-Heinz List, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Walther Ludwig, Universität Frankfurt — Prof. Dr. Edgar Lüscher, Techn. Hochschule München — Prof. Dr. jur. Werner Maihofer, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. Werner Mangold, Pädagogische Hochschule Osnabrück — Prof. Dr. rer. nat. Erich Martensen, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. jur. Dr. phil. Dr. oec. h. c. Alfred von Martin, Universität München — Prof. Dr. phil. Heinz Maus, Universität Marburg — Prof. Dr. Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Walther Meißner, Technische Hochschule München — Prof. Dr. Dr. h. c. Gustav Mensching, Universität Bonn — Prof. Dr. phil. Ferdinand Merz, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Wolfgang Metzger, Universität Münster — Prof. D. theol. Dr. phil. Manfred Mezger, Universität Mainz — Prof. Dr. phil. Eugen Meyer, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. Peter Michelsen, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. Dr. med. Fritz Miller, Universität München — Prof. Dr. med. Alexander Mitscherlich, Universität Heidelberg — Prof. Dr. Jürgen Moltmann, Universität Bonn — Prof. Bruno Müller-Linow, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Charles H. Nichols, Freie Universität Berlin — Prof. Dr. phil. Dieter Nörr, Universität Münster — Prof. Dr. Kurt Otten, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Eberhard Otto, Universität Heidelberg — Prof. Dr. med. Gerhard Petry, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Will-Erich Peuckert, Universität Göttingen — Prof. Dr. phil. G. K. M. Pfeiffer, Technische Hochschule Hannover — Prof. Dr.-Ing. Alf Pflüger, Technische Hochschule Hannover — Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Pitzen, Universität Münster — Prof. Dr. phil. Josef Plenk, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. Dr. h. c. Helmuth Plessner, Universität Göttingen — Prof. Dr.-Ing. Hans Plieninger, Universität Heidelberg — Prof. Dr. rer. pol. Friedrich Pollock, Universität Frankfurt — Prof. Dr. phil. Heinrich Popitz, Universität Freiburg — Prof. Dr. jur. h. c. Dr. jur. h. c. Dr. phil. h. c. Dr. h. c. Dr. jur. Fritz Pringsheim, Universität Freiburg — Prof. Dr. phil. Helge Pross, Universität Gießen — Prof. Dr.-Ing. Joachim Raabe, Technische Hochschule München — Prof. Dr. phil. Franz Rauhut, Universität Würzburg — Prof. Dr. rer. pol. Erich Reigrotzki, Universität Marburg — Prof. Dr.-Ing. Hermann Reiher, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. phil. Erich Reitzenstein, Universität Mainz — Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, Universität München — Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Universität Bonn — Prof. Dr. rer. nat. Alfred Roedig, Universität Würzburg — Prof. Dr. phil. Lutz Röhrich, Universität Mainz — Prof. Dr. rer. nat. Franz Rost, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. Heinrich Roth, Universität Göttingen — Prof. Dr. med. Karl Rotschuh, Universität Münster — Prof. Dipl.-Ing. Dr. h. c. August Rucker, Bayerischer Staatsminister a. D., Technische Hochschule München — Prof. Dr. phil. Dr. med. Dr. phil. h. c. Karl Saller, Universität München — Prof. Dr. phil. Klaus Schäfer, Universität Heidelberg — Prof. Dr. med. Hans Schaefer, Universität Heidelberg — Prof. Dr. rer. nat. Friedrich Schaller, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. Dr. phil. Walter Scheidt, Universität Hamburg — Prof. Dr.-Ing. Gerhard Schenkel, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. phil. Anton Scherer, Universität Heidelberg — Prof. Dr. rer. pol. Erwin Kurt Scheuch, Universität Köln — Prof. Dr. phil. Karl Schlechta, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. rer. nat. Dr. h. c. Josef Schmid, Universität Mainz — Prof. Dr. phil. Curt Schmieden, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr.-Ing. E. h. Paul Schmitthenner, Technische Hochschule Stuttgart — Prof. Dr. oec. publ. Franz Paul Schneider, Universität Würzburg — Prof. Dr. phil. Karl Schoenemann, Technische Hochschule Darmstadt — Prof. Dr. phil. Fritz Schremmer, Universität Heidelberg — Prof. Dr. phil. Wolfgang Schulenberg, Pädagogische Hochschule Oldenburg — Prof. Dr.-Ing. E. h. Winfried Otto Schumann, Technische Hochschule München — Prof. Dr. rer. pol. Bruno Seidel, Universität Göttingen — Prof. Dr. rer. techn.

Dr. phil. Herbert Seifert, Universität Heidelberg — Prof. Dr. med. Walter Seitz, Universität München — Prof. Dr. phil. Herbert Siebenhüne, Universität Würzburg — Prof. Dr. Ernst Siegmann, Universität Würzburg — Prof. Dr. phil. Erika Simon, Universität Würzburg — Prof. Dr. phil. Max Solms, Universität Marburg — Prof. Dr. phil. Jürgen Frhr. v. Stackelberg, Universität Göttingen — Prof. Dr. rer. nat. Egon Stahl, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. Rudolf Stark, Universität Saarbrücken — Prof. Dr. phil. Ludwig Steinberger, Universität München — Prof. Dr. med. Philipp Stöhr, Universität Bonn — Prof. Dr. med. vet. Anton Stoß, Universität München — Prof. Dr.-Ing. Fritz Straßmann, Universität Mainz — Prof. Dr. phil. Wilhelm Sturmfels, Universität Frankfurt — Prof. Dr. rer. nat. Georg Süßmann, Universität Frankfurt — Prof. D. theol. Dr. phil. Wolfgang Trillhaas, Universität Göttingen — Prof. Dr. rer. nat Fritz Umland, Universität Münster — Prof. Dr. techn. Franz Unger, Technische Hochschule Braunschweig — Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Albrecht Unsöld, Universität Kiel — Prof. Dr. phil. Walter Vogel, Universität Bonn — Prof. Dr. phil. Eckhardt Vogt, Universiät Marburg — Prof. D. theol. D. D. h. c. Otto Weber, Universität Göttingen — Prof. Dr. rer. nat Hans Arwed Weidenmüller, Universität Heidelberg — Prof. Erich Weigelin, — Universität Bonn — Prof. Dr. phil. Wilhelm Weischedel, Universität Berlin — Prof. Dr. med. Karl Wezler, Universität Frankfurt — Prof. Dr. phil. Theodor Wieland, Universität Frankfurt — Prof. Dr. agr. Hans Wilbrandt, Universität Göttingen — Prof. Dr. rer. nat. Karl Wildermuth, Universität Tübingen — Prof. Dr. rer. pol. Folkert Wilken, Universität Freiburg — Prof. Dr. phil. Kurt Wölfel, Universität Erlangen — Prof. D. theol. Dr. theol. h. c. Ernst Wolf, Universität Göttingen — Prof. Dr. phil. Lothar Zotz, Universität Erlangen — Prof. Dr. rer. nat. Wilhelm Zwölfer, Universität München.

Nachträglich haben sich dem Appell noch folgende Professoren angeschlossen:

Prof. Dr.-Ing. Fritz Hunger, TU Berlin — Prof. Dr. rer. pol. Fritz Eberhardt, Berlin — Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Otto Haupt, Erlangen (ord. Mitglied der Akademie der Wissenschaften, München, etc.) — Prof. Dr.-Ing. Erich Lange, Erlangen — Prof. Dr. phil. Peter von Oertzen, TH Hannover — Prof. Dr. med. Kurt Kuschinsky, Mainz — Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Klein, TH Darmstadt — Prof. Dr. theol. Günter Klein, Kiel — Prof. Dr. theol. Werner Jetter, Tübingen — Prof. Dr. phil. Helmut Witte, TH Darmstadt — Prof. Dr. phil. Wolf Dieter Stempel, Bonn — Prof. Dr. phil. Aloys Wenzl, München — Prof. Dr. rer. pol. Georg Bergler, Erlangen — Prof. Dr. rer. pol. Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen.

Deutscher Industrie- und Handelstag gegen Sicherstellungsgesetze

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) lehnt die zur Zeit beratenen Sicherstellungsgesetze ab. In einem Schreiben hat der DIHT die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen aufgefordert, dem Wirtschafts-, Verkehrs- und Ernährungssicherstellungsgesetz nicht zuzustimmen. Diese drei Notstandsgesetze seien in ihrer derzeitigen Fassung mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren. Der DIHT beanstandet vor allem,

- daß das praktisch unbegrenzte Notverordnungsrecht der Exekutive auf wirtschaftlichem Gebiet in vollem Umfang schon in Friedenszeiten anwendbar sein soll;
- daß damit Kosten der Zivilverteidigung auf die Wirtschaft abgewälzt werden sollen und den Unternehmen schon im Frieden Kosten auferlegt werden dürfen, die sie unzumutbar belasten;
- daß den öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisationen schon im Frieden die Ausführung der verteidigungs-wirtschaftlichen Maßnahmen gegen ihren Willen auferlegt werden kann und diese Wirtschaftsorganisationen in ihren Selbstverwaltungsrechten bedroht sind;
- daß wirksame, vor allem sofort wirksame Kontrollbefugnisse des Parlaments nicht vorgesehen sind, die der mit den Sicherstellungsgesetzen verbundenen bedeutenden Verlagerung der Gesetzeskompetenz auf wirtschaftlichem Gebiet angemessen wären.

Der DIHT vertritt die Auffassung, daß die Ermächtigungen auf das für den jeweiligen Zweck der Sicherstellung in Kriegs-, Friedens- und Spannungszeiten abgestuft und auf das jeweils unumgängliche und nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten vertretbare Maß begrenzt werden müssen. Der DIHT hatte dazu eigene Vorstellungen entwickelt. Die ursprüngliche Absicht des Wirtschaftsausschusses, wenigstens die Trennung von Kriegs- und Friedensrecht durchzusetzen, ist jedoch an der schließlich akzeptierten Formulierung gescheitert, die den Regierungsentwurf nicht wesentlich ändert.

Der DIHT, dem die gefährliche Unterschätzung der sogenannten einfachen Notstandsgesetze schon lange Sorge bereitet, betont in dem Brief, er habe bisher mit öffentlicher Kritik zurückgehalten, um die Schaffung der für die notwendigen Friedensmaßnahmen erforderlichen Rechtsgrundlagen nicht zu gefährden. Da es nicht gelungen sei, wenigstens die gröbsten Mängel der Gesetze zu beheben, könne der DIHT aus seiner Verantwortung gegenüber der Wirtschaft seine Bedenken gegen diese Sicherstellungsgestze nicht mehr zurückstellen.

29. IV. 1965

Erklärung des Bundesverbandes Deutsch-israelischer Studiengruppen, der Humanistischen Studentenunion, des Liberalen Studentenbundes Deutschlands, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

Wir wenden uns gegen die beabsichtigte Verabschiedung des vom Rechtsausschuß des Bundestages am 17. März fertiggestellten Entwurfs eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes.

Diese Notstandsverfassung steht im Widerspruch zu dem in der Verfassung verankerten Prinzip der Gewaltenteilung, sie ist unvereinbar mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes.

1. Generalklauseln erlauben der (jeweiligen) Bundesregierung eine nahezu totale Übernahme der Macht im Staate unter dem Hinweis darauf, daß „die Lage unabweisbar sofortiges Handeln erfordert."

2. Die Notstandsverfassung macht der Exekutive die Usurpation von Legislativrechten möglich.

3. Sie gestattet einer Regierungsmehrheit die zeitlich unbefristete Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes und damit unter anderem die Aussetzung von Wahlen für diese Zeit.

4. Sie läßt eine Ausschaltung parlamentarischer Opposition zu.

5. Sie schafft die Voraussetzung für eine Gleichschaltung der Länder im Notstandsfall.

6. Sie ermöglicht die Unterdrückung der Freiheit der Information und der öffentlichen Meinungsäußerung; die Einsetzung von Fernseh- und Rundfunkkommissaren und die wirtschaftliche Vernichtung mißliebiger Presseorgane.

7. Sie erlaubt die Ausschaltung der Gewerkschaften und eine Zivildienstpflicht der Arbeitnehmer unter quasi militärischer Verfügung der Unternehmer.

8. Sie ermächtigt die Regierung zur Entscheidung über den bewaffneten Einsatz der Streitkräfte im Innern.

9. Sie macht es einer parlamentarischen Mehrheit möglich, dem Bürger das Recht zu nehmen, sich mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht zu wenden.

Die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Notstandsverfassung gibt den herrschenden Gruppen in einer Krisensituation ein Mittel in die Hand, ihre demokratische Ablösung zu verhindern. Sie schafft die Gefahr eines Staatsstreichs von oben.

Die Geheimhaltung der Ausschußberatungen hat die öffentliche Diskussion erschwert. Nun soll die Verfassungsänderung im Bundestag kurzfristig durchgepeitscht werden.

Das darf n i c h t geschehen! Es kommt jetzt darauf an, daß alle entschiedenen Demokraten dem entgegentreten.

Wir haben uns zu gemeinsamen Aktionen entschlossen und bitten, diese zu unterstützen.

26. IV. 1965

Erklärung der im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände zum 8. Mai

Am 8. Mai 1965 jährt sich zum 20. Male der Tag, an dem Deutschland bedingungslos kapitulierte. Durch den Sieg der alliierten Truppen wurde die 12jährige Terrorherrschaft des Nationalsozialismus beendet. Europa lag in Trümmern. Die materielle Existenz der meisten Menschen war zusammengebrochen. Viele hatten ihre Heimat verloren. Familien waren getrennt. Kriegsgefangene warteten auf ihre Heimkehr.

Der von den nationalsozialistischen Machthabern entfesselte Krieg hatte die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen zur Folge, und die Spaltung unseres Landes nahm ihren Anfang.

Die verbrecherische Politik des Nationalsozialismus hatte unzählige Opfer gefordert. Wir gedenken

- der Millionen Juden, die unterdrückt, verfolgt und gemordet wurden;

- der Menschen in den von deutschen Truppen besetzten Ländern, die ihrer Freiheit beraubt wurden und ihr Leben lassen mußten;
- der Opfer unter der Zivilbevölkerung aller Länder, die im Bombenkrieg, bei Flucht und Vertreibung umkamen;
- der Soldaten aller Nationen, die in diesem Krieg starben;
- der Männer und Frauen, die aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur leisteten.

Mit dem 8. Mai 1945 endete eine Ära der Unfreiheit. Deshalb ist dieser Tag für uns kein Tag der Niederlage, sondern der Beginn des Wiederaufbaus einer demokratischen Ordnung.

Der 20. Jahrestag des Kriegsendes ist für uns ein Anlaß, uns erneut zu der Verantwortung und Verpflichtung zu bekennen, die aus dieser Vergangenheit entstehen.

Entschließung zur Pressegesetzgebung in Nordrhein-Westfalen

Die nachstehende Entschließung ist von dem Rheinisch-Westfälischen Journalisten-Verband, von dem Verein Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger und von dem Zeitschriftenverleger-Verein Nordrhein-Westfalen gebilligt worden. D. Red.

Die Verbände der Verleger und Journalisten in Nordrhein-Westfalen begrüßen es dankbar, daß der Hauptausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags die von seiten der Presse vorgebrachten Wünsche und Anregungen für die Gestaltung des Landespressegesetzes in seine Beratungen einbezogen hat. Sie erwarten vom Landtag des größten deutschen Bundeslandes ein Pressegesetz, das nicht hinter dem Stand bereits verabschiedeter Pressegesetze in anderen Bundesländern zurückbleibt. Im einzelnen bringen sie im Hinblick auf die zweite Lesung des Pressegesetzes folgende Forderungen des Deutschen Presserats und der ihn konstituierenden Presseorganisationen in Erinnerung:

1. Das schon bestehende Zeugnisverweigerungsrecht der Presse sollte im Hinblick auf Artikel 5 GG so verbessert und erweitert werden, daß es einen umfassenden Schutz des Redaktionsgeheimnisses gewährleistet. Dazu gehört ein wirksames Durchsuchungs- und Beschlagnahmeverbot, das nicht durch irgendwelche Ausnahmebestimmungen durchlöchert werden darf. Diesen Forderungen entspricht am besten die Formulierung des Zeugnisverweigerungsrechts in den bereits in Kraft getretenen Pressegesetzen von Hamburg, Niedersachsen und Bremen. Die Presseverbände wenden sich an die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags mit dem dringenden Appell, dem Beispiel dieser Länder zu folgen und damit zu einer einheitlichen Pressegesetzgebung beizutragen.

2. Das Informationsrecht der Presse sollte nach dem Vorbild des hessischen Pressegesetzes oder des Modellentwurfs von 1960 gestaltet werden. Die im Paragraph 4 des Gesetzentwurfs vorgesehene Verweigerung von Auskünften, „wenn ihr Umfang das zumutbare Maß überschreitet", könnte von nicht auskunftgeneigten Behörden in stark einschränkendem Sinne interpretiert werden.

3. Der einem freiheitlichen Presserecht entsprechende Grundsatz, daß nur der Richter die Beschlagnahme einer Zeitung oder Zeitschrift anordnen kann, sollte nicht durch die Ausnahmebestimmung einer vorläufigen Sicherstellung durchbrochen werden. Die schnelle

Beschlagnahme staatsgefährdender Flugschriften ist weithin schon aufgrund geltender Bestimmungen möglich. Werden diese nicht für ausreichend gehalten, so müßten wenigstens Zeitungen und Zeitschriften allgemein von der vorläufigen Sicherstellung ausgenommen werden, wie dies in den Pressegesetzen von Niedersachsen und Bremen bereits der Fall ist.

4. Gegen die im Paragraph 20 des Gesetzentwurfs enthaltenen Bestimmungen über strafrechtliche Verantwortung der Presse bestehen verfassungsrechtliche Bedenken. Die vorgesehene Fassung schafft materielles Sonderstrafrecht für die Presse. Dies verstößt gegen Artikel 5 GG und gegen die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Leitsätze, die jedes Sondergesetz gegen die Presse verbieten. Demgemäß genügt für Paragraph 20 die Feststellung, daß sich die Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen, die mittels eines Druckwerks begangen werden, nach den allgemeinen Strafgesetzen richtet.

21. IV. 1965

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn, Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen

Senator Henri R o l i n , Brüssel, Staatsminister und Mitglied des belgischen Senats, wurde in der internationalen Politik durch seine Tätigkeit in der Beratenden Versammlung des Europarates, als Mitglied des Ständigen Internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg bekannt.

Prof. Dr. Dr. Manfred L a c h s , Warschau, ist Mitglied der polnischen Akademie der Wissenschaften, deren Institut für Rechtswissenschaften er leitet. Als Völkerrechtsexperte gehört Prof. Lachs zu den Mitarbeitern von Außenminister Rapacki und war an der Ausarbeitung der polnischen Vorschläge zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone und des „Gomulka-Planes" über das Einfrieren der atomaren Rüstung in Mitteleuropa beteiligt.

Prof. Dr. Wilhelm W e n g l e r (vgl. auch Heft 4/65) zählt auf Grund seiner zahlreichen in Deutschland und im Ausland erschienenen Veröffentlichungen über internationales Recht und Rechtsvergleichung zu den im Ausland angesehensten deutschen Rechtsgelehrten. 1907 geboren, war er während der nationalsozialistischen Zeit wissenschaftlicher Referent an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für ausländisches und internationales Recht in Berlin, da ihm die akademische Laufbahn und der Staatsdienst aus politischen Gründen verschlossen waren. Während des Krieges wurde er im OKW Mitarbeiter des Grafen Moltke für völkerrechtliche Fragen. Im Zusammenhang mit mehrmonatiger Gestapohaft wurde er 1944 aus seiner Stellung entfernt. Nach Kriegsende lehrte er kurze Zeit an der alten Berliner Universität und übernahm 1949 eine Professur an der Freien Universität Berlin, wo er ein großes Institut für ausländisches und internationales Recht aufbaute. Besondere Beachtung hat, gerade auch im Ausland, sein 1964 erschienenes zweibändiges „Völkerrecht" gefunden.

Die Beiträge von Prof. Wengler (aus Heft 4 und 5) und Christian Geißler sind auch als Sonderdrucke lieferbar.

Unsere ständige Rubrik „Bücher" mußte diesmal wegen der verschiedenen Beiträge zum 8. Mai ausfallen.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des S. Fischer Verlages bei, auf den wir unsere Leser besonders verweisen.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Kalixte Mukendi
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Senator Henri R o l i n , Brüssel, Staatsminister und Mitglied des belgischen Senats, wurde in der internationalen Politik durch seine Tätigkeit in der Beratenden Versammlung des Europarates, als Mitglied des Ständigen Internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg bekannt.

Prof. Dr. Dr. Manfred L a c h s , Warschau, ist Mitglied der polnischen Akademie der Wissenschaften, deren Institut für Rechtswissenschaften er leitet. Als Völkerrechtsexperte gehört Prof. Lachs zu den Mitarbeitern von Außenminister Rapacki und war an der Ausarbeitung der polnischen Vorschläge zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone und des „Gomulka-Planes" über das Einfrieren der atomaren Rüstung in Mitteleuropa beteiligt.

Prof. Dr. Wilhelm W e n g l e r (vgl. auch Heft 4/65) zählt auf Grund seiner zahlreichen in Deutschland und im Ausland erschienenen Veröffentlichungen über internationales Recht und Rechtsvergleichung zu den im Ausland angesehensten deutschen Rechtsgelehrten. 1907 geboren, war er während der nationalsozialistischen Zeit wissenschaftlicher Referent an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für ausländisches und internationales Recht in Berlin, da ihm die akademische Laufbahn und der Staatsdienst aus politischen Gründen verschlossen waren. Während des Krieges wurde er im OKW Mitarbeiter des Grafen Moltke für völkerrechtliche Fragen. Im Zusammenhang mit mehrmonatiger Gestapohaft wurde er 1944 aus seiner Stellung entfernt. Nach Kriegsende lehrte er kurze Zeit an der alten Berliner Universität und übernahm 1949 eine Professur an der Freien Universität Berlin, wo er ein großes Institut für ausländisches und internationales Recht aufbaute. Besondere Beachtung hat, gerade auch im Ausland, sein 1964 erschienenes zweibändiges „Völkerrecht" gefunden.

Die Beiträge von Prof. Wengler (aus Heft 4 und 5) und Christian Geißler sind auch als Sonderdrucke lieferbar.

Unsere ständige Rubrik „Bücher" mußte diesmal wegen der verschiedenen Beiträge zum 8. Mai ausfallen.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des S. Fischer Verlages bei, auf den wir unsere Leser besonders verweisen.